

(Präsident Denzer)

- (A) Ich eröffne die Beratung. Das Wort hat für die Fraktion der CDU Herr Abg. Dr. Worms.

Dr. Worms (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! "Ein Glücksfall für Nordrhein-Westfalen" - so hat Johannes Rau den Wechsel der Regierungsverantwortung in unserem Lande von Franz Meyers auf Heinz Kühn qualifiziert.

(Demonstrativer lebhafter Beifall bei der SPD)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Fraktion, ich frage Sie: wirklich ein Glücksfall für Nordrhein-Westfalen?

(Lebhafte Zustimmung bei der SPD)

- Beifall von der linken Seite am frühen Morgen tut eigentlich ganz gut.

Meine Damen und Herren, wenn wir uns einmal mit 20 Jahren sozialdemokratischer Regierungspolitik auseinandersetzen, müssen wir fragen: Herr Ministerpräsident, was haben Sie, was hat Ihre Partei, was hat Ihre Fraktion aus Nordrhein-Westfalen gemacht? In welche Staatsverschuldung hat uns Ihre Politik getrieben?

(Lebhafte Zustimmung bei der CDU
- Dr. Pohl (CDU): 88 Milliarden DM!)

- (B) Welchen Stellenwert hat bei Ihnen und Ihrer Partei eigentlich die Politik für das Leben? Wohin haben Sie den Arbeitsmarkt in unserem Lande treiben lassen?

(Zustimmung bei der CDU - Widerspruch bei der SPD - Nagel (CDU): Sehr richtig!)

- Ich komme gleich noch darauf zurück.

Heute ist an Sie und an den Kanzlerkandidaten und Ministerpräsidenten die Frage zu richten: Sind Sie überhaupt noch glaubwürdig?

(Erneut Zustimmung bei der CDU - Zuerufe von der SPD: Ja! - Frechen (SPD): Wie ist es denn mit Ihrer Glaubwürdigkeit?)

Anlässlich der Regierungsübernahme durch die SPD vor 20 Jahren konnte die CDU von diesem Pult aus feststellen - ich darf zitieren -:

Kein Land der Bundesrepublik hat zur Zeit solch geordnete finanzpolitische Verhältnisse wie Nordrhein-Westfalen.

- (C) Heute, Herr Ministerpräsident Rau, nach 20 Jahren sozialdemokratischer Regierungsverantwortung, muß ich Ihnen sagen: Kein Land der Bundesrepublik hat zur Zeit solch ungeordnete finanzpolitische Verhältnisse wie Nordrhein-Westfalen.

(Zustimmung bei der CDU)

Meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, die kleine Silbe "un-", die beiden Buchstaben "un" beschreiben auf bedrückend eindringliche Weise das Ergebnis einer 20jährigen Regierungsmißwirtschaft durch die SPD hier im Lande Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der CDU)

Das haben Sie eben bejubelt, als ich gefragt habe: ein Glücksfall für Nordrhein-Westfalen? - Nein, meine Damen und Herren, das ist die Folge einer Politik, die sich ohne Kompetenz und ohne Konzeption unbelehrbar nur an Tagesopportunitäten ausrichtet.

(Beifall bei der CDU)

Und welch hohes Ziel hatte sich die SPD damals gesteckt! Meine Damen und Herren, ich zitiere aus der Regierungserklärung einen Satz. Ministerpräsident Kühn hatte hier erklärt:

Wir

- und damit meinte er die Regierung und Sie - (D)

sagen ja zur Sparsamkeit, wir sagen ja zur Disziplin.

(Lachen bei der CDU)

Meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, wenn Sie sich daran wirklich in den 20 Jahren gehalten hätten - das wäre dann in der Tat der Glücksfall für unser Land Nordrhein-Westfalen gewesen.

(Beifall bei der CDU)

Tatsächlich haben Sie hier und heute eine Verschuldung zu verantworten, die in Ihrer dramatischen Steigerung in den letzten Jahren Ausdruck einer Hilflosigkeit gegenüber allen anstehenden Fragen von grundsätzlicher Bedeutung in unserem Lande war.

(Beifall bei der CDU)

Wir stellen heute fest, daß trotz einer ständig gestiegenen Nettoneuverschuldung im Schnitt der letzten acht Jahre die Investitionen im

(Dr. Worms (CDU))

- (A) Lande Nordrhein-Westfalen von 1979 bis heute um ein Drittel gesunken sind. Vom Investitionstrend der Bundesrepublik Deutschland hat sich unser Land bereits seit 1970 abgekoppelt.

Dies hat - wir haben das an dieser Stelle schon einmal vorgetragen - zu einer realen Investitionslücke geführt, die Fachleute mit 40 Milliarden DM berechnet haben.

Verehrte Anwesende, wäre allein diese Summe in die von Ihnen propagierte ökonomische und ökologische Erneuerung des Landes geflossen, gäbe es heute Tausende von zusätzlichen Arbeitsplätzen in zukunftssträchtigen Wirtschaftszweigen und schon längst mehr Umweltschutz.

(Beifall bei der CDU)

All das fehlt uns heute bei der Erneuerung und Modernisierung unseres Landes.

Meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, der gestrige Tag beweist es doch eindeutig: Wenn Sie wenigstens noch die Gemeinden anstelle des Landes in die Lage versetzt hätten, ihrerseits zu investieren!

(Beifall bei der CDU)

Versprochen, Herr Ministerpräsident, hatten Sie das ja - Zitat -:

- (B) Die Leistungen des Landes an die Gemeinden sollen mit der allgemeinen Entwicklung der Landesausgaben Schritt halten.

So hieß es in Ihrer Regierungserklärung 1980. Verehrter Herr Ministerpräsident, mit diesem Versprechen haben Sie doch bei den Gemeinden den Eindruck erweckt, als könnten sie ihre eigene kommunale Finanz- und Entwicklungspolitik auf der Grundlage einer verlässlichen Landespolitik aufbauen. Wie sollten die Gemeinden auch einen mittelfristigen Finanzplan über fünf Jahre aufstellen können, zu dem sie ja gesetzlich verpflichtet sind, ohne daß dem eine verlässliche mittelfristige Landesfinanzplanung zugrunde läge?

Doch, Herr Ministerpräsident, wie sieht es mit dieser Verlässlichkeit, die Sie 1980 den Gemeinden versprochen haben, in Wahrheit aus? Seit Jahren gibt es, jährlich wiederkehrend, neue strukturelle Eingriffe in die Gemeindefinanzierung des Landes. Kein Bürgermeister draußen weiß, ob morgen noch gilt, was heute Gesetz ist.

(Zustimmung bei der CDU)

Im Ergebnis haben Sie den Gemeinden seit 1982 10 Milliarden DM vorenthalten.

Diese Politik, Herr Ministerpräsident, nennen Sie einen "Glücksfall für unser Land"? Dieser von Ihnen so genannte "Glücksfall" hat doch in Wahrheit zu einem Aufschrei bei allen Gemeinden geführt. Die Vereinigung der Industrie- und Handelskammern des Landes sieht die Gemeinden durch die Politik der Regierung Rau in der Rolle des finanziellen Lückenbüßers für eine verfehlte öffentliche Ausgabenpolitik. Eben diese verfehlte Ausgabenpolitik der SPD war es auch, die unser Land in eine kaum noch vorstellbare Staatsverschuldung getrieben hat.

Ein weiterer Grund für diese Staatsverschuldung ist Ihr unbeirrbarer Glaube, der Staat könne alle Probleme lösen; man müsse ihm nur genügend Geld geben.

Herr Rau, mit dieser Politik ziehen Sie in Wahrheit den Leuten das Geld aus der Tasche. Das bezeichnen wir als unanständig.

(Beifall bei der CDU)

Dabei reden Sie soviel von Anstand. Aber, meine Damen und Herren, zum Anstand gehört auch die Moral.

Deshalb frage ich Sie, Herr Ministerpräsident und Herr Finanzminister Posser: Sind Sie sich denn der moralischen Dimension der Staatsverschuldung gar nicht bewußt? Aus einem solchen Bewußtsein der moralischen Dimension ist der Hirtenbrief der katholischen Bischöfe zur Bundestagswahl 1980 zu verstehen. Dieses Wort hat doch gerade für Nordrhein-Westfalen eine größere Bedeutung als je zuvor.

Die Bischöfe haben vor einer gefährlich hohen Staatsverschuldung gewarnt.

(Aigner (SPD): Die haben auch vor Kernkraft gewarnt!)

Zu Recht haben sie die Politiker aufgefordert, staatliches Handeln nicht zum Selbstzweck werden zu lassen, sondern auf ein für das Funktionieren unserer Gesellschaft notwendiges Maß zu begrenzen. Damit sind die Moral der Politiker und unsere Verantwortung für zukünftige Generationen gefordert.

Meine Damen und Herren! Niemand kann die Zukunft gestalten, der sie finanzpolitisch schon hinter sich hat.

(Zustimmung bei der CDU)

Deshalb, Herr Ministerpräsident, ist diese moralische Anforderung an die politisch

(Dr. Worms (CDU))

- (A) Verantwortlichen auch die Meßlatte an Ihre Politik. Das Ergebnis Ihrer Finanzwirtschaft - um nicht zu sagen: Finanzmißwirtschaft - ist deshalb auch ein moralisches Urteil über Ihr Unvermögen, den Bürgern unseres Landes in Verantwortung für die Zukunft zu dienen.

Ihr Glaube, daß die Probleme der Wirtschaft durch eine hohe Staatsquote am Bruttosozialprodukt und durch staatliches Handeln gelöst werden könnten, hat sich als Irrglaube erwiesen. Politik für die Menschen muß die persönliche Verantwortung des einzelnen und der Gruppen, ihre Anstrengungen und ihre Initiativen herausfordern und stärken. Daß Sie, Herr Rau, diesen wichtigen politischen Grundsatz verletzt haben, beweist der mutige Bekennerbrief Ihres Finanzministers Posser an die SPD-Fraktion.

(Lachen des Abg. Dr. Farthmann (SPD))

- Sie mögen darüber lachen, Herr Kollege Farthmann: Es ist das erste Mal, daß ein führender Sozialdemokrat die moralische Dimension der Staatsverschuldung anerkannt hat.

(Zustimmung bei der CDU)

Allein, meine Damen und Herren, es fehlt Ihnen die Kraft, diese Erkenntnis auch in Regierungshandeln umzusetzen.

- (B) (Beifall bei der CDU)

Diese Kraft, Herr Ministerpräsident, hätten Sie zur Etatverabschiedung 1987 unter Beweis stellen können; denn es wäre nach unserer Auffassung eine Regierungserklärung wert gewesen, vor dem Parlament darzulegen, welche Schlußfolgerungen Sie und Ihre Regierung aus der richtigen Erkenntnis Ihres Finanzministers ziehen. Doch: Fehlanzeige!

Es wurde ja schon Anfang Dezember im deutschen Bundesrat offenbar, welcher grundsätzliche Unterschied zwischen uns und der SPD besteht, an welcher entscheidenden Weggabelung wir uns jetzt in der Bundesrepublik aufhalten. Die SPD weigert sich kategorisch, steuerliche Entlastungen mitzutragen, weil sie ein höheres Steueraufkommen - so hören wir es - nutzen will, um Staatsverschuldung abzubauen. Doch diese Kraft, Staatsverschuldung durch höheres Steueraufkommen abzubauen, hat die SPD schon in den 70er Jahren nicht gehabt. Trotz höheren Steueraufkommens haben SPD-geführte Bundesregierungen die Staatsverschuldung auch in Bonn uneingeschränkt weiter in die Höhe treiben lassen.

Das war ja zuletzt auch die Sackgasse, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, aus der heraus es keine Zukunft für sozialdemokratische Politik mehr gab und die schließlich mit zum Sturz von Helmut Schmidt geführt hat. Woher soll der Bürger heute in unserem Lande den Glauben nehmen, daß diese Partei nunmehr die Kraft entwickeln kann, eine notwendige Entschuldungspolitik zu betreiben?

Meine Damen und Herren, wir dagegen stärken mit unserer Politik den einzelnen Bürger, unsere Familien, aber auch unsere Betriebe. Mit anderen Worten: Wir vertrauen auf den Bürger, der sein Schicksal voller Optimismus und im Glauben an die eigene Kraft selbst in die Hand nimmt, der stolz darauf ist, daß er sein Leben selbst meistern kann, und der nicht bei jeder Schwierigkeit gleich nach dem Staat ruft.

Durch Steuerentlastungen versetzen wir die Menschen in die Lage, Aufgaben zu übernehmen, die sie selbst lösen können. Gerade dies bietet die zusätzliche Möglichkeit, die jährliche Nettoneuverschuldung weiter zurückzuführen.

Herr Rau, Sie sagen zwar auch, Ihr Ziel sei es, kleinere Einkommen möglichst von jeder Steuerbelastung zu befreien. Wie aber wollen Sie aus dem Dilemma herauskommen, daß Ihnen aus Ihrer eigenen Partei entgegenschallt: keine Steuersenkungen!? Ihr Ziel können Sie gar nicht erreichen, weil Sie nicht gleichzeitig bereit sind, dem einzelnen mehr Verantwortung und Entscheidungsmöglichkeiten zu übertragen. Deshalb, verehrter Herr Ministerpräsident, ist Ihre Politik zutiefst unglaublich.

Wir haben Ihre Forderungen und den von Ihnen vorgesehenen Steuertarif einmal überprüft. Tatsächlich ist Ihr Steuertarif 1988 ein schlechtes Geschäft bereits für den Facharbeiter. Deshalb ist das Gerede von der Umverteilung von unten nach oben unsinnig; denn nach Ihrem Tarif, Herr Ministerpräsident, müßten 1988 schon knapp 4 Millionen Steuerzahler und 1992 sogar über 7 Millionen Steuerzahler mehr Steuern zahlen, als sie heute zu zahlen haben.

(Hört, hört! bei der CDU)

Das sind nicht die so beschimpften Besserverdienenden.

Die Wahrheit ist, Herr Ministerpräsident: Sie entlasten nicht, Sie belasten den Bürger.

(Zustimmung bei der CDU)

(C)

(D)

(Dr. Worms (CDU))

- (A) Die Umverteilungspläne der SPD führen letztlich dazu, daß am Ende - wie so oft - der kleine Mann die Zeche zahlen muß. Und diese Politik, Herr Ministerpräsident, nennen Sie einen "Glücksfall", nennen Sie anständig und sozial!

Meine Damen und Herren! Wer so wie unser Ministerpräsident redet, wer so wie die SPD in Nürnberg sich an präzisen Aussagen zur Steuerpolitik vorbeimogelt, wer so wie die Landesregierung nicht die Kraft zum politischen Handeln aufbringt, der macht unsere Bürger orientierungslos, der zerstört das Vertrauen zwischen Staat und Wirtschaft, der - ich fasse zusammen - verspielt die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

(Beifall bei der CDU)

Auch bei der Familien- und Sozialpolitik dieser SPD-Regierung zeigt sich: Die SPD ist weder kompetent noch lernfähig.

Vor 20 Jahren hielt der damalige Oppositionsführer der Regierung Kühn entgegen - ich zitiere -: "Zur Familie haben Sie kein Wort gesagt!"

Der einzige Fortschritt sozialdemokratischer Familienpolitik seither ist, daß Sie, Herr Rau, wie zum Beispiel in Ihrer Regierungserklärung von 1985 wenigstens darüber reden. Aber Politik wird an Taten gemessen, nicht an Worten!

- (B) (Beifall bei CDU und F.D.P.)

Und was sind im Bereich der Familienpolitik die Taten? Seit Jahren haben Sie drastische Kürzungen zu Lasten der Familien in unserem Lande vorgenommen. Seit Jahren warten wir auf den dritten Bericht der Landesregierung zur Lage der Familie in Nordrhein-Westfalen, und schließlich - auch das ist bezeichnend -: In dem riesigen Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales ist noch ein einziges Referat für die Familie zuständig. An diesen drei Fakten läßt sich erkennen, welch miserablen Stellenwert auch diese Landesregierung der Familienpolitik beimißt.

(Elfring (CDU): Sehr richtig!)

Um noch einmal auf die Debatte, die wir hier 1982 geführt haben, zurückzukommen: Familie kann doch nicht einfach als eine Sozialisationsstation begriffen werden!

(Elfring (CDU): Sehr richtig!)

Familie ist die erste Anlaufstelle für alle Wechselfälle des Lebens!

(C) Familie ist der Ort, der Wärme und Geborgenheit schenkt!

Familie ist die Gemeinschaft, die Erziehung anbietet und gegenseitige Rücksichtnahme gebietet!

Weil das so ist, sollten Sie den Worten Ihrer Regierungserklärung endlich auch die Taten des Regierungshandelns folgen lassen!

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Deshalb, Herr Ministerpräsident, sollten Sie jetzt unserem Antrag auf Einführung eines Landeserziehungsgeldes folgen,

(Schleußer (SPD): Das sind Ausgaben!)

so wie es in CDU-regierten Bundesländern als Ergänzung zur Bundesregelung bereits existiert; denn mit dem Erziehungsgeld - und das ist wirklich etwas revolutionär Neues, was uns in den letzten Jahren in der Bundesrepublik gelungen ist - wird zum ersten Mal die Arbeit in der Familie gesellschaftspolitisch anerkannt!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Daß das Erziehungsgeld von den Bürgern auch angenommen wird, beweist: 98 % der Berechtigten beziehen Erziehungsgeld.

Herr Rau, spüren Sie nicht die Kluft, die sich zwischen Ihrem Regierungsanspruch und Ihrer Regierungswirklichkeit auftut? Die Menschen in unserem Lande spüren diese Kluft, und zwar immer deutlicher.

(D) Wie töricht auch der ständig wiederholte Spruch von der "neuen Armut" ist - dieser untaugliche Versuch, aus Stimmungen Stimmen zu machen -, das beweist die Aufforderung des bayerischen SPD-Vorsitzenden Schöffberger an seine Genossen. Sie sollten aufhören mit dem Gerede von der "neuen Armut"; das glaube Ihnen doch kein Mensch mehr!

(Zustimmung bei CDU und F.D.P. - Zurufe und Widerspruch von der SPD)

So Ihr Genosse in Bayern, der die Klarheit und Wahrheit voll vor Augen hat.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Herr Schöffberger hat auch recht, wenn er fortfährt - ich zitiere -:

Die SPD

(Dr. Worms (CDU))

- (A) - hören Sie einmal gut zu, was Herr Schöfberger sagt! -

bringt sich in Gefahr, in einer selbstgestrickten Scheinwelt Politik zu machen!

Die Wahrheit ist, die Bonner Politik hat durchgesetzt: das Erziehungsgeld, den Erziehungsurlaub, die Hilfe für Alleinerziehende, die Stiftung Mutter und Kind, die Anerkennung von Erziehungszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung.

Gegenüber diesem Ergebnis der Bonner Politik steht eine Politik im Lande, die unser Ministerpräsident und die SPD-Fraktion zu verantworten haben: Erhöhung der Kindergartengebühren, Kürzung der Mittel für Kindergärten, Kürzung der Kinder-, Jugend- und Familienerholung, Kürzungen im Landesjugendplan, Kürzungen bei der Alten- und Behindertenhilfe und schließlich - ich sprach schon einmal von der moralischen Dimension in der Politik, und ich sage das mit bitterem Beigeschmack - der Wortbruch gegenüber dem Parlament zu Lasten der Stiftung Wohlfahrtspflege bei der Verwendung der Spielbankgewinne.

(Zustimmung bei der CDU)

Meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, so sehen Anspruch und Wirklichkeit der Regierung Rau aus.

- (B) Sie haben alle miteinander nie verstanden, daß Familienpolitik die wichtigste Politik für die Zukunft und damit auch für die Zukunft unseres Landes ist; denn Zukunftsfähigkeit gewinnt doch nur der, der Familienpolitik nicht mit dem Vorwurf belastet, es handle sich dabei um eine "Arme-Leute-Politik".

Familienpolitik ist sehr viel mehr als nur eine materielle Unterstützung. Nicht die von Ihnen propagierte "neue Armut", mit der Sie nur das Geld meinen, ist die Geißel unserer Zeit.

(Kniola (SPD): Der Geißler unserer Zeit!)

Nein, die Geißel unserer Zeit ist die Armut an Mitmenschlichkeit!

Familienpolitik beginnt mit dem Schutz des ungeborenen Lebens!

Familienpolitik muß die sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für ein menschenwürdiges Leben schaffen!

Familienpolitik muß Antwort geben, wie wir wieder das Zusammenleben mehrerer Generationen ermöglichen können!

Familienpolitik bedeutet auch Hinführung der jungen Menschen in der Schule zu den Grundwerten unserer Gesellschaft. Dazu gehört, daß endlich Schluß gemacht wird mit der Vermittlung von "Null-Bock" und Aussteigermentalität!

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.
- Schaufuß (SPD): Das wird doch gar nicht vermittelt!)

Ich frage Sie allen Ernstes, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Fraktion: Wie sollen denn junge Menschen eine positive Einstellung zu Ehe und Familie bekommen, wenn die Probleme aus Kinderfeindlichkeit und Zukunftsangst geschürt werden, die Verzichtsbereitschaft aber, die mit dem Ja zum Kind verbunden ist, gering geschätzt wird? Dabei hätten wir es so leicht, jungen Menschen Verzichtsbereitschaft nahezubringen - wird sie doch in hunderttausenden von Familien auch heute noch vorgelebt.

Hier, Herr Ministerpräsident, weichen Sie aus; hier verspielen Sie Ihre Glaubwürdigkeit gegenüber der jungen Generation; hier verspielen Sie deren und unsere Zukunftschancen.

Und all das, meine Damen und Herren, nennt dieser Ministerpräsident einen "Glücksfall für Nordrhein-Westfalen".

Ich nenne das den Zusammenbruch der von der SPD zu verantwortenden Politik.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich habe vorhin aus der Rede des Oppositionsführers Dr. Lenz im Jahre 1966 zitiert. Dr. Lenz hat auch damals schon auf die sich abzeichnende Umkehr der Bevölkerungsentwicklung hingewiesen. Auch Sie, Herr Ministerpräsident, gehörten 1967 bereits dem Landtag an. Sie sagen ja gerne von sich selbst, daß Sie der dienstälteste Abgeordnete dieses Hohen Hauses seien. Doch statt die Erkenntnisse und die Erfahrungen zu nutzen, um Konsequenzen für die Politik aus der absehbaren Entwicklung der Bevölkerungsstruktur im Lande Nordrhein-Westfalen und aus den gewaltigen qualitativen Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft zu ziehen, geht Ihr Regierungshandeln gestern, heute und leider auch morgen hierauf überhaupt nicht ein. Sie sind einfach nicht imstande, über den Tellerrand des politischen Augenblicks hinwegzuschauen. Ihre Ideologie hat Sie blind gemacht für die tatsächlichen Planungsnotwendigkeiten und unbeweglich dort, wo es darum geht, auf Unvorhergesehenes flexibel zu reagieren.

(Zustimmung bei der CDU)

(C)

(D)

(Dr. Worms (CDU))

- (A) Meine Damen und Herren, einen ersten großen Zusammenbruch hat Ihre Planungseuphorie folgerichtig Ende der 70er Jahre mit dem Begräbnis des NWP, des Nordrhein-Westfalen-Programms 1975 erfahren.

(Büssow (SPD): Nicht das NRW-Programm, Herr Dr. Worms, ist zusammengebrochen.)

Nur, besonnener sind Ihre Planungen, Herr Büssow, darum nicht geworden!

(Zustimmung bei der CDU)

Herr Ministerpräsident, wissen Sie eigentlich nicht, daß wirtschaftliches Geschehen, das auf die Bedürfnisse des Menschen abstellt, in hohem Maße Vertrauen des Bürgers in die Verlässlichkeit der Politik und in die Verlässlichkeit der Politiker erfordert?

Dies, meine Damen und Herren, gilt auch für den Einsatz von Wissenschaft und Technik.

Für die Zukunftsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland ist die Nutzung des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts von herausragender Bedeutung. Als exportorientiertes Industrieland hat unsere Republik nur dann eine Chance, den Wohlstand zu erhalten, die Lebensverhältnisse zu verbessern, wenn sie auch in Zukunft an der Spitze von Wissenschaft und Technik steht. Dies, meine Damen und Herren, gilt in ganz besonderem Maße für das bevölkerungsreichste Land der Bundesrepublik, für unser Heimatland Nordrhein-Westfalen.

(B)

Wir, die Christlichen Demokraten, gehören weder zu denen, die den technischen Fortschritt vergöttern, noch zu denen, die ihn dämonisieren. Wir bestreiten auch nicht, daß der durch die jüngsten Unfälle in der Chemie eingetretene Schaden enorm ist, nicht nur für die Umwelt. Wir haben auch großes Verständnis für die Sorgen der Menschen über die Möglichkeiten und Grenzen moderner Technologien. Aber deshalb können wir doch jetzt keine allgemeine Industrieschelte beginnen und einer ohnehin schon besorgniserregenden Technikfeindlichkeit das Wort reden!

(Maedge (SPD): Wer tut das denn?)

Wir wollen stattdessen die Chancen des technischen Fortschritts nutzen. Das heißt auch: seine Risiken begrenzen.

Natürlich: Technischer Fortschritt muß ethisch verantwortbar sein. Dabei orientieren wir uns im Umgang mit Wissenschaft und

Technik an dem Prinzip, wie der Bundespräsident es ja auch wiederholt sagt, der verantworteten Freiheit. Dieses Prinzip bedeutet: Der Mensch muß auf der Grundlage des jeweiligen aktuellen Wissensstandes - das sind wissenschaftlich abgesicherte Erkenntnisse, keine Tagesmeinungen - verantwortlich selbst entscheiden, ob in der Nutzung oder in der Nichtanwendung einer technischen Neuerung ein größeres Risiko zu sehen ist. Da sind alle angesprochen: Der einzelne, die Industrie und wir als Politiker!

Dabei haben sich die Entscheidungen nach unserer Auffassung an drei ethischen Grundforderungen zu orientieren: Wahrung der Würde des Menschen; Verantwortung vor der Schöpfung; Verantwortung für künftige Generationen.

Meine Damen und Herren, der neue kategorische Imperativ unserer Zeit lautet: Jeder hat so zu handeln, daß die Wirkungen seines Handelns verträglich sind mit der Fortdauer menschenwürdigen Lebens!

(Beifall bei der CDU - Kniola (SPD): Da war Kant besser!)

Ich wende mich einem weiteren Kapitel zu. Das ist das Kapitel der Arbeitsmarktpolitik.

Herr Ministerpräsident, so wenig kompetent, verlässlich und überzeugend Ihre Politik für die Familie, Ihre Politik für das Leben ist, so wenig glaubwürdig sind Sie in einem weiteren für die Zukunft unserer Gesellschaft wichtigen Politikbereich. Ich meine, es ist Ihr Irrglaube, eine hohe Arbeitslosigkeit könne nur mit Hilfe der öffentlichen Hand beseitigt werden. Denn dieser Irrglaube, meine Damen und Herren, ist längst von der Wirklichkeit eingeholt.

Beschäftigungsprogramme, so lautete das Zauberwort in den Jahren nach 1975. Meine Damen und Herren, das war die Phase des Übergangs von Heinz Kühn auf Johannes Rau. Doch an diesem Zauberwort ist ja, wie ich soeben ausgeführt habe, bereits der letzte sozialdemokratische Bundeskanzler gescheitert.

Dazu die Fakten: Von 1974 bis 1982 wurden in Bonn 17 durch Schuldenaufnahme finanzierte Ankurbelungsprogramme mit einem Finanzvolumen von insgesamt 51 Milliarden DM verabschiedet. Und dennoch stieg die Zahl der Arbeitslosen von 580 000 im Jahre 1974 auf 1,8 Millionen bei der Regierungsübernahme 1982 durch Helmut Kohl.

(Elfring (CDU): Sehr richtig!)

(C)

(D)

(Dr. Worms (CDU))

- (A) Gleichzeitig sank die Zahl der Erwerbstätigen - das ist noch viel schlimmer - um 850 000 ab.

Meine Damen und Herren, die Uneinsichtigkeit, ja die Unbelehrbarkeit der Sozialdemokraten zeigt sich daran, daß sie heute wieder Beschäftigungsprogramme als quasi Allheilmittel präsentieren.

Und viel schlimmer noch als die Unbelehrbarkeit Ihrer Partei, Herr Rau, wiegt Ihre persönliche Unglaubwürdigkeit in dieser Frage!

Lassen Sie mich das belegen:

In einer Wahlkampfanzeige aus dem Landtagswahlkampf 1980 haben Sie den Wählern in unserem Lande versprochen - ich zitiere -:

Wir sorgen für Arbeitsplätze, auch wenn Ihnen das nicht paßt, Herr Biedenkopf.

Fünf Jahre später, in Ihrer Regierungserklärung am 10. Juni 1985, mußten Sie hier vor diesem Hohen Hause den Zusammenbruch Ihrer Politik zugeben - ich zitiere -:

Auch wir konnten und können nicht verhindern, daß zur Zeit über 700 000 Menschen in unserem Lande keine Arbeit finden.

- (B) Meine Damen und Herren! Ich habe es oft gesagt, und ich wiederhole es: Die Gegenüberstellung dieser beiden Zitate zeigt zugleich auch die Erhärtung des Auseinanderklaffens von Anspruch und Wirklichkeit, was wir hier im Lande Nordrhein-Westfalen immer wieder zu Recht anprangern.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Und da frage ich Sie, Herr Rau: Haben Sie immer noch den Mut, die Bundesregierung anzugreifen? Haben Sie immer noch den Mut, heute, nur ein Jahr nach Ihrer Regierungserklärung von 1985, zu behaupten, unter Ihnen als Bundeskanzler würde die Arbeitslosigkeit binnen kurzer Zeit drastisch verringert?

Wie, Herr Rau, wollen Sie das der deutschen Öffentlichkeit glaubhaft machen, wenn es Ihnen nicht einmal gelingt, Ihre eigenen engsten Parteifreunde zu überzeugen? Hier meine ich Hans Apel. Noch am Donnerstag letzter Woche hat er in einem Interview der "Frankfurter Neuen Presse" an seine, an Ihre eigene Partei, Ihre Fraktion, Herr Ministerpräsident, appelliert

(Büssow (SPD): NRW ist Spitze!)

- hören Sie doch einmal zu, Herr Büssow, was Herr Apel sagt; das ist vielleicht auch für Sie ein wichtiger Mann -:

(C)

Ich warne vor Ankündigungen, die Sozialdemokraten würden die Arbeitslosigkeit binnen kurzem um eine Million verringern. Keiner hat hier Patentrezepte.

(Nagel (CDU): Aha!)

So Hans Apel in Richtung Johannes Rau, so Hans Apel in Richtung der SPD.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Dennoch, meine Damen und Herren! Wer das Wahlkampfprogramm und die Aussagen der SPD liest, weiß, daß Herr Rau nicht müde wird zu sagen: Ich trete mit einem 100-Milliarden-Beschäftigungsprogramm an.

Ich sage Ihnen noch einmal: Wer so antritt, wer dies im Gepäcknetz hat, der benimmt sich wie ein falscher Prophet; denn der setzt auf die Vergeßlichkeit der Bürger in der Bundesrepublik und auf die Vergeßlichkeit der Bürger im Lande Nordrhein-Westfalen.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Die Wahrheit, Herr Ministerpräsident, ist: Sie handeln im Lande Nordrhein-Westfalen als Regierungschef anders, als Sie als Kanzlerkandidat der SPD in Ihren Wahlveranstaltungen reden.

(D)

(Zustimmung bei der CDU - Frau Friebe (SPD): Eben nicht!)

Aber ich sage Ihnen: Der Wähler wird es nicht vergessen.

Meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion! 1976 hatten wir die Rentenlüge, 1983 hatten wir die Mietenlüge,

(Hunger (SPD): Die Lehrstellenlüge!)

und ich hoffe nicht, daß wir 1986 die Beschäftigtenlüge bekommen!

(Zustimmung bei der CDU)

Die Abstände werden kürzer.

Und das nennt unser Ministerpräsident einen "Glücksfall für das Land Nordrhein-Westfalen".

Herr Ministerpräsident: Hören Sie endlich auf, die Leute mit Panikmache und Angstszenarien auf der einen und unrealistischen

(Dr. Worms (CDU))

- (A) Versprechungen auf der anderen Seite zu verunsichern und zu emotionalisieren.

Herr Ministerpräsident, verlassen Sie die Scheinwelt des Kandidaten, und kommen Sie zurück auf den Boden der politischen Tatsachen! Tun Sie endlich Ihre Pflicht als Ministerpräsident -

(Beifall bei der CDU)

hier, wo Sie gewählt sind: im Lande Nordrhein-Westfalen!

Herr Ministerpräsident Rau, geben Sie den Menschen dieses Landes eine Zukunft. Unsere Bürger haben darauf einen Anspruch.

Meine Damen und Herren! Da wir auf alle diese Fragen seit Jahr und Tag keine Antworten mehr bekommen, werden wir konsequenterweise dem Einzelplan des Ministerpräsidenten und auch dem Haushaltsplan, den die Landesregierung vorgelegt hat und den die Mehrheitsfraktion hier verabschieden will, nicht zustimmen.

(Anhaltender Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. Für die Fraktion der F.D.P. erteile ich nunmehr Herrn Abg. Dr. Rohde das Wort.

- (B) Dr. Rohde (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die F.D.P. ist noch nicht so lange im Landtag, daß sie bereits ihre Unbefangenheit verloren hätte. Deswegen haben wir Ihnen im letzten Jahr und natürlich auch in diesem Jahr - und wir werden selbstverständlich auch im nächsten Jahr nicht nachlassen - einige neue Vorschläge gemacht, die Staatsfinanzen wieder in den Griff zu bekommen.

Einige von unseren Vorschlägen hat die Mehrheitsfraktion, die ja die unangenehme Aufgabe hat, die Landesregierung ständig zu unterstützen - für das Eigenleben einer Fraktion ist das ja nicht immer förderlich -, bereits umgesetzt.

(Kniola (SPD): Das ist nicht unangenehm!)

Sie, verehrter Herr Kollege Farthmann, werden natürlich nicht daran vorbeikommen, in den nächsten Jahren noch mehr Vorschläge von uns anzunehmen. Das erzwingt die Sachlogik, weil Sie auch gar nicht anders können, als sich der Vernunft zu beugen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Erstens hatten wir den Vorschlag gemacht, den Haushalt 1987 bereits im Jahre 1986 zu verabschieden. Ich finde es gut, daß Sie, Herr Schleußer, diese Anregung von uns aufgenommen haben. Natürlich bin ich mir darüber klar, daß dies nicht allein mit Rücksicht auf Weihnachten geschehen ist, sondern um im Januar einen Kanzlerkandidaten vorzuzeigen, der sich nicht in einer Landtagssitzung vorwerfen lassen soll, er steuere den Haushalt wie seinerzeit der Kapitän der "Titanic" direkt auf den Eisberg zu - und das mit demselben Ergebnis.

Immerhin: Der Haushalt wird in diesem Jahr verabschiedet. Endlich also bekommen die Gemeinden rechtzeitig die von ihnen für ihre Finanzplanung benötigten Daten.

Zweitens. Wir hatten angeregt, einen Finanzbericht nach dem Muster des Bundes rechtzeitig und zusammen mit dem Haushaltsplan vorzulegen. Sie sind auch dieser Anregung gefolgt. Allerdings zeigt dieser Finanzbericht, daß die notwendige Verknüpfung zwischen Finanzplanung und zukünftiger Wirtschaftsentwicklung - insbesondere unter Berücksichtigung der Wettbewerbssituation Nordrhein-Westfalens im Vergleich zu anderen Bundesländern - von dieser Landesregierung noch nicht begriffen ist. In einem Unternehmen würde ein derartiger Finanzbericht vom Aufsichtsrat mit "Annahme verweigert" an den Vorstand zurückgegeben; denn es ist unvorstellbar, daß in Unternehmen Finanzplanungen ohne Rücksicht auf die Marktlage erstellt werden! Sie leisten sich das; aber beim Mediengesetz ist ja klargeworden, daß Sie von der Zusammenfassung unternehmerischer Funktionen sowieso nicht viel halten. Warum soll es also beim Finanzbericht eine Ausnahme geben?

Eines ist aber klar, meine sehr verehrten Damen und Herren: Nur wenn Sie das Finanzcontrolling mit einer Einschätzung der Einnahmesituation verknüpfen, die ja von der wirtschaftlichen Entwicklung abhängt, werden Sie den Haushalt vom Handwerkszeug her in den Griff bekommen können. Da müssen Sie noch erheblich zulernen, aber wir setzen natürlich auch auf Ihre Lernfähigkeit, noch mehr von den Vorstellungen der F.D.P. zu übernehmen.

Drittens. In diesem Jahr hatten wir Ihnen vorgeschlagen, endlich einmal einen Ist-Abschluß einzuführen, aufzuhören, ständig Kreditermächtigungen oder Haushaltsansätze auf die nächsten Jahre zu übertragen, ohne das Parlament zu befragen, am Budgetrecht des Parlaments vorbeizupoperieren. Das, was notwendig übertragen werden muß, kann ja

(Dr. Rohde (F.D.P.))

- (A) durch Beschluß des Parlaments übertragen werden. Also, bitte Schluß mit den geheimen Kriegskassen der Regierung! Der Bund der Steuerzahler hat Sie, die SPD, ebenso wie wir, die F.D.P., zu Recht gemahnt, das Budgetrecht des Parlaments zu beachten und auf rote oder auf schwarze Kassen zu verzichten. Ich bin sicher - Herr Schleußer, Wolfram Dorn hat mir erzählt, daß Sie da langsam Entgegenkommen zeigen -, daß Sie auch im Laufe dieses Jahres noch hinzulernen werden. Wir haben Verständnis dafür, daß man das jetzt nicht so in den Zeiten des Bundestagswahlkampfes machen kann.

Wir hatten - viertens - mit unserem Entschuldungsgesetz vorgeschlagen, erstens die Nettokreditaufnahme 1991 auf Null zurückzuführen, also ab 1991, vom Beginn der nächsten Legislaturperiode an, keine neuen Schulden mehr aufzunehmen. Wir halten das für erforderlich, damit Nordrhein-Westfalen den notwendigen Spielraum zurückgewinnt, um Zukunftsinvestitionen vorzunehmen. Daran mangelt es in Nordrhein-Westfalen. Nur mit strengster Sparsamkeit, mit Konzentration auf Zukunftsinvestitionen werden wir uns im Wettbewerb mit anderen Bundesländern behaupten können.

Und dann: Weil Schuldenaufnahme nur eine andere Form der Steuerbelastung ist - allerdings nicht so ehrlich, auch heimtückisch, weil die Bürger es nicht merken, weil Sie die Zukunft unserer Kinder über die Kreditaufnahme belasten, die das alles zurückzahlen müssen, was Sie jetzt an Krediten aufgenommen haben -, haben wir gesagt: Endlich Schluß machen bei der magischen Zahl von 100 Milliarden DM Schulden. Die darf man nicht überschreiten.

(B)

Machen Sie das doch einmal einem normalen Menschen klar, und Sie haben in Ihrer Wählerschaft sehr viele: Schulden, doppelt so hoch wie das jährliche Einkommen; die Zinsen betragen das Eineinhalbfache des monatlichen Einkommens. Das ist doch unerträglich. Das kann doch keiner begreifen. So geht es nicht weiter.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

50 Milliarden DM Schulden in nur sechs Jahren - das ist schon eine Eintragung ins Guinnessbuch der Rekorde wert: 8,3 Milliarden DM im Durchschnitt in jedem Jahr. Wenn Herr Rau dann in der "Wirtschaftswoche" gesagt hat: "Mein Regierungsprogramm ist solide finanziert, eine Erhöhung der Neuverschuldung ist nicht erforderlich!", dann ist das doch wirklich der Witz des Jahres.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Also, Ihre Steuererhöhungspläne, insbesondere Ihre Ergänzungsabgabe, die könnten Sie sich sparen, wenn Sie besser gewirtschaftet hätten. Warum sollen eigentlich die Bürger im Land mehr Steuern zahlen, nur weil Sie nicht mit dem Geld umgehen können?

(C)

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wenn es eine neue Armut gibt, nämlich die des Landes Nordrhein-Westfalen, dann ist die von Ihnen verschuldet worden. Nordrhein-Westfalen hat ja jetzt schon mehr Schulden als der gesamte Süden Deutschlands. 90 Milliarden DM - so hoch werden die Schulden Ende des Jahres sein -, das ist mehr als Bayern, Baden-Württemberg und Hessen zusammen. 100 Milliarden DM Schulden in zwei Jahren - das wird dann mehr sein, als die Schulden dieser Länder und zusätzlich noch des Saarlandes. 1990, wenn der neue Landtag gewählt wird, wird Nordrhein-Westfalen bei dem jetzt eingeschlagenen Haushaltskurs 38 %, also zwei Fünftel, der Schulden aller Flächenländer zu tragen haben. Deswegen haben wir gesagt: So geht es nicht weiter, da müssen auch Sie selbst Schluß machen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Deswegen unsere Zielvorstellung: 1990 Nettokreditaufnahme gleich Null, absoluter Stop. Die 100-Milliarden-DM-Schuldengrenze darf nicht überschritten werden.

Nun hat ja der Finanzminister gesagt, der Landtag dürfe keine mittelfristigen Ziele vorgeben - wie wir das gefordert haben -, das stehe dem Landtag nicht zu. Ich finde, Herr Finanzminister, es darf nicht möglich sein, daß der Haushaltsgesetzgeber sich nur auf die Verabschiedung eines einjährigen Haushalts beschränkt, daß ihm verboten wird, die wichtigsten finanzpolitischen Zielsetzungen zu bestimmen, nämlich die Schuldenhöhe, die Zinshöhe und die Höhe der Kredite. Wenn der Landtag sich selbst dieses Budgetrecht nimmt, kann er sich direkt als Volksvertretung verabschieden.

(D)

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Was wäre das im übrigen für eine Politik, die sich das Recht herausnimmt, den nachfolgenden Landtagen jeden eigenen finanziellen Spielraum zu nehmen?

Eine solche Politik wäre nicht nur unmoralisch, sie wäre verfassungswidrig. Auch deswegen unsere Wortwahl: Deadline nicht überschreiten. Auf deutsch: Todeslinie.

Aber all das, was Sie jetzt noch wegen des Bundestagswahlkampfes ablehnen, das wird,

(Dr. Rohde (F.D.P.))

- (A) wenn im nächsten Jahr der Pulverrauch des Wahlkampfes verzogen ist, wieder auf Sie zukommen. Im Februar schlägt die Stunde der Wahrheit, und die können Sie nicht vermeiden. Es wird Ihnen so gehen, meine Damen und Herren von der Mehrheitsfraktion, wie im Märchen von des Kaisers neuen Kleidern von Hans Christian Andersen - ich zitiere mit Genehmigung der Frau Präsidentin -

(Heiterkeit)

- des Herrn Präsidenten; bei Märchen denkt man immer an Frauen, das ist völlig klar. - (Zu Frau Abg. Friebe gewandt, die auf ihrem Abgeordnetensitz Platz genommen hat.) Ich bitte um Entschuldigung, Frau Vizepräsident, ich hatte Sie im Blick und dachte natürlich sofort an wunderschöne Märchen.

(Heiterkeit)

Da sprachen die Paladine des Kaisers: Oh Gott, wie sind des Kaisers neue Kleider unvergleichlich, welche Schleppe hat er am Kleide! Wie schön das sitzt. Keiner wollte es sich merken lassen, daß er nichts sah, denn dann hätte er nicht zu seinem Amte getaugt oder wäre sehr dumm gewesen. "Aber er hat ja nichts an", sagte endlich ein kleines Kind. "Herrgott, hört des Unschuldigen Stimme", sagte der Vater, und der eine zischelte dem anderen zu, was das Kind gesagt hatte. "Aber er hat ja nichts an", rief zuletzt das ganze Volk.

- (B) (Dr. Farthmann (SPD)): Das ist ja eine richtige Weihnachtsfeier.)

Natürlich, Sie sehen, ich bin sehr weihnachtlich gestimmt.

Nur die Kammerherren und Paladine gingen noch straffer und trugen die Schleppe, die gar nicht da war.

Aber, verehrter Herr Kollege Farthmann, weihnachtlich gestimmt - nur geht natürlich für Sie das Märchen im nächsten Jahr weiter, denn was macht die SPD-Fraktion eigentlich, als Kammerherren und Paladine des Kaisers, im Februar mit den Problemen des Landes und mit seinem Haushalt?

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Denn dann schlägt eben die Stunde der Wahrheit, und das Hinsehen wird sich nicht vermeiden lassen: und der Kaiser war nackt. Denn den bequemen Kreditweg, den Weg der Neuverschuldung, den können Sie nicht mehr beschreiten, es sei denn, Sie wollten den Staatsbankrott erklären. Dann können Sie

sich gleich Herrn Lappas zum neuen Finanzminister nehmen.

(Beifall bei den Oppositionsparteien)

Sie sollten sich da wirklich ein Beispiel an der Neuen Heimat nehmen, die auch dafür büßen mußte, daß sie ihre Verschuldungssituation nicht richtig eingeschätzt hat. Aber es gibt ja neue Finanzminister, die zur Verfügung stehen - die jetzt noch Aufsichtsratsvorsitzender bei der BGAG sind.

Auf höhere Steuereinnahmen können Sie also auch nicht mehr setzen, ebenso wenig wie auf Kredite; denn diese Finanzierungspraxis der letzten Jahre, die so bequem war, wird nicht mehr laufen.

Die neue CDU/F.D.P.-Regierung wird in der nächsten Legislaturperiode ernstmachen mit der Steuerreform, und wenn das in dieser Legislaturperiode verabschiedete zweite Paket der Steuerentlastung, das ab 1988 laufen soll, nur um ein halbes Jahr auf 1987 vorgezogen wird, würde das bereits verminderte Staatseinnahmen in Höhe von 1,5 Milliarden DM bedeuten. Wenn die Bundesregierung aber weiter ernst macht - und natürlich macht sie ernst - mit der Steuerentlastung in Höhe von 40 Milliarden DM bis 1990, dann bedeuten 40 Milliarden DM Steuerentlastung für die Bundesrepublik pro Jahr Mindereinnahmen in Höhe von 5 Milliarden DM für Nordrhein-Westfalen.

Angesichts der neuen Bundesregierung, die ernst macht mit der Steuerentlastung ihrer Bürger, stimmt also Ihre Finanzrichtung hinten und vorne nicht. Ihre eigene mittelfristige Finanzplanung mit Gesamtausgaben in Höhe von 248 Milliarden DM bei Einnahmen von 200 Milliarden DM ist im Februar reine Makulatur. Weder stimmen die Einnahmen - die sind niedriger -, noch stimmt Ihre Finanzierungslücke von 16 Milliarden DM - die ist einfach viel größer.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Regierungsfraktion, die Stunde der Wahrheit für die Paladine, die bisher noch die Schleppe trugen, heißt eben im nächsten Jahr: Aufstellung einer total neuen mittelfristigen Finanzplanung, Übernahme der Ziele der F.D.P., totale Umstrukturierung der Aufgaben und Zielsetzungen der Landespolitik. Herr Schleißer, wir, die Opposition, bieten Ihnen bei diesem Kraftakt der Umstrukturierung unsere Hilfe an.

(Schleißer (SPD): Das ist aber sehr zuvorkommend.)

(Dr. Rohde (F.D.P.))

- (A) Ohne die Hilfe der Opposition werden Sie es im nächsten Jahr ohnehin nicht schaffen, auch nicht im Laufe dieser Legislaturperiode. Wir bieten Ihnen unsere Hilfe für die Erneuerung Nordrhein-Westfalens an. Wir bieten Ihnen unsere Hilfe für einen Erneuerungspakt aller Kräfte in Nordrhein-Westfalen an. Daß wir diese Erneuerungsoffensive für die Politik und die Wirtschaft Nordrhein-Westfalens brauchen, das ist klar.

Diese neue Wirklichkeit müssen Sie ebenso zur Kenntnis nehmen wie die Paladine und die Kammerherren des Kaisers. Das heißt - ich zitiere aus verschiedenen Gutachten - beim Vergleich der Wettbewerbssituation Nordrhein-Westfalens zu anderen Bundesländern: Wachstumstempo im Süden deutlich höher als in anderen Regionen; Bruttosozialprodukt je Einwohner im Süden schneller wachsend als in anderen Landesteilen; Exportstruktur in Bayern und Baden-Württemberg wachstumsträchtiger als in Nordrhein-Westfalen, auch beschäftigungsintensiver; Bruttosozialprodukt in Nordrhein-Westfalen unterdurchschnittlich; Rückstand Nordrhein-Westfalens auch bei der Entwicklung der Bruttoerwerbs- und -vermögens-einkommen; relativ ungünstige Investitionstätigkeit in Nordrhein-Westfalen; Beschäftigungsentwicklung ungünstiger; Arbeitslosenquote ungünstiger usw. usw.

Also, verehrte Herren von der Regierung, um diesem Abschwung Einhalt zu gebieten, um diese Probleme zu beheben, brauchen wir vor allen Dingen eine Konzentration des Haushalts auf Zukunftsaufgaben.

(B)

(Beifall bei der F.D.P.)

Wir brauchen die Wiederherstellung des finanziellen Spielraums, und da müssen sich endlich alle Kräfte einmal zusammensetzen, um auch für Nordrhein-Westfalen eine Wende in der Politik herbeizuführen.

Ich verstehe überhaupt nicht, daß Sie die Augen ständig zumachen vor der günstigeren Lage unserer Wettbewerber. Jedes Unternehmen geht doch kaputt, wenn es die Lage seiner Wettbewerber nicht beachtet.

Die anderen Länder haben eben größeren Spielraum für Investitionen, können mehr in die Wissenschaft, in die Qualifikation ihrer Bürger investieren, können eine Vorreiterrolle in der Tarifpolitik übernehmen, können die Lage Nordrhein-Westfalens über eine moderne Umweltschutzgesetzgebung beeinflussen, weil sie eine günstigere Industriepalette haben, können durch Umweltschutz unseren Wettbewerb beeinflussen, und was die bisherigen Standortfaktoren für Nordrhein-Westfalen,

nämlich billige Energie und qualifizierte Arbeitskräfte, anbetrifft, so sind die anderen Länder inzwischen mindestens ebenbürtig, wenn nicht uns voraus. (C)

Also kommen wir an einer Umstrukturierung unserer alten Industrielandschaft nicht vorbei. Wir müssen mehr in neue Industriezweige investieren. Wenn man sich die Lage der Eisen- und Stahlindustrie und des Maschinenbaus ansieht, so stehen diese Industrien doch alle vor einer sehr prekären Situation. Wenn sie gezwungen sind, die Preise zu erhöhen, müssen sie mit Absatzeinbußen rechnen; verzichten sie auf Preiserhöhungen und nehmen dafür Gewinneinbußen in Kauf, so haben sie kein Geld für Innovationen. Sie können doch auch nicht leugnen, daß unsere Schmerzenskinder Kohle und Stahl über Umweltauflagen, Kapazitätsabbau usw. in immer schwierigere Situationen kommen.

Das Problem, mit dem Sie sich im nächsten Jahr auseinandersetzen müssen - Sie haben das in den letzten Jahren nicht getan -, ist, daß einerseits die Umstrukturierung zu lange dauert, nicht schnell genug vorangeht, Nordrhein-Westfalen von Industriezweigen getragen wird, deren Produktionspalette nur schwer an die sich wandelnde Nachfrage angepaßt werden kann, andererseits das Geld, das wir in alte Industrien stecken, für Investitionen in neue Industrien fehlt.

Deswegen ist es auch besonders kritisch, daß der Anteil der Beschäftigten im Forschungs- und Entwicklungsbereich, in der Unternehmensberatung und im Marketing im Bundesdurchschnitt um 18 % zugenommen hat, in Nordrhein-Westfalen aber am geringsten, nicht nur im Ruhrgebiet, sondern auch in den anderen Regionen des Landes. Ein hoher Anteil dieser Berufsgruppe fällt aber mit hohen Wachstumsraten in der Beschäftigung und der Produktion zusammen. (D)

Deswegen unser Vorschlag für einen Pakt für die Erneuerung Nordrhein-Westfalens, das heißt zur schnelleren Umstellung der Industrie: Schluß mit immer neuen Sozialverträglichkeitsprüfungen, Schluß mit der Veto-position der Gewerkschaften bei der Einführung neuer Technologien, weg mit der Maschinenstürmer-Ideologie!

(Widerspruch bei der SPD)

Wir brauchen auch eine neue Energieverträglichkeit. Wir können doch den Jahrhundertvertrag nur fortsetzen, wenn wir anderen Ländern zusichern, daß sie, die anderen Länder, ihre Grundlast über die Kernenergie fahren können. Sie werden doch auch neue

(Dr. Rohde (F.D.P.))

- (A) Mehrheiten im Lande nie wieder erreichen können - aus eigener Kraft schon gar nicht -, wenn Sie Ihren strikten Antiatomkurs fortsetzen.

Die SPD-Führungskräfte an der Ruhr kommen doch schon zu uns gelaufen und sagen: "Was ist eigentlich mit unserer Partei, der SPD, los? Dieser Partei werden wir einen Denkartikel erteilen, damit sie endlich wieder zum notwendigen Verbund von Kohle und Kernenergie zurückfindet.!"

(Zustimmung bei der F.D.P. - Zurufe von der SPD)

- Ja, die Führungskräfte von der VEBA, von RWE und anderen Unternehmen - ich denke nur an KWU -, die kommen doch ständig gelaufen und sagen: "Warum ändert die SPD nicht ihre Politik?"

Wir brauchen also eine Konzentration der Mittel auf die Wissenschaft, damit wir junge Wissenschaftler einstellen, Großgeräte kaufen können. Wir brauchen eine Verstärkung des naturwissenschaftlich-mathematischen Unterrichts in den Schulen. Wir brauchen endlich günstigere Rahmenbedingungen für die Unternehmer. Es mag Ihnen schwer fallen, die Rolle der Unternehmer zu begreifen. Sie waren immer gegen unternehmerisch tätige Menschen eingestellt, die Sie immer als Ausbeuter bezeichnet haben. Aber ich meine, die Neue Heimat sollte auch bewiesen haben, daß Unternehmer zu sein ja nicht so einfach ist, Herr Maedge. Das muß ja der erfolgreichste Aufsichtsratsvorsitzende aller Zeiten, Ernst Breit, am eigenen Leibe erfahren.

(B)

(Heiterkeit bei der F.D.P. und der CDU)

Und daß Unternehmer nicht machen können, was sie wollen, mußten die Gewerkschaften auch gerade erfahren, denen dann die Banken gesagt haben: Eigentum verpflichtet; möglicherweise hattet ihr vor dem Besuch der Banken andere Vorstellungen, aber wir halten uns an das Grundgesetz. - Es wird also langsam Zeit, daß Sie dazulernen.

Günstigere Rahmenbedingungen für Unternehmen heißt: keine zusätzlichen Kosten für politische Fortbildung, keine Ausbildungsumlagen, keine Ausbildungsabgaben, kein Verbot legaler Arbeitnehmerüberlassung, kein Verbot befristeter Arbeitsverträge, keine Steuererhöhungen. Sorgen Sie endlich für eine Modernisierung der nordrhein-westfälischen Wirtschaft!

Und wenn von deutschem Boden Frieden ausgehen soll, dann wäre ich schon dankbar,

wenn Sie wenigstens für Schulfrieden in Nordrhein-Westfalen sorgen würden.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Tragen Sie mit uns dazu bei, die Standortverbesserung der Gemeinden nach vorne zu bringen! Hören Sie also endlich auf mit der Plünderung der Investitionskassen der Gemeinden, die sich dann nur wieder bei den Unternehmen refinanzieren! Beide haben dann am Ende kein Geld, weder die Gemeinden noch die Unternehmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben also wirklich allen Grund, mit uns gemeinsam diesen Erneuerungspakt zu schließen. Und ich sage Ihnen: Wenn wir nur 200 000 Unternehmer mehr im Lande Nordrhein-Westfalen hätten, wären wir unsere Arbeitsplatzsorgen los.

Wenn Sie das tun, kommen Sie uns damit entgegen; aber sie kommen damit vor allen Dingen dem Lande Nordrhein-Westfalen entgegen. Was wir Ihnen anbieten, ist in der nächsten Legislaturperiode dann ein Pakt mit Bonn, ein Pakt mit der CDU/F.D.P.-Koalition in Bonn. Wir werden uns dann im nächsten Bundestag dafür einsetzen, daß es bei der Steuerreform einen gerechten Ausgleich zwischen Bund, Land und Gemeinden gibt.

(Zuruf von der SPD: Das hätten Sie schon lange tun müssen!)

Wir werden uns dafür einsetzen, daß Solidarität gegenüber der Kohle und Sicherheitspolitik für die Kohle als nationale Energie die Sondersituation Nordrhein-Westfalens berücksichtigt, um die bitter notwendige Umstrukturierung zu beschleunigen. Wir werden uns dafür einsetzen, daß Nordrhein-Westfalen - ähnlich wie im Verhältnis der Gemeinden zum Land - weggelassen vom goldenen Zügel der Zweckzuweisungen des Bundes und hin zu mehr Prioritäten für die notwendige Umstrukturierung dieses Landes.

Allerdings sind wir auch der Auffassung, daß es bei der Steuerreform darauf ankommt, mehr Möglichkeiten für private Anleger zu schaffen, bisher öffentliche Investitionen privat zu finanzieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Stunde der Wahrheit im nächsten Februar verlangt von Ihnen eine neue Politik. Mit der alten Politik haben Sie die Umstrukturierung Nordrhein-Westfalens nicht geschafft. Sorgen Sie gemeinsam mit uns dafür, daß Nordrhein-Westfalen bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode wieder die Nummer 1 unter den Ländern wird!

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

- (A) Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile das Wort Herrn Professor Dr. Farthmann für die Fraktion der SPD.

Dr. Farthmann (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist verabredet worden und entspricht auch dem bisherigen Sitzungsablauf, daß bei der Beratung des Haushalts des Herrn Ministerpräsidenten die große politische Bewertung der Erfolge, vielleicht auch der Mißerfolge

(Nagel (CDU): Sehr richtig. Das letztere war gut.)

der Landesregierung diskutiert wird. Das, was bisher dazu gesagt worden ist, war ja nichts weiter als Kritik. Es ist versucht worden, kein gutes Haar an dem zu lassen, was hier in Nordrhein-Westfalen geschieht und Wirklichkeit ist. Ich kann nur sagen: Ich habe einen völlig anderen Eindruck von dem, was die Landesregierung bisher getan hat, und auch von dem Zustand des Landes Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der SPD)

Ich will versuchen, das auch deutlich zu machen.

Nach meinem Eindruck hat die Landesregierung im Interesse unserer Bürger ihre Pflicht getan, in jedem nur denkbaren Punkt.

- (B) (Beifall bei der SPD)

Aber ich will gern zugeben: Die äußeren Umstände, auch die weltwirtschaftliche Entwicklung, aber diese nicht allein, haben es der Landesregierung wahrlich nicht leicht getan, ihre Pflicht zu tun und im Interesse unserer Bürger zu handeln.

(Dr. Linssen (CDU): Sie machen es Bonn doch angeblich dauernd leicht!)

Das fängt an mit der Arbeitslosigkeit. Der Bundeskanzler der Regierung der Legislaturperiode, die jetzt zu Ende geht, hat in seiner Regierungserklärung am 4. Mai 1983 verkündet: "Aufgabe Nr. 1 ist die Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit." Ich kann nur sagen: Der Herr Bundeskanzler hat die Massenarbeitslosigkeit seit diesem Zeitpunkt nicht beseitigt, sondern eher noch erhöht. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD)

Und der Generalsekretär der CDU, Herr Geißler, der ja immer noch ein Stück vorlauter ist als der Kanzler, hat einen Tag

zuvor, also am 3. Mai 1983, gesagt: "In zwei Jahren eine Million Arbeitslose weniger." Rechnen Sie sich das doch einmal aus! Damals hatten wir 2,1 Millionen Arbeitslose; wir müßten jetzt also 1,1 Millionen Arbeitslose haben.

(Dr. Linssen (CDU): Und was hat NRW geschafft?)

Stattdessen haben wir über 2,2 Millionen Arbeitslose. Das ist die Wahrheit. Im Januar/Februar 1985, zwei Jahre nach diesem Anspruch, lag die Arbeitslosenzahl in der Bundesrepublik bei über 2,6 Millionen und war damit die höchste Arbeitslosigkeit, die wir seit der Währungsreform jemals in einem Monat gehabt haben.

(Zuruf von der CDU: Sie hatten über 13 Jahre Zeit!)

Nach saisonbedingter Verbesserung im Sommer erreichte die Zahl dann im Januar/Februar dieses Jahres wieder fast 2,6 Millionen. Das ist noch kein Jahr her. Und wir alle wissen: Wenn man die über 58-jährigen nicht herausgerechnet hätte, wenn man also nicht durch Statistik die Öffentlichkeit irregeführt hätte, wären es mindestens genauso viel wie 1985. Denn jedermann weiß, daß die Fachleute diese Zahl der über 58-jährigen bundesweit auf ungefähr 38 000 schätzen.

Wir hatten im Jahr 1985 - das ist das letzte abgeschlossenen Jahr, das hinter uns liegt - die höchste Jahresdurchschnittsarbeitslosigkeit, die es jemals seit der Währungsreform in der Bundesrepublik gegeben hat.

Und dann stellt sich Herr Bundesinnenminister Zimmermann am 1. Dezember 1986 hin und erklärt - man hält soviel Schnoddrigkeit nicht für möglich - in der "Bild"-Zeitung wörtlich:

Wir werden am Ende der nächsten Legislaturperiode an die eine Million herankommen. Das ist dann keine Arbeitslosigkeit mehr."

Jeder, der einen Schimmer von der derzeitigen wirtschaftlichen Entwicklung hat, weiß, daß wir weltweit auf einen neuen Konjunkturabschwung hinsteuern, was der Bundesregierung nicht zum Vorwurf zu machen ist, was sie aber nicht berechtigt, so ein leichtfertiges Geschwätz daherzureden und die Bevölkerung zu täuschen.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich kann nur Herrn Kollegen Biedenkopf zustimmen, der wörtlich gesagt hat:

(C)

(D)

(Dr. Farthmann (SPD))

- (A) Das beste beschäftigungspolitische Programm wäre der Rücktritt der Regierung.

(Zustimmung bei der SPD - Schauerte (CDU): Der Landesregierung!)

- Nein, das hat er zur Bundesregierung gesagt. Aber er hat das am 5. Februar 1982 gesagt.

(Dr. Biedenkopf (CDU): Eben!)

Nur, in der Bundesrepublik ist es seitdem in bezug auf die Arbeitslosigkeit - das war damals der Anlaß - nicht besser geworden, sondern schlechter.

(Lachen des Abg. Dr. Linssen (CDU))

Es ist nicht in Ordnung, wenn Sie heute nicht mindestens das gleiche sagen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Abg. Dr. Farthmann, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schauerte?

Dr. Farthmann (SPD): Nein, das möchte ich jetzt nicht.

Legen Sie, Herr Biedenkopf, die gleiche Elle, die Sie damals bei Helmut Schmidt angelegt haben, bei Helmut Kohl an. Dann sind wir uns sehr schnell einig.

- (B) (Beifall bei der SPD)

Nun behaupten CDU und F.D.P. unablässig: Wenn schon die Arbeitslosigkeit nicht abnehme, so müsse doch die Zahl der Arbeitsplätze berücksichtigt werden.

(Nagel (CDU): Ja, eben!)

Auch das bringt nichts; denn die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer - -

(Zuruf des Abg. Schauerte (CDU))

- Hören Sie sich doch wenigstens die Zahlen an! Daß Sie das nicht gerne hören, weiß ich ja wohl; aber Sie müssen nun einmal von Amts wegen ertragen, wenn Sie schon Landtagsabgeordneter sind, daß Sie sich mit der Meinung der politisch Andersdenkenden auseinanderzusetzen haben.

(Lebhafte Zustimmung bei der SPD)

Die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer ist nämlich von 1982 bis 1986 bei rund 22 Millionen Arbeitsplätzen um ganze 70 000 ange-

stiegen. Das ist nicht der Rede wert. Wenn man dann aber noch berücksichtigt, daß seitdem eine Arbeitszeitverkürzung stattgefunden hat, von der alle Experten wissen, daß sie mindestens rund 200 000 neue Arbeitsplätze gebracht hat, dann wissen Sie, wie die Situation aussieht. Dabei müssen Sie noch berücksichtigen, daß eben dieser Bundeskanzler, der sich heute damit bei der Bevölkerung dicke zutun versucht, in seiner Amtszeit seien zusätzliche Arbeitsplätze entstanden, diese Maßnahme, die im wesentlichen zu zusätzlichen Arbeitsplätzen geführt hat, nämlich die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung, als "absurd, töricht und dumm" bezeichnet hat und das bekämpft hat wie kein anderer, was er sich heute an den Hut stecken will!

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen: Wie schlecht die Chancen für Arbeitslose sind, wieder einen Arbeitsplatz zu finden, zeigt vor allem die Bilanz der offenen Stellen. Von 1976 bis 1980 lag die Zahl der gemeldeten offenen Stellen im Jahresdurchschnitt zwischen 235 000 und 308 000. In diesem Jahr wird es gerade die Hälfte sein: ungefähr 160 000 offene Stellen. Daran sehen Sie, daß sich die Situation nicht gebessert, sondern weiter verschlechtert hat.

Meine Damen und Herren von der Opposition, ich sage Ihnen auch noch: Neben der hohen Zahl der Arbeitslosigkeit ist für mich fast noch bedrückender, in welchem Umfang die Langzeitarbeitslosigkeit mit ihren Folgen zugenommen hat. Im Jahre 1982 betrug die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit - als die von Ihrer Partei getragene Regierung antrat - 7,6 Monate. 1985 waren es schon 11,6 Monate. 1982 waren rund 386 000 Frauen und Männer länger als ein Jahr arbeitslos; das waren damals 21 % aller Arbeitslosen. Jetzt sind 665 000 Erwerbslose länger als ein Jahr ohne Arbeit; das sind über 31 % aller Arbeitslosen! Heute bekommen 38 % aller registrierten Arbeitslosen - von den nicht registrierten, der sogenannten Reservearmee, die auf 1,2 Millionen geschätzt wird, wollen wir gar nicht reden - keinen Pfennig Unterstützung mehr aus der Arbeitslosenversicherung.

(Dr. Heinemann (Essen) (SPD): Weiter so, Deutschland!)

Der einzige Grund ist: Weil sie alle länger als ein Jahr arbeitslos sind, sind sie nur Arbeitslosenhilfebezieher bei der Arbeitslosenversicherung. Beim Arbeitslosenhilfempfang ist aber die sogenannte Bedürftigkeitsprüfung vorzunehmen, was dazu führt,

(DR. Farthmann (SPD))

- (A) daß der Arbeitslose nichts mehr bekommt, wenn er ein verdienendes Kind, einen verdienenden Elternteil oder einen verdienenden Ehegatten hat. Das mag ja gerechtfertigt gewesen sein, als jeder innerhalb eines Jahres einen neuen Arbeitsplatz finden konnte und man sagen konnte: Wer nicht innerhalb eines Jahres einen Arbeitsplatz findet, ist selber schuld. - Ich kann nur hervorheben: Wenn jetzt bei der Mannesmann-AG 6 500 Arbeitsplätze abgebaut werden, dann werden alle davon betroffenen Kollegen, die 45 Jahre und älter sind, so gut wie keine Chance haben, einen neuen Arbeitsplatz zu finden. Wer berechtigt uns denn, diese Menschen zu Sozialhilfeempfängern zu machen?

(Zustimmung bei der SPD)

Die Bundesanstalt für Arbeit macht Überschüsse, die Langzeitarbeitslosigkeit wächst, und die Arbeitslosen werden vor die Türen der Kommunen gekarrt, deren Sozialhilfeaufwendungen deswegen immer höher steigen!

(Zustimmung bei der SPD)

Durch die Schwächung der Investitionskraft der Gemeinden, die dadurch eintritt, werden weitere Investitionen ausbleiben, und es wird wieder mehr Arbeitslose geben.

(Ruppert (F.D.P.): Druch die Gemeindefinanzierung der Landesregierung!)

- (B) Von 1981 bis 1985 ist die Zahl der Sozialhilfeempfänger, die Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Bundessozialhilfegesetz bekommen, um mehr als 60 % gestiegen. Das ist ausschließlich eine Folge der Arbeitslosigkeit.

(Arentz (CDU): Schwachsinn!)

- Daß Sie dauernd Urteile über sich selbst abgeben, Herr Arentz, ist mir schon seit längerem nicht verborgen geblieben.

(Lachen und Zustimmung bei der SPD)

Das ist ja auch eine besonders nette Art, in der man miteinander umgeht, wenn man jemandem "Schwachsinn" vorwirft.

(Arentz (CDU): Das wissen Sie doch selber, daß das Quatsch ist, was Sie sagen! - Weitere Zurufe von der CDU - Gegenrufe)

- Ich habe dem, was ich gesagt habe, nichts hinzuzufügen.

(Beifall bei der SPD)

(C) Meine Damen und Herren, wer Arbeitslosigkeit bekämpfen will, der sollte die Investitionskraft der Gemeinden stärken

(Zurufe von der CDU: Richtig!)

und nicht schwächen - -

(Starker demonstrativer Beifall bei der CDU - Zustimmung Zurufe von der CDU - Gegenrufe - Unruhe)

Wer die Arbeitslosigkeit bekämpfen will, muß dafür sorgen, daß den Gemeinden nicht auf der einen Seite ständig Mittel entzogen werden,

(Erneute demonstrative Zustimmung bei der CDU)

indem ihnen höhere Lasten - -

(Anhaltende demonstrative Zustimmung bei der CDU - Nagel (CDU): Das ist Klasse! - Weitere Zurufe)

Wer die Arbeitslosigkeit bekämpfen will, muß dafür sorgen, daß den Gemeinden nicht ständig Mittel entzogen werden

(Erneute Zustimmung bei der CDU)

durch eine Höherbelastung mit Sozialhilfeaufwendungen - daß Sie auch das beklatschen, finde ich gut -

(Beifall bei der SPD)

(D) und durch eine ständige Absenkung des Geldes, das wir als Land bekommen, um es an die Gemeinden weitergeben zu können.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Beifall bei Abgeordneten der CDU - Zurufe des Abg. Nagel und anderer Abgeordneter der CDU - Unruhe - Abg. Nagel (CDU) meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Professor Farthmann, lassen Sie jetzt eine Zwischenfrage zu?

Dr. Farthmann (SPD): Nein, ich möchte gern meinen Gedanken zu Ende führen; danach sehr gern! - Herr Nagel, Ihnen verweigere ich selbstverständlich keine Zwischenfrage. - Aber der Gedanke ist mir jetzt zu wichtig.

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

Diese Steuerpolitik, die jetzt betrieben wird, bewirkt bei den Gemeindehaushalten das Gegenteil. - Und es kommt ein Zweites hinzu:

(Dr. Farthmann (SPD))

- (A) Die nordrhein-westfälischen Gemeinden werden auch dadurch benachteiligt, daß unsere Landeskasse vom Bund jedes Jahr in verfassungswidriger Weise, wie wir inzwischen wissen, um 600 Millionen DM betrogen wird!

(Lebhafte Zustimmung bei der SPD)

Das ist der Punkt!

(Weiter Zustimmung bei der SPD)

Unsere Klage beim Bundesverfassungsgericht ist durch das Urteil vom 24. Juni positiv beschieden worden. Diese Entscheidung hat die Verfassungswidrigkeit der bisherigen Praxis unserer Benachteiligung bestätigt.

Herr Nagel, wenn Sie Ihre Zwischenfrage noch stellen wollen - bitte!

Nagel (CDU): Herr Kollege Dr. Farthmann, ist mein Eindruck richtig, wenn ich Ihre Ausführungen in den vorletzten Sätzen zugrundelege, daß Sie auf dem bestem Wege sind, CDU-Mitglied zu werden?

(Lachen bei der SPD - Heiterkeit bei CDU und F.D.P. - Zurufe)

Dr. Farthmann (SPD): Ich weiß nicht, für wie wandlungsfähig Sie Ihre Partei halten!

(Beifall bei der SPD)

- (B) Und ich weiß auch nicht, was Ihnen dabei eben durch den Kopf gegangen ist.

(Erneut Beifall bei der SPD
- Dr. Biedenkopf (CDU): Eins zu null!
- Weitere Zurufe von der CDU)

Aber, Herr Nagel, wenn Ihre Frage bedeuten soll, daß sich aus Ihrer Sicht eine gewisse Gemeinsamkeit abzeichnet, und zwar dabei, den Gemeinden nicht mehr länger die Lasten aus der Arbeitslosigkeit zuzuschieben und ihnen gleichzeitig einen angemessenen Steuerbetrag durch die Bonner Steuerpolitik zu sichern,

(Nagel (CDU): Grunderwerbssteuer!)

dann kommen wir uns sehr schnell näher.

(Beifall bei der SPD)

Herr Worms hat hier eine Endschuldungspolitik eingefordert, und Herr Rohde hat sich dem sehr nachhaltig angeschlossen. Herr Worms hat sogar davon gesprochen, daß durch den Brief des Finanzministers - so haben Sie sich, glaube ich, ausgedrückt,

Herr Worms - die moralische Dimension der Staatsverschuldung deutlich geworden sei. - Das ist ja hervorragend! Da sind wir alle einer Meinung. Nur wenn Sie sich gleichzeitig vergegenwärtigen, daß Ihre Partei im vorigen Jahr - 1985 - bei den Haushaltsberatungen Anträge über Mehrausgaben von 230 Millionen DM gestellt hat, doch wohl in der Hoffnung, die Anträge würden durchkommen,

(Schauerte (CDU): Das ist doch Quatsch!)

und wenn Sie in diesem Jahr Anträge stellen über - wie mir Heinz Schleusser eben zusammen gerechnet hat - 600 Millionen DM, dann frage ich Sie: Wie steht es denn da mit der Moral?

(Lebhafter Beifall bei der SPD
- Schauerte (CDU): Das ist absoluter Quatsch! - Nagel (CDU): Ja, Unsinn!
- Weitere Zurufe von der CDU - Unruhe)

Und wenn ich mir die Kapriolen von Herrn Arentz vor Augen führe, die wir in den letzten Jahren erlebt haben und die wir gleich wieder zu erwarten haben, dann wird ja nach allem, was wir bisher von ihm kennen, Herr Arentz nicht etwa sagen, wir hätten zu viel Geld ausgegeben, sondern er wird uns dafür anzuklagen versuchen, daß wir nicht noch mehr Geld ausgegeben hätten; das ist doch das Thema!

(Zustimmung bei der SPD - Widerspruch bei der CDU - Abg. Meuffels (CDU) meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Professor Farthmann, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage?

Dr. Farthmann (SPD): Ja, aber ich wollte eben noch den Satz zu Ende führen. - Ich habe Ihnen im vorigen Jahr, meine Damen und Herren von der Opposition, bereits entgegengehalten: Geben Sie endlich auch im Interesse der Wahrhaftigkeit dieses Parlaments die Doppelzüngigkeit Ihrer Argumentation auf und einigen Sie sich auf eine Version! Geben wir zu viel Geld aus - darüber können wir diskutieren; dann müssen wir überlegen, wo wir kürzen können - oder geben wir zu wenig Geld aus? - Beides gleichzeitig aber ist schon aus naturwissenschaftlichen Gründen nicht machbar.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU: Sie müssen das Geld richtig ausgeben!)

- Herr Meuffels, Sie wollten eine Zwischenfrage stellen. Bitte!

- (A) Meuffels (CDU): Herr Kollege Farthmann, als ich 1966 in den Landtag kam, hatten wir, wenn ich mich recht erinnere, einen Etat von 10 Milliarden DM bei einer Verschuldung von rund 400 Millionen. Heute haben wir einen Etat von rund 60 Milliarden bei einem Schuldenstand von 90 Milliarden DM. - Nun meine Frage - ohne Polemik! Sie haben sich sicher Gedanken gemacht: Wie erklären Sie sich - -

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Meuffels, fassen Sie Ihre Ausführungen doch bitte zu einer Frage zusammen!

Meuffels (CDU): Wie erklären Sie sich selber, daß in diesen zwanzig Jahren eine solch schlimme Entwicklung stattgefunden hat, die letzten Endes mit Ihrer Mehrheit zu verantworten ist?

Dr. Farthmann (SPD): Herr Meuffels, ohne Polemik auch die Antwort! Ich erkläre mir das daraus, daß diese Ausgaben im Interesse unserer Bürger dringend nötig waren

(Lachen und Zurufe von der CDU)

und daß Sie ja ständig noch mehr Ausgaben gefordert haben!

(Zustimmung bei der SPD - Widerspruch bei der CDU - Hardt (CDU): Das war aber eine schwache Antwort! - Zustimmung bei der CDU - Weitere Zurufe)

- (B) - Wir haben das zwar mit unserer Mehrheit zu verantworten, aber Sie wollten uns ja in Ihrer Minderheit immer noch zusätzliche Ausgaben aufzwingen!

(Schleusser (SPD): Genau so! - Zustimmung bei der SPD)

Die zentralen Industriebereiche unseres Landes - das wissen wir alle - sind Kohle und Stahl. Auch da wird die Landesregierung vom Bund im Stich gelassen. Sie findet schlechte Bedingungen vor, die sie durch ihre Politik zu überwinden versuchen muß.

Ich will dazu einen ganz unverdächtigen Zeugen zitieren, nämlich Herrn Spethmann, den Chef von Thyssen-Stahl, der, wie ich glaube, sogar Ihr Mitglied ist, was ich aber nicht zu seinem Nachteil auslegen will.

(Zurufe von der CDU)

Herr Spethmann hat wörtlich gesagt - wenn ich mit Genehmigung des Herrn Präsidenten aus der "Bild"-Zeitung vom 11.12.1986 zitieren darf -:

Zehntausende tüchtiger Stahlarbeiter mußten bereits entlassen werden. Eine Ende ist nicht in Sicht - im Gegenteil!

- Und dann sagt Herr Spethmann weiter:

Tatenlos wird von der Bundesregierung zugeesehen, wie durch immer höhere Staatseinfuhren zu Schleuderpreisen aus Entwicklungsländern unsere hochqualifizierten deutschen Produkte kaputtgemacht werden.

Meine Damen und Herren, diese Tatenlosigkeit des dafür verantwortlichen Bundeswirtschaftsministers Bangemann schadet unseren Bürgern und schadet unserem Land. Das müssen die Bürger wissen.

(Zustimmung bei der SPD)

Deutlicher geht es ja wohl wirklich nicht.

Wie sieht es denn im Bergbau aus? Die Situation für den deutschen Steinkohlenbergbau hat sich im Jahre 1986 dramatisch verschlechtert. Ich bin sehr froh darüber gewesen, daß sich der Herr Bundeskanzler die Zeit genommen hat und auf einer Schachtanlage an der Ruhr vor einigen Wochen eingefahren ist. Ich begrüße auch ausdrücklich, daß er gesagt hat, der Kohlepfennig müsse erhöht werden. Denn die sogenannte Frankfurter Kasse, die die Lebensgrundlage dafür ist, daß die deutsche Steinkohle in der Stromversorgung eine Chance hat, ist so gut wie pleite. Auch das ist ein Versagen der Bundesregierung. Es muß dringend Abhilfe geschaffen werden. Wir wollen hoffen, daß das Wort des Bundeskanzlers nicht nur ein Wort bleibt, sondern auch in Taten umgesetzt wird.

(Zustimmung bei der SPD - Zuruf des Abg. Dr. Linssen (CDU))

- Daran ist leider kein Zweifel, Herr Linssen; orientieren Sie sich einmal, damit Sie über Ihren Krefelder Mittelbetrieb hinauskommen. Hier geht es nämlich um andere Dimensionen.

(Vereinzelt Zustimmung bei der SPD)

Herr Staatssekretär Grüner hat gesagt - das hat mich sehr überrascht -, wir müßten uns im westdeutschen Steinkohlenbergbau auf die kostengünstigen Schachtanlagen konzentrieren. Ich habe das zunächst einer gewissen Ahnungslosigkeit zugeschrieben, die man aus dem Wirtschaftsministerium gelegentlich vernahmen kann.

(Paus (CDU): Aus Ihrem!)

(Dr. Farthmann (SPD))

- (A) - Das ist es aber nicht. Ich meine, damit Sie es genau wissen, das Bundeswirtschaftsministerium. - Inzwischen habe ich aber festgestellt, daß das sogar ein Zitat im Energiebericht der Bundesregierung ist. Dazu kann ich nur raten: Erzählen Sie einmal das den Bergleuten an Rhein und Ruhr. Wenn die beiden Schachtanlagen "Minister Stein" in Dortmund und "Zollverein" in Essen Anfang nächsten Jahres geschlossen sein werden, dann geht es ins rohe Fleisch, wenn weitere Schachtanlagen stillgelegt werden.

(Wendzinski (SPD): Eindeutig richtig!)

Es gibt keine kostengünstigen Schachtanlagen mehr. Das, was in den verbleibenden Schachtanlagen an der Ruhr produziert wird, ist die Spitze der bergbaulichen Leistungen auf der ganzen Welt.

(Lebhafte Zustimmung bei der SPD)

Wer einen weiteren Rückgang des Steinkohlenbergbaus herbeiführen will, stößt ihn in den Abgrund. Es gibt keinen Spielraum mehr. Er steht im wahrsten Sinne des Wortes mit dem Rücken an der Wand. Deswegen kann ich nur sagen: Wenn der Steinkohlenbergbau erhebliche Rückgänge an Absatzmöglichkeiten in der Stahlindustrie hat - dort lag der Haupteinbruch in diesem Jahr, und nach allem, was wir wissen, ist überhaupt keine Aussicht dafür, daß sich das bessert -, kann das nur ausgeglichen werden durch einen tendenziell höheren Einsatz von Steinkohle in der Stromerzeugung. Dazu sind energiepolitische Maßnahmen notwendig, insbesondere die Erhöhung des Kohlepfennigs. Und deswegen ist politisches Handeln erforderlich, was aber nicht geschieht.

(B)

(Tschöeltsch (F.D.P.): Sie gefährden die Kohle mit Ihrer Energiepolitik.)

Wir müssen in der Bundesrepublik auch die Frage stellen: Was ist denn unseren Bürgern die Sicherheit der Energieversorgung wert? Gilt all das, was wir immer gesagt haben, noch, nämlich daß wir aus Gründen der Sicherheit die heimischen Energieträger zu einem bestimmten Prozentsatz erhalten wollen? Oder gilt das nicht mehr? Für mich gibt es keinen Zweifel darüber, daß der dritte Ölpreisschock kommt. Ich weiß nur nicht, wann das sein wird. Aber daß er irgendwann kommt, ist so gut wie sicher.

Also: Die Landesregierung hat unter schwierigen Bedingungen im Interesse unserer Bürger ihre Aufgaben

(Schauerte (CDU): Nicht erledigt!)

erfüllen müssen, aber sie hat getan, was menschenmöglich war. (C)

(Zustimmung bei der SPD)

Ich glaube auch, wir können stolz darauf sein, was in den vergangenen zwanzig Jahren hier in Nordrhein-Westfalen erreicht worden ist. Vor dem Hintergrund des Horrorkatalogs, den Herr Rohde soeben über das Land vorgebracht hat, muß ich mich wirklich fragen: Von welchem Land reden Sie?

(Zustimmung bei der SPD - Dr. Linssen (CDU): Das sind Fakten und Zahlen!)

Ich werde Ihnen jetzt einmal eine andere Palette von Zahlen vortragen. Mit 29,5 % hatte Nordrhein-Westfalen im Jahre 1985 einen Anteil am Bruttoinlandsprodukt, der über dem Bevölkerungsanteil liegt. 29,5 % sind unser Bruttoinlandsprodukt, und bei 29,3 % liegt unser Bevölkerungsanteil.

(Zuruf des Abg. Schauerte (CDU) - Dr. Linssen (CDU): Wie war das denn vor zehn und fünf Jahren?)

- Herr Linssen, da gibt es Schwankungen. Ich habe das nicht im Kopf, aber die Tendenz ist nicht rückläufig gewesen.

(Dr. Linssen (CDU): Doch! Die Tendenz ist negativ!)

Zur Produktivität hat Herr Rohde gesagt - Ich weiß nicht genau, wie er sich ausgedrückt hat -, das Land müßte endlich wieder weg vom letzten Platz oder müßte einen Spitzenplatz erhalten. (D)

(Zustimmung bei der CDU)

- Klatschen Sie gleich bei den Zahlen; dann ist es gerechtfertigter. - Wir haben pro Erwerbstätigen ein Bruttoinlandsprodukt in Hessen von 76 060 DM, in Nordrhein-Westfalen von 75 360 DM, in Baden-Württemberg von 69 830 DM, in Bayern von 67 760 und in Niedersachsen von 65 830 DM.

(Aha! bei der SPD)

Das heißt, Nordrhein-Westfalen steht an zweitbesten Stelle.

(Zustimmung bei der SPD)

Baden-Württemberg steht auf dem dritten Platz, Bayern auf dem siebten, Niedersachsen auf dem achten.

(Dr. Farthmann (SPD))

- (A) Hessen, SPD-regiert - aber das ist für mich gar kein Thema -, hat wegen seiner ungewöhnlichen industriellen Struktur nach dem 2. Weltkrieg immer an der Spitze gestanden. Wir haben immer an zweitbesten Stellen gestanden; da stehen wir auch heute noch.

Mit 30 % liegt unser Anteil am Export der Bundesrepublik klar über dem Bevölkerungsanteil. Wir haben maßgeblich dazu beigetragen, daß die Bundesrepublik Exportnation Nummer 1 in der Welt geworden ist. Für ausländische Investoren - hören Sie gut zu, Herr Linssen und Herr Rohde! - ist Nordrhein-Westfalen der attraktivste Wirtschaftsraum der Bundesrepublik. Hier wurden 1985 19,8 Milliarden DM

(Zuruf des Abg. Schumacher (Kall) (CDU))

- das ist für Sie vielleicht das erstmal, daß Sie sich mit Zahlen vertraut machen, Herr Schumacher; das sollte man aber tun, es hilft nämlich manchmal auch bei der politischen Argumentation! -

(Zustimmung bei der SPD)

an ausländischen Direktinvestitionen getätigt. Erst auf dem zweiten Platz folgt Hessen mit 18,5 Milliarden DM und dann Baden-Württemberg mit 14,6 Milliarden DM.

- (B) Nach Bosch in Stuttgart ist Thyssen der zweitgrößte Automobilzulieferer in der Bundesrepublik. Jährlich setzt Thyssen allein mit den Automobilfirmen 6 Milliarden DM um. Daimler-Benz hat 6 700 Lieferanten in Nordrhein-Westfalen. Ein Viertel aller für VW und Audi unternommenen Einkäufe wird in Nordrhein-Westfalen getätigt. Das ist die Wahrheit und nicht die Horrorkataloge, mit denen Sie unser Land kaputtreden!

(Lebhafte Zustimmung bei der SPD)

In der Entwicklung von Produkten, die die OECD als technologiehaltig bezeichnet - das sind ja wohl Spitzentechnologien -, hat Nordrhein-Westfalen eine Zuwachsrate, die deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegt. Das ist die Wahrheit.

Auch im Umweltschutz stehen wir an der Spitze. Bei uns sind 37 % der Umweltschutzunternehmen zu Hause. Wir haben im Umweltschutz eine klare Leitfunktion. Auch die Ausgaben des Landes betragen 40 % der Aufwendungen der gesamten Bundesrepublik, liegen also deutlich über dem Durchschnitt, über unserem Bevölkerungsanteil.

(C) Dies sind nur einige Beispiele. Aber man muß sie immer wieder anführen, weil die Opposition nicht davon abläßt, unser Land schlecht zu machen. Das ist die Wahrheit.

Auch das Ruhrgebiet, unser Problemgebiet, das uns viele Sorgen macht und viel Geld kostet, ist auf einem guten Wege. Dank der vielfältigen Initiativen der Landesregierung, auch dank der Einsatzbereitschaft von Arbeitnehmern und Unternehmern und ihrem Fleiß

(Schauerte (CDU): Das letzte stimmt!)

ist das Revier eines der attraktivsten Wirtschaftszentren Europas.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren von der Opposition, wenn Sie es mir nicht glauben, dann lesen Sie die "Wirtschaftswoche", die ja nun wirklich nicht ein Blatt ist, das für uns Reklame macht. Diese "Wirtschaftswoche" schreibt am 4. Dezember 1986 - ich darf mit Genehmigung des Präsidenten wörtlich zitieren -:

Der alte Kohlenpott ist heute nicht nur Tummelbecken für High-Tech-Newcomer, sondern er lockt auch immer mehr internationale Konzerne. Im Windhundrennen um neue Industrieansiedlungen konnten die nordrhein-westfälischen Strukturplaner einige wichtige Etappensiege erringen.

(D) So wird das von anderen gesehen.

Sie brauchen sich auch nur vor Augen zu führen, wie der Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Münster - wenn ich richtig unterrichtet bin, Frau Thoben, ist das ja sozusagen Ihr oberster Brötchengeber im beruflichen Bereich - urteilt. Er sagte wörtlich - wenn ich auch den Satz noch zitieren darf -:

Wir sind heute nicht mehr technologisches Hinterland, sondern vielmehr dabei, andere Bundesländer zu überholen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist die Realität im Ruhrgebiet. Darauf sind die Bürgerinnen und Bürger, darauf ist auch die SPD-Landtagsfraktion stolz.

(Beifall bei der SPD - Schumacher (Kall) (CDU): Was haben Sie denn wohl dazu getan?)

Und die Landesregierung hat Grund, stolz darauf zu sein.

(Dr. Farthmann (SPD))

- (A) Mit diesem Bewußtsein gehen wir auch an schwierige Zukunftsaufgaben heran.

Dabei ist für uns die Zukunftsaufgabe Nummer 1 die Bewältigung der Arbeitslosigkeit. Wir in Nordrhein-Westfalen handeln, während Kohl und Bangemann uns im Stich lassen.

(Beifall bei der SPD - Schauerte (CDU):
Wo denn?)

- Daß Sie das schon wieder vergessen haben, Herr Schauerte, wundert mich bei Ihnen nicht.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen trotz unserer schwierigen Finanzsituation für mehr Beschäftigung und für mehr wirtschaftliche Entwicklung gesorgt. Für das Landesprogramm zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze und zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit haben wir von 1980 bis 1986 2,2 Milliarden DM aufgewandt. Das ist mehr, als alle andere Bundesländer zusammen getan haben.

(Beifall bei der SPD)

Unser Programm hat 120 000 Jugendlichen geholfen, einen Ausbildungsplatz zu finden. Wäre dies nicht so, stünde Herr Bundeskanzler Kohl bei seiner Aussage mit einem noch kürzeren Hemd da. So sieht das aus.

(Beifall bei der SPD)

- (B) In diesem Jahr, 1987, in dem Haushalt, über den wir heute beschließen, sind für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit 450 Millionen DM an Barmitteln und über 250 Millionen DM an Verpflichtungsermächtigungen vorgesehen. Für Hilfen zur Erhaltung von Arbeitsplätzen im Bergbau wendet das Land über 1 Milliarde DM auf. 250 Millionen DM geben wir für die Unterstützung des technischen Wandels aus, vor allem für mittelständische Betriebe.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

900 Millionen DM sind für die Wirtschaftsförderung und die Förderung der Außenwirtschaft vorgesehen.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Für die Beratung, Gründung und Stabilisierung alternativer Betriebe und Genossenschaften werden wir 7,55 Millionen DM ausgeben. Dies alles schafft mehr Beschäftigung in unserem Lande.

(Schauerte (CDU): Deswegen haben wir auch so wenig Arbeitslose!)

Zukunftsaufgabe Nummer 2 ist der Umweltschutz. Auch da werden wir vorangehen. Wir haben bereits Maßstäbe gesetzt. Wir werden das auch in Zukunft tun.

(C)

Die dritte große Zukunftsaufgabe ist die Bewahrung der sozialen Gerechtigkeit. Wir haben in Nordrhein-Westfalen ein flächendeckendes System von Familien-, Ehe- und Lebensberatungsstellen. Pro Einwohner stellen wir für diesen Zweck sowie für Schwangerschafts-, Konflikt-, Sucht- und Frauenberatungsstellen mehr Mittel zur Verfügung als alle Bundesländer zusammen.

(Beifall bei der SPD)

Haushaltsansatz: 57,7 Millionen DM. An diesem Kurs werden wir festhalten. Herr Arentz wird sicher gleich einige dieser Punkte kritisieren. Aber er kann sie nur kritisieren, weil wir in den letzten Jahren noch besser waren, nicht, weil es in anderen Ländern, die von der CDU regiert werden, bessere Zahlen gäbe.

(Beifall bei der SPD)

Auch bei der Familienbildung liegt Nordrhein-Westfalen im Ländervergleich vorn. Haushaltsansatz für dieses Jahr: 36,25 Millionen DM. Mit unseren Aufwendungen für Erholungsmaßnahmen für Familien, für Jugendliche und alte Menschen stehen wir in Nordrhein-Westfalen bundesweit an der Spitze.

(Zuruf des Abg. Bensmann (CDU))

(D)

- Daß wir das nicht mehr so gut können wie in früheren Jahren, haben auch wir im Interesse einer vernünftigen Finanzpolitik schmerzlich feststellen müssen. Trotz des Abspeckens - da waren Sie noch nicht da, Herr Bensmann - sind wir heute aber immer noch besser als alle anderen Bundesländer. Das ist der Punkt.

(Beifall bei der SPD)

Orientieren Sie sich nicht an von Sozialdemokraten gesetzten Maßstäben, wenn Sie Sozialdemokraten kritisieren, sondern an dem, was Ihre Parteivettern in anderen Bundesländern machen. Da müssen Sie einmal hingucken.

(Beifall bei der SPD)

Nordrhein-Westfalen liegt mit der Förderung von Tageseinrichtungen für Kinder an der Spitze aller Bundesländer. Wir haben im Durchschnitt die niedrigsten Elternbeiträge für Kindergärten. Natürlich werden wir kritisiert, daß sie höher sind, als sie es

(Dr. Farthmann (SPD))

- (A) schon einmal gewesen sind. Wir wollten auch einmal Null-Beiträge.

(Schumacher (Kall) (CDU): Richtig!)

- Aber Sie können das doch redlicherweise nicht kritisieren - Herr Schumacher, das wollte ich Ihnen gern sagen -, wenn Sie uns gleichzeitig zu hoher Ausgaben zeihen. Wenn wir den Kinderbeitrag auf null DM reduziert hätten, wie wir es gern gewollt hätten, wären unsere Schulden noch höher. Entscheiden Sie sich doch endlich, was Sie wollen, und führen Sie die Bevölkerung nicht dauernd hinters Licht.

(Beifall bei der SPD)

Mit 36 % ist unser Anteil an Jugendfreizeitstätten erheblich höher als der Anteil an jungen Leuten, die in Nordrhein-Westfalen leben; das sind nämlich nur 27 %. Auch an diesem Kurs halten wir fest.

Von allen Flächenländern leistet Nordrhein-Westfalen die höchsten Pro-Kopf-Investitionen für stationäre Altenhilfe; in diesem Jahr allein für Altenkranken- und Altenpflegeheime 48,9 Millionen DM. Auch an diesem Kurs halten wir fest.

Nordrhein-Westfalen ist flächendeckend mit Sozialstationen versorgt. Die jährlichen Ausgaben sind von 6,3 Millionen DM im Jahre 1978 auf 28 Millionen in diesem Jahr gestiegen. Auch daran halten wir fest.

(B)

Bei der Beschäftigung von Behinderten stehen die nordrhein-westfälischen Arbeitgeber im Ländervergleich an der Spitze. Auch an diesem Kurs halten wir fest.

(Beifall bei der SPD)

Ich kann nur zusammenfassend feststellen: Nordrhein-Westfalen ist und bleibt das soziale Gewissen der Bundesrepublik,

(Lebhafte Zustimmung bei der SPD)

auch wenn das gleich von Herrn Arentz sicherlich wieder in der ihm eigenen Art bestritten werden wird.

Ich kann nur sagen: Weiter so, aber für die Landesregierung, und nicht weiter so für das, was uns Kohl und Bangemann vorge-macht haben.

(Anhaltender starker, dann rhythmischer Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Frau Abg. Thoben für die Fraktion der CDU das Wort.

(C) Frau Thoben (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Farthmann, wir sind es von Ihnen gewohnt, daß Sie, wenn Sie das Temperament packt, vor solchen miesen Versuchen, jemanden zu disqualifizieren, weil er einem bestimmten Beruf angehört, nicht zurückschrecken.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

Ich sage Ihnen in aller Ruhe: Ich fühle mich bei meinem - wie Sie es beliebten auszu-drücken - ehemaligen Brötchengeber - -

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Klose: Frau Kollegin, entschuldigen Sie bitte. - Meine Damen und Herren, ich bitte entweder den Saal zu ver-lassen oder Platz zu nehmen. Gespräche im Hintergrund sind störend.

(Dr. Farthmann (SPD): Seien Sie doch nicht so humorlos!)

Frau Thoben (CDU): Ich fühle mich bei meinem ehemaligen Brötchengeber, wie Sie das genannt haben, sehr wohl. Ich weiß nicht, ob Sie das von Ihrem ehemaligen, Ernst Breit, auch so behaupten können.

(Beifall bei der CDU)

(D) Zu all den Zahlen, die Sie vorgetragen haben, nur ein Hinweis: Seit dem Tiefpunkt der Beschäftigung, nämlich dem Oktober 1983, sind bis Oktober 1986 620 000 Menschen zusätzlich in Beschäftigung gebracht worden.

(Erneuter Beifall bei der CDU)
- Wendzinski (SPD): Auch durch die 38-Stunden-Woche des DGB!)

Vielleicht kann sich die Landesregierung einmal darüber verständigen, wie sie die Wirtschaftslage tatsächlich beurteilt. Herr Farthmann macht Pressekonferenzen, Herr Rau äußert sich, Herr Jochimsen äußert sich. Die unterscheiden sich so unheimlich, die scheinen unterschiedliche Statistiken zu verwenden. Herr Jochimsen jedenfalls spricht davon, daß das Land hier sogar im Aufwind sei. Herr Rau redet davon, wir befänden uns in guten Zeiten. Vielleicht verständigen sich die Herren einmal untereinander.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben, solange ich diesem Parlament angehöre, die Haushaltsberatungen noch nie vor Weihnachten abgeschlossen. Das zu einem solchen Zeitpunkt zu tun, ist nicht nur für

(Frau Thoben (CDU))

- (A) uns, sondern vor allen Dingen für die Menschen in unserem Lande ungewöhnlich, weil sie sich mit völlig anderen Dingen befassen. Sie sind unterwegs, um für die Menschen, denen sie nahestehen, mit denen sie zusammenleben, für die sie verantwortlich sind, mit denen sie befreundet sind, das Weihnachtsfest vorzubereiten. Sie tun es in diesem Jahr ganz offenkundig in einer Stimmung, die durch weit mehr Optimismus,

Zuversicht, Sicherheit und Zufriedenheit gekennzeichnet ist als wenige Jahre zuvor.

(Lebhafte Zustimmung bei der CDU)

Die Menschen in unserem Lande werden die nahe Weihnachtspause vor dem Hintergrund dieser jüngsten Erfahrungen erleben. Sie werden sie nutzen für viele Gespräche, für die es im normalen Alltag zuwenig Zeit gibt. Und sie werden sie nutzen, um weitaus häufiger als zur normalen Jahreszeit in ihrem kleinen überschaubaren Lebenskreis darüber zu reden, wie, wodurch und wann man Orientierung findet, wer Auskunft gibt, zu wem man Vertrauen hat oder gern haben möchte, welche Fragen man für sich allein beantworten kann und welche so kompliziert sind, daß man auf Orientierung gerade auch von politisch Verantwortlichen wartet.

Hier in Nordrhein-Westfalen wie auch anderswo spüren die Menschen, daß technische Entwicklungen in einer hochindustrialisierten Gesellschaft häufig unüberschaubar, schlecht zu beurteilen, zu komplex sind. Sie erfahren, daß in einer so komplizierten Industriegesellschaft Menschen, Verantwortliche da sein müssen, erreichbar sein müssen, die den Zugang zu komplexen Fragen und Einsichten in Zusammenhänge erleichtern und die ein Stück Wegweisung bieten. Sie erwarten und suchen Orientierungshilfen. Aber sie sind gleichzeitig hellwach und skeptisch, wenn Antworten allzu schnell, allzu oberflächlich, allzu unverbindlich gegeben werden.

Haushaltsberatungen zu einem solchen Zeitpunkt geben deshalb ausreichend Anlaß, das, was diese Landesregierung tut, unterläßt, eigentlich tun sollte, aus der Perspektive der Menschen zu betrachten, für die wir das tun, die uns beauftragt haben, die Anspruch darauf haben, daß wir die Aufgaben erfüllen, die sie uns durch die Wahl übertragen haben.

Die SPD im Lande trägt seit 20 Jahren die Verantwortung für das, was hier im Land geschieht. Ihre Handschrift ist in sämtlichen Politikbereichen deutlich. Stellen wir uns doch einmal vor, eine der fast 7 Millionen wahlberechtigten Frauen suchte nach Orientierung

in Fragen der Energiepolitik in diesem Lande. Stellen wir uns einmal vor, sie hätte tatsächlich die offiziellen Verlautbarungen dieser Landesregierung in den letzten zwei Jahren aufmerksam verfolgt: ein Wirtschaftsminister, der Störfälle produziert, der Chaos und Angst verbreitet, der für beliebige Beschlüsse gut und brauchbar ist!

Wo war Besonnenheit, Atemholen, Besinnung? Geboten wurde Panikmache, Angstverstärkung. Die Landesregierung, von nacktem Opportunismus getrieben, gab den Konsens in der Energiepolitik auf,

(Zustimmung bei der CDU)

schreibt technische Entwicklungen ab, ohne die Konsequenzen zu kennen, mit den Menschen über Alternativen zu sprechen. Der Ausstieg findet nicht nur aus der Kernenergie statt, sondern damit auch aus der Gemeinsamkeit der Kohlepolitik - ohne Auskunft über die Konsequenzen und Alternativen.

Wie findet denn der unvoreingenommene Beobachter sich zurecht, wenn einmal die Gefahr der Waldschäden aufgrund der Verbrennung fossiler Stoffe als Menetekel an die Wand gemalt wird, und dann plötzlich Umweltbelastungen durch die Vermehrung solcher Verbrennungsprozesse nicht mehr ins Kalkül eingehen?

(Zustimmung bei der CDU)

Stellen Sie sich einmal vor, diese nach Orientierung suchende Frau wäre mit einem Mitarbeiter eines Energieversorgungsunternehmens, der womöglich auch noch im Betriebsrat ist, verheiratet oder auch mit einem Bergmann. Arbeitet ihr Mann in einem Fall in und an einer Technologie, die eigentlich unverantwortlich ist? Ist ihr Mann ein Verbrecher oder zumindest so etwas ähnliches,

(Maedge (SPD): Das ist ja unerhört!)

wenn er weiter an Hochtechnologien, der friedlichen Nutzung der Kernenergie oder in den dazugehörigen Zulieferindustrien arbeitet?

(Zustimmung bei der CDU - Nagel (CDU): Sehr richtig!)

Zählt die mit dem Steinkohlebergbau verbundene gesundheitliche Gefährdung und die auftretende Inanspruchnahme von Wasser, Luft, Boden, kurz: von natürlichen Lebensgrundlagen jetzt gar nicht mehr? Wo bleibt das abwägende, für politische Führungsverantwortung unverzichtbare Augenmaß, die Besonnenheit der Landesregierung?

(Nagel (CDU): Sehr gut!)

(Frau Thoben (CDU))

- (A) Inzwischen werben von Tag zu Tag mehr Verantwortliche aus Nordrhein-Westfalen aus eigenem Antrieb, aus Verantwortung gegenüber der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zukunft unseres Landes um Vernunft. Sie tun es, weil sie es derzeit von dieser Landesregierung nicht mehr erwarten.

Lassen Sie mich stellvertretend für viele - mit Erlaubnis des Präsidenten - aus einem Vortrag von Herrn von Bennigsen-Foerder zitieren:

Politische Inhalte, die die Vernunft der Wähler unterschätzen, mögen sich eine Zeitlang hinderlich im Raume halten, mögen auf Parteitagen Mehrheiten finden. Die Mehrheit der Bürger finden sie nicht.

(Zustimmung bei der CDU)

Vor wenigen Monaten noch hat Ihr Wirtschaftsminister, Herr Rau, zu einer wissenschaftlichen Darstellung über den Hochtemperaturreaktor ein Vorwort geschrieben. Das Buch sollte unter dem Titel "Die andere Art, Kernenergie zu nutzen" erscheinen.

(Nagel (CDU): Ach!)

Hier ein kurzes Zitat aus diesem Vorwort:

Die Entwicklungsleistungen der Ingenieure bei diesem großtechnischen nordrhein-westfälischen Forschungsprojekt sind kaum hoch genug einzuschätzen.

(B)

(Nagel (CDU): Hört, hört!)

Abschließend heißt es dort:

Möge dieses Buch

- hören Sie gut zu! -

das Verständnis für die Hochtemperaturreaktortechnik verbreitern und ihre nationale und internationale Markteinführung fördern.

(Zustimmung bei der CDU - Dr. Linssen (CDU): Das ist ja traumhaft! Wann war denn das?)

Zugegeben: Dieses Buch ist nicht veröffentlicht worden!

(Hardt (CDU): Wo ist es denn? - Nagel (CDU): Hört, hört!)

Es wurde trotz Fertigstellung eingestampft.

(Dr. Linssen (CDU): Auf unsere Kosten!)

Das ist Ihre Art der Buchvernichtung.

(C)

(Zustimmung bei der CDU)

Aber, Herr Ministerpräsident, hatte der Unfall in einer der unsichersten Reaktorlinien der Welt überhaupt etwas mit dem zu tun, was Herr Jochimsen zugunsten einer anderen Technologie voller Vaterstolz der nationalen und internationalen Öffentlichkeit sagen wollte? Keine Silbe dazu von Ihnen!

Können Sie sich, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, nicht auch folgendes Gespräch vorstellen: Da überlegt ein Geselle oder Facharbeiter, ob er sich mit den Kenntnissen, die er erworben hat, nicht selbständig machen soll.

Abseits aller Rechenkunststücke, die er dabei anstellen muß und wird, wird er nicht auch mit seiner Frau - man stelle sich vor, sie leben im Ruhrgebiet - überlegen: Wie stehen wir denn dann da? Wie ist denn dann unser Ansehen, wenn wir uns nicht mehr nur anstrengen, sondern tatsächlich Unternehmer sind?

(Nagel (CDU): Sehr schön!)

Sind wir dann auch Ausbeuter?

(Zustimmung bei der CDU)

Wird man dann auch auf uns mit Fingern zeigen? Sind wir dann auch die, die in dem "Farthmann-Papier" unter die Kategorie "Umverteilung von unten nach oben" zu "denen da oben" zählen?

(D)

(Zustimmung bei der CDU)

Müssen wir uns dann schämen? Sind wir dann nicht gewünscht in diesem Land? Wird man uns, durch politisch Verantwortliche geschürt, mit Sozialneid begegnen, wenn wir durch eifriges Sparen Maschinen anschaffen, investieren und dann womöglich - gemessen an unseren Investitionen - Millionäre sind?

(Büssow (SPD): Was Sie machen, ist Menschenverachtung!)

Was könnten Sie von der SPD-Fraktion denen antworten? Würden Sie denen sagen, Sie meinten das nur sehr allgemein und nur so auf einem Plakat und nicht für den konkreten Einzelfall?

Die Ehefrau wird wahrscheinlich noch mehr überlegen, so unter dem Motto: "Du, ich habe gehört, die wollen die Steuerlastquote weiter erhöhen. Wir zahlen doch jetzt schon so viel".

(Frau Thoben (CDU))

- (A) Wenn der Mann dann fragt, was wollen die denn alles noch erhöhen, dann könnte die Frau zum Beispiel sagen: "Ich habe ein paar Vorhaben der SPD behalten: Ergänzungsabgabe, Wertschöpfungssteuer, Chemieabgabe, Energieabgabe und außerdem, das, was Rau verspricht, daß bei seiner Steuerreform 80 % der Steuerzahler entlastet werden, das kann nach den Grundrechenarten schon nicht aufgehen. Wir sind bestimmt auch dran und müssen mehr zahlen." Kennen Sie solche Leute nicht, die hier in unserem Lande solche Gespräche führen? Fühlen Sie sich gar nicht angesprochen, nicht verantwortlich?

(Dr. Rau (SPD): Kennen Sie nicht noch andere Parteien, die für eine Ergänzungsabgabe sind?)

Stellen Sie sich doch den Erstwähler vor, Herr Rau, der etwas lernen will, der sich für Technik interessiert, der an die Zukunft glaubt. Der darf zum ersten Mal wählen und sucht Orientierung. Der überlegt sich zum Beispiel: Ich will möglichst viel lernen, mich anstrengen, durch überdurchschnittliche Leistung auffallen.

(Nagel (CDU): Schämen soll er sich!)

Und der fragt dann: Wer trägt denn dazu bei? Wer gibt mir und vielen anderen dazu Impulse, Anregungen, Ansporn?

- (B) Er sagt: Ich bin technikbegeistert. Ich will Neues lernen, erfahren, anwenden. - Und dann liest er: Vor der Einführung und Anwendung steht in diesem Land - so der Ausdruck des Wirtschaftsministers - der Sozial-TÜV. Nach Meinung der Landesregierung bedeutet moderne Technik so viele Veränderungen, daß es zweckmäßig ist, mehr über die Risiken als über die Chancen zu reden.

Und wenn der Erstwähler - der Junge, das Mädchen - dann sogar vermessen wäre und nach der Zukunft unserer Hochschullandschaft fragen würde: Was würde ihm diese Landesregierung antworten? Wäre sie bereit, ihm zu sagen, daß nach dem 25. Januar dort einiges zusammenbricht?

(Zustimmung bei der CDU)

Wäre sie bereit, zuzugeben, welche drastischen Kürzungen dann wo unausweichlich vorgenommen würden?

(Wendzinski (SPD): In Bonn!)

Was liegt bereits alles in Ihren Schubladen? Was würden Sie, meine Kollegen von der SPD, dem jungen Menschen antworten?

Beim letzten Gespräch, das der Wirtschaftsausschuß mit dem Rationalisierungskuratorium der deutschen Wirtschaft hatte, wurden von Ihrer Seite Zweifel, Sorge, Skepsis - überwiegend sogar beim Einsatz vorhandenen technischen Wissens in den Unternehmen - angemeldet. Ich würde sagen, das ist eher ein Stückchen Verweigerung als Ermutigung.

Stellen Sie sich diesen Erstwähler doch einmal für einen ganz kurzen Moment als Sohn eines Mitarbeiters der KWU oder als Sohn eines Betriebsratsmitglieds eines Energieversorgungsunternehmens vor. Wie steht sein Vater da, wenn der Sohn den Ausstiegsszenarien und Abschiedsbeschlüssen der SPD glaubt,

(Zustimmung bei der CDU)

wenn er sagen würde: Ich möchte gern an der ökonomischen und ökologischen Erneuerung unseres Landes mitwirken; ich möchte forschen können; ich möchte mich ganz besonders mit Fragen befassen, die für die Wirtschaft, für konkrete Unternehmen in unserem Land bedeutsam sind? Gibt es dafür Raum? Treffe ich da auf Grund der Politik der Landesregierung überwiegend auf Bürokratie? Darf ich das überhaupt, oder legt man mir Steine in den Weg, weil es zu wirtschaftsfreundlich ist, sich mit solchen Fragen zu befassen?

Der Weg der sozialdemokratischen Partei wird immer diffuser und unüberschaubarer. Sie von der SPD-Fraktion wissen selbst, daß dieser Auflösungsprozeß bis in die Reihen dieser Landtagsfraktion hineinreicht.

(Zustimmung bei der CDU)

Menschen, die den Umgang mit moderner Technik lernen wollen, ja, die sich darauf einstellen, im Laufe ihres beruflichen Lebens mehrmals umzulernen, sich an Neues zu gewöhnen, finden sich bei der in diesem Land herrschenden politischen Partei nicht wieder. Sie verlassen sie. Ich will Ihnen die jüngsten Beispiele prominenter Kommunalpolitiker hier nicht vortragen.

(Zurufe von der SPD)

Und der Ministerpräsident behauptet, Weiterbildung sei ihm ein ernstes Anliegen. Doch falls jemand fragt, was in diesem Land dafür getan wird: Die Mittel sind seit 1981 um 60 % gekürzt worden. Herr Ministerpräsident, Sie haben die Richtlinien so gestaltet, daß diese Mittel noch nicht einmal abgerufen werden können.

(Elfing (CDU): Das weiß der alles nicht!)

(Frau Thoben (CDU))

- (A) Die private Wirtschaft in diesem Land gibt dagegen mehrere Milliarden DM für diesen Bereich aus. Demgegenüber hat die Landesregierung ein Gesetz zu verantworten, das die Weiterbildung im Betrieb von diesem Gesetz selbstverständlich ausnimmt. Ihnen scheint mehr daran zu liegen, die jungen Leute in ideologische und politische Schulung zu treiben, anstatt sie für den Weg ins berufliche Leben zu qualifizieren.

(Beifall bei der CDU)

Herr Rau, Sie verkünden als Kanzlerkandidat, Sie würden die Arbeitslosenzahl in wenigen Jahren um 1 Million senken. Können Sie sich vorstellen, daß einer der vielen Arbeitslosen in diesem Land Sie fragt: Warum haben Sie das, was Sie jetzt versprechen, eigentlich nicht in den zwanzig Jahren gemacht?

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der F.D.P.)

Könnten Sie sich weiter vorstellen, daß Sie gefragt werden, warum denn die sozialdemokratische Bundesregierung in 13 Jahren nicht in der Lage war, all das zu machen, was Sie jetzt vorhaben?

(Beifall bei der CDU - Kniola (SPD): Weil wir Bremser dabei hatten!)

- (B) Wir haben die Landesregierung hier im Landtag bereits anläßlich der Regierungserklärung aufgefordert, zur Überwindung der Arbeitslosigkeit auch das Gespräch mit den Tarifpartnern zu suchen. Sie haben damals hier vorgetragen - das war der einzige lapidare Satz -, das Gespräch mit den Gewerkschaften sei schwierig.

Nun muß ich Ihnen sagen: Sie sind in ein Amt gewählt worden, in dem man nicht vor schwierigen Fragen weglaufen darf.

(Beifall bei der CDU - Dr. Rau (SPD): Das stimmt!)

Sie sind dafür da, diese schwierigen Fragen zu bewältigen und sich darum zu kümmern. Und wenn man denn eine Meinung hat - ich kenne die Ihre zu dem Thema Zukunft des Arbeitsmarkts nicht -, dann müssen Sie für diese Ihre Meinung um Mehrheiten werben.

(Dr. Linssen (CDU): Zukunft ist nur eine Frage der Zeit, sagt Jochimsen!)

- Ja, ich wollte es gerade sagen. Vielleicht macht der Ministerpräsident sich auch das Motto des Wirtschaftsministers zu eigen, das ich bahnbrechend finde. Er wird wörtlich mit

dem Satz zitiert, daß die ganze Bewältigung der Zukunft nur eine Frage der Zeit sei.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und F.D.P. - Zurufe von der SPD)

- Ich widerspreche ihm an dieser Stelle ganz ausdrücklich nicht. Ich möchte das unterstreichen.

Die Landesregierung hat mehr zu bieten als das, was sie derzeit tut. Wir haben das wenigstens gehofft. Zumindest ist sie für mehr verantwortlich. Wir verlangen und erwarten von ihr nicht, daß sie eine Politik betreibt, wie wir sie betreiben würden; aber auf etwas, Herr Ministerpräsident, haben wir Anspruch.

Die Bevölkerung hat ein Anrecht darauf, auf die Zukunft vorbereitet zu werden. Sie hat ein Anrecht darauf, daß Sie sich um ihre Lebensbedingungen, um ihre Zukunft kümmern, daß Sie sich um das kümmern, womit die Menschen sich beschäftigen möchten. Und sie hat einen Anspruch darauf - das haben Sie unter Eid ausgesagt -, daß Sie das überparteilich tun. Verwechseln Sie die Zukunft unseres Landes nicht mit der Zukunft Ihrer Partei.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Abg. Büssow für die Fraktion der SPD das Wort.

Büssow (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei den Beratungen zum Einzelplan 02, zu dem die Oppositionsparteien 21 Änderungsanträge gestellt haben, fällt auf, daß hier im Plenum kein einziger wiederholt wird, daß kein einziger mehr begründet wird.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Man hat den Eindruck, als ob die 21 Änderungsanträge, die Sie gestellt haben, hier nicht öffentlich behandelt werden sollen, damit die Öffentlichkeit nichts von ihnen erfährt.

(Zustimmung bei der SPD - Zuruf von der CDU: Es ist unglaublich, was Sie sagen!)

Ich erlaube mir, hier einen einzigen zu zitieren. Die F.D.P. beantragt die Kürzung des Haushaltsansatzes für die Parlamentarische Staatssekretärin; die CDU stimmt dem Kürzungsantrag der F.D.P. zu. Ich weiß nicht, ob die Damen und Herren von der CDU, vor

(Büssow (SPD))

- (A) allen Dingen die Damen, noch die 14. Bundesdelegiertenkonferenz der CDU-Frauenvereinigung vom 27./28. September 1985 in Bonn in Erinnerung haben, als sie sich dafür eingesetzt haben, Gleichstellungsstellen einzurichten und die auch in den Haushalten vorzusehen. Es bleibt festzustellen, daß Frau Minister Süßmuth mit der Forderung durch die Landschaft läuft, überall Gleichstellungsstellen einzurichten, daß das Land Nordrhein-Westfalen hier so etwas mit Frau Ridder tut und daß Sie das im Ausschuß bekämpfen, dies aber hier vor der Öffentlichkeit und vor den Frauen, die auch Wählerinnen sind, nicht deutlich machen, wie Sie sich verhalten.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Abg. Büssow, erlauben Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Philipp?

(Büssow (SPD): Gerne, ja!)

Frau Philipp (CDU): Herr Büssow, würden Sie mir denn zustimmen, daß wir schon zu Beginn der Diskussion über die Einsetzung einer Gleichstellungsbeauftragten oder Frauenbeauftragten, entsprechend den Beschlüssen in Bonn, Wert darauf gelegt haben, daß diese Dame dann auch wenigstens mit Kompetenzen ausgestattet ist, die es uns gestatten, ihre Wirksamkeit dann irgendwo zu erfahren?

- (B) Büssow (SPD): Also, Frau Philipp, reden Sie nicht drum herum! Auf der 14. Konferenz lautet Ihre Beschlußlage, gar nicht unsere, wortwörtlich - wenn ich mit Genehmigung des Präsidenten zitieren darf -:

Institutionellen und organisatorischen Voraussetzungen für eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau herzustellen.

Diesem Ziel dienen Frauengleichstellungsstellen. Nun reden Sie doch hier nicht drum herum, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Das können Sie den Frauen draußen im Lande erklären. Das ist auch gar nicht meine Aufgabe. Ich habe nur gesagt: Wir lesen hier den Haushalt 02. Sie stellen 21 Änderungsanträge, und kein einziger wird mehr hier im Plenum behandelt.

(Elfring (CDU): Das ist doch sinnlos!)

Sie wollen sich - -

(Frau Philipp (CDU) meldet sich zu Wort.)

- Lassen wir es damit genug sein, Frau Philipp.

Sie wollen sich mit der Politik des Ministerpräsidenten in diesem Lande grundsätzlich auseinandersetzen. Das können Sie gerne haben. Fragt man nach Ihren Alternativen, dann, muß ich sagen, kommt wenig, und an das, was Sie vorschlagen, glauben Sie selbst nicht. Das sieht man an den 21 Anträgen.

Als Gegensatz zur Politik dieser Landesregierung stellen Sie hier die Politik der Bundesregierung hin. Wegen der unterschiedlichen Zuständigkeiten und damit auch der Schwierigkeiten beim politischen Vergleich - - Wenn Sie es aber wollen, bitte schön; dann können wir gern darauf eingehen!

Herr Farthmann hat vorhin in seiner Rede schon deutlich gemacht, welche Auswirkungen die Bundespolitik auf die Landespolitik hat. Ich kann das in diesem Teil auch sehr straffen; aber eines möchte ich doch wiederholen: Daß der Bundesminister Blüm, der nach seinem Amtseid zuständig ist für die Arbeitsmarktpolitik, seine Politik bei den 2,2 Millionen Arbeitslosen, von denen Herr Farthmann hier gesprochen hat, als erfolgreich feiern kann, das ist ungeheuerlich, meine Damen und Herren!

(Zustimmung bei der SPD)

Gleichzeitig verschlechtert sich auch noch die Lage der Arbeitslosen. Wer vorgestern die "Rheinische Post" von Düsseldorf gelesen hat, dem werden vielleicht folgende Zahlen dabei aufgefallen sein: Allein in Düsseldorf erhalten von den knapp 40 000 registrierten Arbeitslosen zur Zeit 41 % weder Arbeitslosengeld noch Arbeitslosenhilfe. Diese Menschen sind allein auf die Sozialhilfe angewiesen. Die Zahl der arbeitslosen Sozialhilfeempfänger hat sich von 1985 bis 1986 verdoppelt. Mein Gott, was für eine herzlose Politik, die Sie hier betreiben und noch als Erfolg ausgeben!

(Frau Robels (CDU): Wir reden doch hier vom Land!)

Und damit wollen Sie ja 1987 weitermachen, wie Sie hier erklären.

Sie haben bei Ihrer Sparpolitik in den letzten Jahren Arbeitnehmern, Arbeitslosen, Rentnern, Behinderten und Familien mit Kindern über 60 Milliarden DM abgenommen. Die

(Büssow (SPD))

- (A) Spitzenverdiener sind ungeschoren davongekommen. Ich gehe darauf gleich ein, was Sie mit dem "sozialen Neid" gesagt haben, der hier zum Ausdruck kommt. Das haben Sie, Frau Thoben, wenn ich Sie richtig verstanden habe, zum Ausdruck bringen wollen. Wir wollen in der Tat eine Gesellschaftspolitik, die nicht ein Drittel der Menschen am Wegesrande stehenläßt, sondern in der die Stärkeren in dieser Gesellschaft die Schwächeren mitnehmen.

(Beifall bei der SPD)

Frau Thoben, das ist unsere Politik, weil wir den sozialen Frieden in unserem Lande behalten wollen. Wir wollen nicht wie in Paris eine Million junger Menschen auf den Straßen haben, und wir wollen auch keine brennenden Stadtteile in der Bundesrepublik haben, wie wir es in London-Brix durch Fernsehübertragungen verfolgen konnten. Das wollen wir verhindern! Aber wenn Sie mit dieser Politik weitermachen, beschwören Sie die Gefahr sozialer Auseinandersetzung in dieser Gesellschaft herauf.

(Zustimmung bei der SPD - Soënius (CDU): Unverantwortlich! - Weitere Zurufe von der CDU)

- (B) Die Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik von Union und F.D.P. in Bonn - sie nehmen gelassen eine zusätzliche Verarmung unserer Gesellschaft hin. Daß die Bundesrepublik in den vier Jahren CDU-, F.D.P.- und CSU-Regierung auch ein gut Teil - und das darf man auch in einem Landesparlament sagen, wenn Sie hier schon bundespolitische Themen ansprechen - ihrer außenpolitischen Reputation verspielt hat, ja, daß Sie ein Vakuum in Europa geschaffen haben, ist für alle ersichtlich. Zum Teil werden darüber in diesem Lande schon Witze gemacht. Weil auch Frankreich diese Rolle allein nicht wahrnehmen kann, entsteht ein Politikdefizit in Europa. Für ein Bundesland wie Nordrhein-Westfalen, das gemeinsame Grenzen mit drei europäischen Nachbarn hat, ist das eine durchaus relevante Frage, meine Damen und Herren!

In der Sicherheits- und Friedenspolitik haben Sie jede Phantasie und Kraft zur Mitgestaltung beim Abbau eurostrategischer und taktischer Waffen vermissen lassen. Sie erzählen der Öffentlichkeit, Sie wollten eine Politik betreiben, die auf immer weniger Waffen hinausläuft. Tatsächlich haben sich aber führende Unionspolitiker - von Dregger bis Strauß und auch der Verteidigungsminister - gegen die Null-Lösung zum Beispiel bei den Mittelstreckenwaffen ausgesprochen, als

sich die Großmächte in dieser Frage näherkamen.

Wir Sozialdemokraten sagen dazu: Jede Rakete in Ost und West, die abgebaut würde, würde den Frieden in Europa ein Stück sicherer machen.

(Zustimmung des Abg. Maedge (SPD))

Im Gegenteil: Sie machen aus Waffen auch noch Geschäfte. Indem Sie das Waffenexportverbot "liberalisieren" wollen, werden Arbeitnehmer in unseren Industrien gezwungen, ihr Brot aus den Kriegen der Dritten Welt zu verdienen. Und Waffenproduktion zu Zwecken des Exports vernichtet ja nicht nur Menschenleben - denn dafür werden die Waffen schließlich hergestellt -, sondern sie ist auch eine ungeheure Kapitalvernichtung. Meine Damen und Herren! Fernwärmerohre, Umwelttechnologien, neue Techniken bei der Energieerzeugung, umweltbeständige Nahverkehrssysteme, Krankenhaussanierung, Blockkraftwerke - das sind Investitionsfelder, die nicht nur eine zivile Produktionsstruktur garantieren, sondern auch einen gesellschaftlichen Gebrauchswert haben.

(Nagel (CDU): Nur zu! Dann mach's mal!)

Bis heute ist im übrigen Japan, von Ihnen oft beschworen, diesen Weg mit seiner Wirtschaft gegangen, und das sehr erfolgreich.

(Soënius (CDU): Nimm mal eine andere Platte!)

Auch in der Umweltpolitik sind Sie wenig glaubwürdig. Unter dem Eindruck von Katastrophen - Tschernobyl und Sandoz - geben Sie sich öffentlich lernfähig. Ich höre Herrn Linssen noch, wie er hier vor zehn Tagen stand und sagte: Wir sind lernfähig. - Das müssen Sie auch, meine Damen und Herren von der Union, denn sonst würden Sie aus dem gesellschaftlichen Diskurs herausfallen, weil die Bürger Ihnen nicht mehr zuhören würden, wenn Sie sich nicht wenigstens lernfähig zeigen würden.

(Beifall bei der SPD)

Aber ist die Katastrophe vorbei und die Menschen müssen wieder ihrem Tagewerk bei strahlenangereicherten Lebensmitteln und belastetem Wasser nachgehen, wie wir jeden Tag aus den Zeitungen lesen können,

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU)

(Büssow (SPD))

- (A) kommen Sie wieder zu Ihren alten Positionen zurück. Das hat Herr Dr. Rohde vorhin hier gezeigt. Die SPD, die mit ihrem Kanzlerkandidaten Johannes Rau aufruft zu einer ökologischen und ökonomischen Erneuerung unserer Wirtschaftsstruktur, wird dann wieder von der Union beschimpft als Zukunftsblockierer.

Der Bundeskanzler hat einen harten Atomenergiebefürworter zum Bundesumweltminister gemacht. Das galt als ein großer taktischer Schachzug, meine Damen und Herren, vor der Niedersachsenwahl. Tatsächlich ist damit der Bock zum Gärtner gemacht worden. Erst unter dem Druck der Öffentlichkeit geriet ein bißchen Bewegung in die Politik der Bundesregierung. Von sich aus ist die Bundesregierung nicht tätig geworden. Was soll man eigentlich von einer Bundesregierung halten, die erst nach Katastrophen beweglich wird? Ich will Ihnen sagen: So viele Katastrophen verträgt das Land nicht, daß Sie in der Umweltpolitik in Bewegung kommen.

(Zuruf des Abg. Soënius (CDU))

Nordrhein-Westfalen: Das Ärgerliche an Ihrer Politik, wie es Frau Thoben gerade dargestellt hat, ist, daß Sie dieses Land hier aus Ihrer Gegnerschaft zu uns gleichzeitig mit in Grund und Boden reden.

(Schauerte (CDU): Das ist doch absoluter Quatsch!)

- (B) Wir können uns Ihrer schon erwehren, darauf können Sie sich verlassen. Aber dieses Land mies zu machen mit den 17 Millionen Menschen, das ist schon ein tolles Stück, muß man sagen.

(Beifall bei der SPD)

Dabei sehen die wirtschaftlichen Entwicklungen - es ist angedeutet worden, ich brauche das nur zu ergänzen - positiv aus. Das ist das, was Sie im Hinblick auf 1990 kränkt.

Das ist ja das, was Sie nervös macht. Ich habe volles Verständnis für Sie. Unsere Hochschulen werden immer attraktiver. Jede fünfte Neubesetzung an Universitäten geht an Professorinnen und Professoren, die aus der Wirtschaft kommen. Von 250 neu Berufenen im Wintersemester 1985/86 kamen 53, die früher in Bayern und Baden-Württemberg lehrten. 62 kamen aus anderen Bundesländern, 51 aus der Wirtschaft, 9 aus dem Ausland. Die dichteste Hochschullandschaft Westeuropas ist der Eckpfeiler einer zukunftsorientierten Industrieentwicklung in Nordrhein-Westfalen geworden. In Bochum wird ein Mikroelektro-

nikzentrum errichtet, das die Stärke und Neuansiedlung einer modernen Elektronikindustrie fördern soll.

Gerhard Kienbaum, der früher Staatsminister in diesem Land gewesen ist,

(Elfring (CDU): Wirtschaftsminister.)

sagte in der eben zitierten "Wirtschaftswoche":

Die Gründung kleiner Technologieunternehmen hat in Nordrhein-Westfalen zugenommen.

Das ist weiß Gott kein Parteifreund der SPD; er hat gar keinen Grund, uns hier ein Lob auszusprechen.

Die traditionelle Industrieregion des Ruhrgebietes besteht bereits aus zahlreichen Knotenpunkten flächendeckender High-Tech-Netzwerke. Und dies wächst auch noch weiter.

Wir brauchen gar kein Silicon-Valley für Nordrhein-Westfalen zu fordern, Herr Dr. Worms. Wir haben es bereits. Nehmen Sie das mal zur Kenntnis.

(Beifall bei der SPD)

Der Wittener Siemens-Sprecher Beuter erklärte gegenüber der "Wirtschaftswoche":

(D) Im Radius von nur 10 Kilometern um das Werksgelände von Siemens herum liegt ein Dutzend Hoch- und Fachhochschulen. Eine so dichte Hochschullandschaft gibt es in ganz Europa nicht, ist nirgendwo anzutreffen.

Das sagte Herr Beuter von Siemens, keiner von der Abteilung Wirtschaft oder Propaganda eines Ministeriums.

(Zuruf von der CDU: Oder Sie.)

Der Geschäftsführer des Dortmunder Software- und Systemhauses mbp, Mathematische Beratungs- und Programmierungsdienst GmbH - nur zu Ihrer Information: es ist die größte in der Bundesrepublik und eine der größten in Europa mit Sitz in Dortmund - hält es für ein Märchen, daß die größte Anzahl von Computerexperten in München, Stuttgart oder Frankfurt sitzen würde, sondern man ist dort der Auffassung, daß wir in Nordrhein-Westfalen eine Spitzenstellung in dieser Frage einnehmen.

(Beifall bei der SPD)

(Büssow (SPD))

- (A) Von der wichtigen Fachhochschule in Krefeld, die einen Studienschwerpunkt in Biochemie und Biotechnik in Kooperation mit den Bayer-Werken Uerdingen jetzt errichtet hat, werden wichtige Impulse ausgehen. Wie überhaupt, meine Damen und Herren, die Kooperation und der Wissensaustausch zwischen Industrie und den Hochschulen in Nordrhein-Westfalen klappt.

Die Landesregierung unterstützt diesen Prozeß seit 1978 mit mehr als 700 Einzelprojekten. Wir haben über 1 Milliarde DM von Landesseite aus in diese Förderung hineingesteckt.

(Zuruf der Frau Abg. Robels (CDU))

Was noch entscheidender ist, meine Damen und Herren: Die neuen, qualifizierten Techniker und Facharbeiter werden in unserem Land auch ausgebildet.

Auch die Bankenvereinigung Nordrhein-Westfalen stieß am 13. Dezember in das gleiche Horn. Dr. Bresser, ihr Vorsitzender, erklärte vor Journalisten:

Die hervorragende geographische Lage im Zentrum der EG, die Nordrhein-Westfalen hat, und die hohe Kaufkraft von fast 17 Millionen Verbrauchern muß immer mehr in den Blickpunkt der Wirtschaftspolitik gestellt werden.

- (B) Denn es ist eine große Chance, daß Käufermärkte und Produktionsmärkte sich überschneiden in unserem Lande wie in sonst keinem anderen Bundesland in der Bundesrepublik.

Die Landesregierung, bescheinigt Bresser ihrer Wirtschaftspolitik, habe mehr als in der Vergangenheit - der Mann ist bestimmt nicht Mitglied bei uns, deshalb ist er so zurückhaltend in den Formulierungen, aber was er inhaltlich sagt, das ist hier das Lob - begriffen, daß sie für die Industriepolitik etwas tun müsse.

Zu einer ähnlichen Beurteilung kommt der Münchener Professor Birkenhauer. Das Dreieck Dortmund/Düsseldorf/Wuppertal ist der vitale Kern einer rheinischen Megalopole, wie er es nennt, von Basel bis Rotterdam. Es gibt nur zwei vergleichbare Zentren in der Welt, die eine ähnliche Wirtschaftskraft haben wie diese. Das sind nämlich an der Ostküste der USA die Region von Boston bis Washington und der industrielle Kernbereich in Japan.

Für die Zukunftsbedeutung, meine Damen und Herren, sei die Konzentration wissenschaft-

licher und technischer Intelligenz wichtig, meint der Münchner Professor. Allein 40 % wissenschaftlicher und technischer Intelligenz sind in Nordrhein-Westfalen zu Hause. Max-Planck-Institute haben ihren Sitz in unserem Lande, und die Fraunhofer-Institute haben gar ihren Schwerpunkt bei uns.

Die Revierflucht hat nachgelassen. Wohnen im Revier wird immer attraktiver, vermeldet die "Rheinische Post" noch vor drei Tagen - dank unseres Städtebauministers.

Für den Strukturwandel einer alten Industrieregion bedarf es eines langen Atems. - Das ist wohl wahr.

Die Menschen in unserem Lande sind erfolgreich, und auch diese sozialdemokratische Regierungspolitik des Kabinetts Rau ist erfolgreich, meine Damen und Herren! Hören Sie auf, dieses Land mies zu machen! Das mag für parteinterne Profilierungsposen reichen; der Zukunft der größten Industrieregion Westeuropas und ihrer Menschen dient es nicht.

Ich fasse zusammen: Die Opposition hat in Nordrhein-Westfalen nichts Alternatives zu bieten. Nehmen Sie es nicht tragisch! Wir übernehmen die politische Verantwortung für eine wirtschaftlich gute Entwicklung in unserem Land, soweit es landespolitisch zu beeinflussen ist. Wir machen es, wenn es anders nicht geht, meine Damen und Herren, auch ohne Sie!

(Beifall bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Für die Fraktion der F.D.P. spricht jetzt Herr Abg. Schultz-Tornau. Ich erteile ihm das Wort.

Schultz-Tornau (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Abg. Büssow hat gefragt, warum wir heute nicht noch einmal unsere Anträge hier ins Plenum eingebracht haben. Es ist nicht sonderlich attraktiv für die Oppositionsfraktionen, erst im Fachausschuß, dann im Haushalts- und Finanzausschuß und dann auch noch zum dritten Mal im Plenum alle ihre Anträge samt und sonders, wie auch immer sie aussehen mögen, "heruntergebügelt" zu bekommen. Wir sind schließlich keine Masochisten, und es gehörte schon ein Schuß Masochismus dazu, dreimal dieses gleiche peinliche Spiel miterleben zu müssen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Die F.D.P.-Fraktion hat für die Aussprache zum Haushalt des Ministerpräsidenten als ein

(Schultz-Tornau (F.D.P.))

- (A) Schwerpunktthema den Bereich Wissenschaft gewählt. Wir haben das getan, weil wir der Überzeugung sind, daß gerade die Wissenschaft ein entscheidender Faktor für die zukünftige Entwicklung unseres Landes ist,

(Beifall bei der F.D.P.)

zum zweiten, weil wir feststellen, daß die Wissenschaftspolitik in diesem Lande am Scheidewege steht, und zum dritten, weil wir die politische Führungsaufgabe des Ministerpräsidenten gerade in diesem Bereich besonders vermissen.

Herr Büssow hat eben dargestellt, die Hochschullandschaft in Nordrhein-Westfalen sei reich und dicht. Wir betreten das nicht. Es war eine Gemeinschaftsleistung aller Fraktionen in diesem Landtag - auch der CDU und der F.D.P. - in den verschiedenen Schichten neuer Hochschulgründungen, und, Herr Ministerpräsident, es ist auch ein Stück Ihrer politischen Leistung, daß zusätzliche Hochschulen in Nordrhein-Westfalen entstanden sind.

(Beifall bei der SPD)

Um so schlimmer ist es aber vor diesem Hintergrund - und das wird auch mit zunehmender Erbitterung und mit Schmerz an den Hochschulen vermerkt -, daß offenbar in der politischen Führungsetage dieser Landesregierung keine Unterstützung mehr für diese reich gegliederte Hochschullandschaft in Nordrhein-Westfalen zu verzeichnen ist, auf die wir gemeinschaftlich so stolz sind. Es ist kein Vertreter der Opposition, sondern der Rektor der Ruhr-Universität in Bochum, der noch vor wenigen Tagen zu diesem Thema angemerkt hat - ich zitiere nach der "Westdeutschen Allgemeinen Zeitung" -:

Diese Landesregierung, so bemängelte Rektor Ipsen, hat offenbar nicht erkannt, daß Wissen das Produkt der Zukunft ist und nicht mehr Kohle oder Stahl. Spitzenforschung braucht jedoch interdisziplinäres Zusammenarbeiten.

Es ist Professor Ipsen, kein Oppositionspolitiker, der Ihnen dieses Zeugnis ausstellt, und er spricht da nicht für sich, sondern er spricht für die Hochschulen unseres Landes, wenn er das feststellt.

(Dr. Dammeyer (SPD): Nein!)

- Was rufen Sie so geistreich dazwischen, Herr Dr. Dammeyer?

(Dr. Dammeyer (SPD): Er spricht nicht für die Hochschulen des Landes. Wissen Sie denn so etwas nicht?)

- Das ist allgemeine Auffassung, Herr Dr. Dammeyer. Sie sind zwar in der Schulpolitik zu Hause; aber es täte Ihnen gut, einmal in die Hochschulen hinein zu gehen und zu sehen, welche Stimmung der Erbitterung, der Frustration und der Demotivation da um sich greift.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Reymann?

(Schultz-Tornau (F.D.P.): Aber selbstverständlich!)

Bitte schön, Herr Abgeordneter!

Reymann (SPD): Herr Kollege, darf sich Sie daran erinnern, daß Sie doch dabei gewesen sind, als wir uns in den letzten Jahren hier in unserem Fachausschuß bemüht haben, gerade der Wissenschaft und Forschung in Nordrhein-Westfalen einen neuen Blickpunkt, ein neues Ziel vorzugeben? Wie können Sie denn in Kenntnis dieser Tatsachen die Behauptung einfach stehen lassen und übernehmen, wir täten nichts und hier wäre Führungslosigkeit? Das ist doch geradezu absurd, was Sie da gesagt haben.

Schultz-Tornau (F.D.P.): Daß sich der Ausschuß bemüht, das will ich gern anerkennen. Daß der Ausschuß aber in seinen Bemühungen gegenüber den Entscheidungen, die offenbar der Herr Finanzminister vorgibt, relativ erfolglos ist, das muß man, so glaube ich, auch als Tatsache hinnehmen.

In Nordrhein-Westfalen - um einmal an einigen Beispielen deutlich zu machen, was ich meine - werden für Großgeräte oder überhaupt für Geräte in den Hochschulen Mittel im Haushalt veranschlagt, die im Hinblick auf den Wert dieser Geräte auf eine Erneuerungsrate von sage und schreibe 1,2 % hinauslaufen. Wenn Sie das umrechnen, dann heißt das, wir könnten die vorhandenen Geräte in einem Zeitraum von 85 Jahren ersetzen. Das müssen Sie sich einmal plastisch vor Augen führen, was diese Erneuerungsrate bei der Geräteausrüstung der Hochschulen in Nordrhein-Westfalen für die ökologische und ökonomische Erneuerung unseres Landes bedeutet.

Zum Personalbestand in den Hochschulen, umgerechnet auf Studenten, können Sie im eigenen Papier der SPD nachlesen - es ist ein sehr qualifiziertes Papier von Herrn Kniola; da stimmen wir in allen wesentlichen Punkten überein, aber wir setzen es gegenüber dem

(Schultz-Tornau (F.D.P.))

- (A) Finanzminister nicht durch, solange der Ministerpräsident nicht sein Wort in die Waagschale wirft -, daß wir 1972 noch pro 10,5 Studenten einen Vertreter der Lehre hatten, und heute verzeichnen wir 20,5 Studenten auf einen Lehrenden.

Das sind Zahlen, die nun wirklich signifikant belegen, wie es um die Hochschullandschaft in Nordrhein-Westfalen bestellt ist, und wir wissen alle, daß Zahlen von 2 000, 3 000, 5 000 oder 8 000 Stellen, die bis 1994 gestrichen werden sollen, durch die Landschaft geistern. Das kommt so apokryph daher, und den Hochschulen wird bis heute ein klares Bild verweigert, wie es denn mit der Konzeption aussehen soll. Ursprünglich war eine Besprechung, nachdem eine im Dezember verschoben wurde, am 26. Januar geplant. Da kann man nur sagen: "Nachtigall, ick hör' dir trapsen!" Aber aufgrund der Proteste der Hochschulen hat man ihnen nun gnädigerweise doch einen Gesprächstermin zum 20. Dezember eingeräumt - eine schöne Weihnachtsbescherung, kann man nur sagen.

Weil Beispiele so plastisch sind, Herr Ministerpräsident, und weil ich Ihnen nicht zumuten will, daß Sie nun alle Hochschulen dieses Landes besuchen, um sich ein Bild vor Ort zu machen, würde ich Ihnen doch den Rat geben, in Ihrer schönen Heimatstadt Wuppertal einmal den Fachbereich Design, Bautechnik, Architektur zu besuchen, weil Sie dort wie in einem Brennglas gebündelt die Probleme unserer Hochschullandschaft in Nordrhein-Westfalen vorfinden würden.

(B)

Was ich Ihnen hier im einzelnen vortrage, klingt wie eine Satire, es ist aber keine, allenfalls eine Realsatire. Wie sieht es dort aus? - Da sitzen die Dozenten in Verschlagen, die in ehemaligen Gängen eingerichtet sind. Da sind die Computer in umfunktionierten Besenkammern - das ist nicht von mir, das stammt alles von dieser Hochschule - untergebracht. Und da heißt es in einem Aide-mémoire der Gesamthochschule Wuppertal:

Für die neu hinzugekommenen Wissenschaftler und Künstler konnten über die Umnutzung vorhandener Räume (Seminarräume, Duschen, Toiletten,) hinaus keine zusätzlichen Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden.

Man muß sich das einmal auf der Zunge zergehen lassen: Umnutzung vorhandener Duschen und Toiletten als Arbeitsräume für neu hinzugekommene Wissenschaftler und Künstler!

(Dr. Biedenkopf (CDU): Das ist die Wirklichkeit!)

- Ja, das ist die Realität. Hier wird im Wortsinne - gestatten Sie mir, daß ich das hier so unfein sage - der Lokus zum locus genii gemacht.

(Heiterkeit und Beifall bei F.D.P. und CDU)

Und was noch viel schlimmer ist: Wir wissen doch, wie wichtig neue Technologien, zukunftssträchtige Arbeitsfelder für eine solche Region sind. Auch das können Sie, wenn Sie zwischen Weihnachten und Neujahr diesen Spaziergang dorthin unternehmen, erfahren: Drei Stiftungen sind allein an dieser Hochschule nicht realisiert worden, weil entsprechende Räumlichkeiten gefehlt haben. Und das sind Stiftungen in besonders attraktiven Bereichen, etwa im Bereich des Automobil-Designs. Die deutsche Automobilwirtschaft wollte den Auftrag, weil da hervorragende Leute sitzen - das ist gar nicht zu bestreiten, und wir freuen uns auch darüber, aber wie lange werden sie unter solchen Arbeitsbedingungen dort noch bleiben? -, dort hingeben. Es konnte dafür als Raum angeboten werden eine kleine Aula im ersten Stock dieser früheren Abteilung der Fachhochschule, heute Bestandteil der Gesamthochschule. Da haben die natürlich hohngelacht. Wohin ist der Auftrag gegangen? - Nach Stuttgart!

Ähnliches gilt für den Bereich Entwicklung der Medien. Sie wollen sich ja gerade in diesem Bereich stärker profilieren. Das war die zweite Stiftung, die geplant war. Auch das ist aus Raumgründen nicht möglich. Der Fischer-Verlag, einer der großen, wollte das in Wuppertal ansiedeln. Wohin ist es gegangen? - Nach Pforzheim!

Der dritte Bereich war Kulturtourismus. Auch das sollte nach Wuppertal vergeben werden, alles war schon entschieden. Klappt wieder nicht wegen der Räumlichkeiten! Wohin geht es? - Nach Berlin!

Ich glaube, sinnfälliger, wenn man nicht so allgemein über die Dinge daherredet, kann überhaupt nicht werden, was uns droht. Ich beschreibe diesen Zustand ja nicht deshalb, weil er das eigentlich Entscheidende ist, sondern um zu zeigen, was uns droht, wenn so weitergemacht wird, wenn hier keine Trendwende kommt. Das ist das viel Unerfreulichere an dieser Entwicklung.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Ich habe hier Wuppertal genannt. Aber Sie dürfen mir glauben, es wäre ein leichtes gewesen, überall im Lande ähnliche Beispiele für diesen Sachverhalt vorzufinden. Das hat

(Schultz-Tornau (F.D.P.))

- (A) nichts damit zu tun, daß es in Nordrhein-Westfalen eine Fülle hervorragender Einrichtungen gibt. Ja, mein Gott, wir leben hier doch nicht in der Wüste Sahara, sondern trotz des Fehlmanagements dieser Landesregierung in einem der am höchsten industrialisierten Länder der Bundesrepublik und Europas. Wenn wir hier keine vorzüglichen technischen und wissenschaftlichen Einrichtungen hätten, dann allerdings müßte man sich wirklich fragen, ob man nicht besser auswandern sollte. So sind die Verhältnisse nicht. Aber wir müssen uns den Schwierigkeiten, den zunehmenden Schwierigkeiten, unter denen gearbeitet wird, stellen und zusehen, daß sich da etwas ändert.

Ich will am Beispiel Wuppertal noch eines hinzufügen. Der einzige integrierte Studiengang in Design ist in Wuppertal. Dort kann ich über die verschiedenen Wege auch bis zur Promotion gehen. Nur, ich kann dort in Industriedesign zwar das Diplom I machen, aber das Diplom II kann ich dort nicht erwerben. Dann muß ich nach Essen gehen und anschließend wieder zurückkommen, um in Wuppertal, wenn alles gut geht, zu promovieren. Es würde kein Geld kosten: Die Professoren haben seit Jahren angeboten, einen Ergänzungsstudiengang durchzuführen, ohne das auf ihre Lehrverpflichtung anrechnen zu lassen. Das wird ihnen verwehrt, weil die Strukturüberlegungen zur Hochschulentwicklung in Nordrhein-Westfalen nicht abgeschlossen seien. Hier zeigt sich, daß also nicht nur Geldmangel, sondern auch bürokratische Hemmnisse schuld sind, daß vieles in unserer Hochschullandschaft nicht geleistet werden kann, was eigentlich - selbst mit den Mitteln, die der Finanzminister zur Verfügung stellt - möglich wäre.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Das ist ein Trauerspiel.

Und auch das, meine Damen und Herren, steht ja nicht allein. Sie können da eine ganze Fülle von Beispielen in unserem Lande finden. Der Bundespräsident hat in seiner Rede zur 600-Jahr-Feier der Universität Heidelberg einen solchen Sachverhalt formuliert, als wäre er Kenner insbesondere der nordrhein-westfälischen Verhältnisse: "Bürokratie und lebendiger Geist ergeben zuweilen ein recht seltsames Gespann vor dem Lichtwagen der Wissenschaft." Es wäre uns schon viel geholfen, wenn dieser Satz des Bundespräsidenten in die Köpfe der Handelnden hier in Nordrhein-Westfalen Eingang fände und dann auch auf die konkreten Entscheidungen Einfluß hätte.

(C) Wir erwarten also, daß Sie, Herr Ministerpräsident, der Sie an unseren Hochschulen - jeder hat das schon einmal erlebt - bei allen möglichen festlichen Anlässen feinsinnige Reden halten - das hören wir ja auch gerne, auch ich; es sind ja nicht nur Bibelzitate, sondern auch die Lese Früchte des deutschen Bildungsbürgertums -, Ihrer eigentlichen Aufgabe nachkommen. Ihre eigentliche Aufgabe aber ist eben nicht zunächst repräsentativer Natur, sondern Sie sind Ministerpräsident, d. h. jemand, der zu regieren und politische Führungsentscheidungen zu treffen und zu verantworten hat.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Daran scheint es uns in ganz wesentlichem Umfang zu mangeln.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Frau Vizepräsident Friebe: Es spricht nun Herr Ministerpräsident Dr. Rau. Ich erteile ihm das Wort.

(D) Dr. Rau, Ministerpräsident: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich hatte mich zu Wort gemeldet, bevor Herr Kollege Schultz-Tornau Probleme der Hochschulpolitik und speziell der Hochschule angesprochen hat, die in meiner Heimatstadt liegt und mit der ich, wie Sie sich denken können, besonders verbunden bin. Aber lassen Sie mich, weil das der letzte Sachpunkt war, dem Sie sich zugewandt haben, dazu einige Bemerkungen machen, und zwar ganz ohne Lese Früchte des deutschen Bildungsbürgertums und möglicherweise auch ohne Bibelzitate, hoffentlich jedoch in biblischer Gesinnung.

Das, was Sie in Wuppertal reklamieren - ich muß dann gleich noch etwas zur allgemeinen Situation der Hochschulpolitik sagen -, ist ein mir seit längerem bekanntes und mich seit längerem bedrückendes Problem. Es ist freilich in seinen Sachzusammenhängen und seinen persönlichen Zusammenhängen nicht so einfach, wie das aus Ihren Worten klingt. Es gibt zwischen diesem Fachbereich und anderen Fachbereichen, zwischen der Hochschule in Wuppertal und anderen Hochschulen jeweils durch autonome Entscheidungen zustande gekommene Konflikte, die nicht allein durch Planungsvorgaben gelöst werden können. Die Frage nach den beiden Studiengängen und den beiden Abschlußmöglichkeiten im Fachbereich Design hat es schon zu meiner Zeit als Wissenschaftsminister gegeben. Aber sie ist nicht lösbar, wenn man nicht die Entwicklung der Standorte, an denen früher Werkkunstschulen gewesen sind, insgesamt sieht. Da haben Sie nun einmal mit Essen und mit zwei

(Ministerpräsident Dr. Rau)

- (A) Hochschularten in diesem Bereich - nämlich mit der Gesamthochschule - Universität - und der Folkwang-Hochschule - schon unterschiedliche Entscheidungsstrukturen.

Die Tatsache, daß bestimmte Forschungsprojekte oder bestimmte Aufträge nicht nach Wuppertal gegangen sind - Beispiel Fischer-Verlag, Beispiel Automobilindustrie -, hat nichts mit einem Mangel des Wissenschaftsministers oder der Wissenschaftsministerin in der Bearbeitung dieser Aufträge zu tun, sondern mit personellen Entscheidungen und Entwicklungen, die ich Ihnen gerne einmal erläutere. Ich kenne sie zufällig außerordentlich gut. Gegenwärtig geht es um die Frage, ob in Wuppertal die Chance besteht, auf einem anderen Gelände als der Hauptbaufläche - das ist der alte Vorschlag von Bazon Brock - Platz für den Fachbereich Design zu finden.

(Schultz-Tornau (F.D.P.): Seit zehn Jahren!)

- Nein, nicht seit zehn Jahren! - Ob dies ist mit der Planung des Wissenschaftsrates und der übrigen Länder in Übereinstimmung zu bringen ist und ob das auch geht, wenn das Land nicht als Käufer, sondern nur als Helfer beim Kauf auftritt - diese Fragen werden wir in diesen Tagen entscheiden können. Ich hoffe, wir werden sie so entscheiden können, daß alle, die daran beteiligt sind - nämlich die Stadt Wuppertal, der private Anbieter und die Hochschule, und zwar nicht nur der Fachbereich Design - ebenso übereinstimmen können wie die Aussicht besteht - und das muß gesichert sein! -, daß nicht die anderen Bundesländer oder der Wissenschaftsrat eine solche Entscheidung zu Lasten Nordrhein-Westfalens interpretieren und uns die Kosten voll auflasten; denn das darf nicht geschehen.

(B)

(Kniola (SPD): Sehr richtig!)

Weil das so schwierig ist und weil der Unternehmer, um den es dabei geht, natürlich auch mit diesem zentral gelegenen Grundstück andere Interessen verfolgt - das nehme ich ihm gar nicht übel -, darum können wir solche Gespräche, an denen der Wissenschaftsminister, der Finanzminister, der Städtebauminister und ich beteiligt sind, nur so führen, daß wir den Versuch machen, mit all denen in Übereinstimmung zu kommen, die hier eigene Entscheidungskompetenzen haben. Dazu gehört auch der Rat der Stadt Wuppertal.

Ich habe die Vorschläge der F.D.P. zu dem Thema mit großem Interesse gelesen. Ich

denke, vielleicht tut sich da in den nächsten Tagen oder Wochen ein Weg auf. Aber Sie sollten bitte - das gilt auch für die, die Ihnen dazu Beifall gegeben haben - nicht darüber hinwegsehen: Hier geht es auch um ein hochschulinternes Problem, also um einen Fachbereichsakzent, den andere Fachbereiche der gleichen Hochschule nicht für genauso förderungswürdig halten wie sich selber. Da will ich nun keinen Bereich nennen.

Ich füge hinzu, Herr Kollege Schultz-Tornau: Die Äußerungen von Herrn Professor Ipsen sind mir nicht nur bekannt, sie sind mir auch wichtig. Ich spreche jedes Jahr mir den Rektoren der Hochschule. Wir haben das in diesem Jahr aus Gründen, in denen wir übereinstimmen, in die Monate Februar/März verschoben.

Aber es ist natürlich richtig, daß ein Land - und da will ich nun wirklich nicht den Streit führen, wer daran das größte Verdienst hat -, das Hochschulgründungen zustande gebracht hat wie kein anderes Bundesland, beginnend bei der Politik von Paul Mikat und sicher mit einem Schwerpunkt in der Zeit, in der ich in einer sozial-liberalen Koalition Wissenschaftsminister war, daß ein solches Land, das jetzt über mehr als 40 Hochschulen verfügt, in einer Zeit, in der Schülerabbau, aber Studentenzuwachs stattfindet, mit einer absehbaren Zeitdimension angesichts der Tatsache langfristiger Verträge und angesichts eines um etwa 12 Jahre gesunkenen Durchschnittsalters der Professoren vor besonderen Konzentrationsproblemen steht.

Wir werden nicht an allen Hochschulen auf Dauer alles anbieten können. Und die Entscheidung darüber, was wir wo anbieten, wird kontrovers sein; denn da kämpft doch jeder um das Seine.

(Schmidt (SPD): Völlig klar!)

Da möchte ich gerne, daß wir rationale Gesichtspunkte für solche Entscheidungen miteinander finden; das geht nicht in einem halben Jahr.

(Zurufe von der CDU: Das geht seit Jahren!)

- Ja, das geht seit Jahren. Aber ich füge hinzu: Was wir da unter Wissenschaftsminister Hans Schwier zustande gebracht haben bei der Integration der Pädagogischen Hochschulen in die Universitäten und bei der dort stattgefundenen Konzentration, das war eine Meisterleistung,

(Beifall bei der SPD)

die alle miteinander bewirkt haben!

(Ministerpräsident Dr. Rau)

- (A) Ich hoffe, daß wir jetzt diesen Weg finden, der für viele ein schmerzhafter Weg sein wird, der aber deutlich machen wird, was Herr Ipsen auf seine Weise auch mir sagt: daß Nordrhein-Westfalen mit dieser reichsten und dichtesten Hochschullandschaft einen klaren Weg in die Zukunft geht und daß es sich bei dieser Landesregierung gut aufgehoben fühlt.

Das hindert doch nicht daran, daß sich die Hochschulen an Koalitions- und Oppositionsangehörige mit zusätzlichen Bitten wenden; das ist immer so gewesen. Das hindert auch nicht daran, daß sie im Augenblick, wo besondere Kulminationen von Problemen entstehen, einmal drastische Formulierungen wählen; das kann man immer haben.

Im übrigen bin ich froh darüber, daß die Debatte heute trotz der Nähe des Wahltermins im Januar insgesamt, wie ich finde, in einer Sprache geführt worden ist, die viel versöhnlicher ist als der Umgang von CSU und F.D.P. miteinander. Das ist doch schon gut!

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Man muß also nicht in der Koalition sein, um sich zu beschimpfen,

(Abg. Dautzenberg (CDU): Dies sehen Sie selbst in der SPD.)

- (B) aber man kann in Koalition und Opposition unterschiedliche Meinungen haben und ausdrücken, ohne sich zu beschimpfen.

(Zuruf der Frau Abg. Thoben (CDU))

- Ich stelle immer fest, Frau Kollegin, wie viele sich meine Sorgen machen! Da habe ich bei Ihnen heute sogar gehört, daß es in meiner Fraktion - ich glaube, es war im Zusammenhang mit der Energiepolitik - Konflikte gäbe.

(Heiterkeit und Zurufe bei der SPD - Gegenrufe)

Frau Kollegin Thoben, dazu kann ich nur sagen: Wenn uns jemand vorführen will, was partei- und koalitionsinterne Konflikte sind, dann müssen Sie doch nicht auf die SPD-Fraktion gucken!

(Zustimmung bei der SPD - Büssow (SPD): Das meine ich aber auch.
- Dr. Linssen (CDU): Die sind doch schon in Grundsatzfragen total uneinig!
- Weiterer Zuruf von der CDU - Büssow (SPD): Leise rieselt der Schnee!
- Heiterkeit bei der SPD)

Ich würde ganz gerne noch ein paar Bemerkungen machen, möglichst unpolemisch

(Nagel (CDU): Na, na! - Schauerte (CDU): Und versöhnlich!)

und möglichst versöhnlich!

(Maedgen (SPD): Ausgerechnet Herr Schauerte! - Weiterer Zuruf von der SPD: Ja, dieser Mensch! - Unruhe)

Hier ist heute morgen über die Frage der "neuen Armut" gestritten worden. Ich meine, es wäre Herr Kollege Worms gewesen, der zitiert hat, was Rudolf Schöfberger dazu gesagt hat. Nun fand ich manches in den Bemerkungen von Schöfberger wirklich bemerkenswert; anderes war nicht so aufregend neu. Nur, Herr Kollege Worms, wissen Sie denn noch, wann das Wort "neue Armut" in die politische Diskussion eingeführt worden ist?

(Evertz (CDU): Ja, vor der Neuen Heimat! - Heiterkeit - Weitere Zurufe)

Das war doch 1979 durch Heinrich Geissler bei einer Arbeitslosenzahl von unter 1,5 Millionen und bei einer Sozialhilfe unter 12 Milliarden DM.

(Zurufe von der CDU: Das war die "neue soziale Frage"! - Dautzenberg (CDU): Ja, so ist es!)

- Nein, nicht die "neue soziale Frage"! Jetzt verwechseln Sie Heinrich Geissler wieder mit Norbert Blüm,

(Widerspruch des Abg. Elfring (CDU))

und da tun Sie Blüm unrecht.

(Zustimmung bei der SPD - Henning (SPD): Ja, das hat Herr Blüm wirklich nicht verdient! - Weiterer Zuruf des Abg. Elfring (CDU))

Jenseits der urheberrechtlichen Fragen - ich glaube auch nicht, daß die Bundesrepublik ein Land ist, das ein Bild des Jammers bietet.

(Dautzenberg (CDU): Aber diese Regierung! - Heiterkeit bei der CDU)

Ich glaube auch nicht, daß die Bundesregierung eine Politik zu verantworten hat, bei der es allen Menschen schlecht geht. Wir haben doch eine Preissteigerungsrate, die eher gegen Null als gegen Eins geht, wir haben Wachstum von fast drei Prozent in diesem Jahr. Bloß, der Schluß, den ich

(Ministerpräsident Dr. Rau)

- (A) daraus ziehe, ergibt möglicherweise einen Unterschied. Da sage ich nämlich: Ja, wann soll denn eigentlich soziale Gerechtigkeit zum Tragen kommen, wenn nicht in Zeiten, in denen es uns so gut geht!

(Starker Beifall bei der SPD)

Wenn dann dargestellt wird, daß wir Sozialdemokraten offenbar eine Welt simulieren und in sie hineinsprechen, wie das Frau Abg. Thoben gemacht hat, dann glaube ich, Sie schätzen uns falsch ein, oder zumindest stellen Sie uns falsch dar.

Es ist in der Tat so, daß wir der Meinung sind: Wenn es Dauerarbeitslosigkeit gibt, darf man Arbeitslosengeld nicht kürzen. Es ist in der Tat so, daß wir der Meinung sind: Wenn es Jugendarbeitslosigkeit und Jugendausbildungsnot gibt, dann darf der Staat nicht nur appellieren, sondern dann muß er kräftig mithelfen, und dazu muß er Geld in die Hand nehmen, um mitzuhelfen!

(Zustimmung bei der SPD)

Wenn Schuldenentwicklung gemessen und wenn Staatsverschuldung als moralische Kategorie gesehen wird, Herr Kollege Worms, dann muß man Gleiches für alle gelten lassen, dann muß man wissen: Es gibt keine Wahlperiode seit 1949 mit einem höheren Zuwachs an staatlicher Kreditaufnahme als diese Wahlperiode des Bundes unter dem Finanzminister Stoltenberg - trotz 57 Milliarden DM Bundesbankgewinne, die uns nicht zur Verfügung stehen.

(B)

(Maedge (SPD): Das ist die Wahrheit!
- Weitere zustimmende Zurufe von der SPD)

Das galt doch in der Zeit von Helmut Schmidt noch als zynisch und als verfassungswidrig, daß wir die Bundesbankgewinne in Anspruch genommen haben, die damals in 13 Jahren um die 12 oder 14 Milliarden DM gelegen haben. Da muß man doch Gleiches für alle gelten lassen.

Frau Kollegin Thoben hat ein paar Bilder in vermuteten Gesprächen dargestellt. Da spricht eine Frau mit ihrem Mann; und der ist auch noch Betriebsrat in einem Energieversorgungsunternehmen. Eine andere Frau spricht mit ihrem Mann, der sich selbständig machen will. Ein junger Mann spricht mit sich selber und will etwas Tüchtiges lernen.

(Maedge (SPD): Das kennt Frau Thoben sowieso nicht! - Heiterkeit bei der SPD)

Frau Kollegin Thoben, all diese Gespräche sind ja möglich und denkbar. Aber ist Ihnen nicht spätestens bei dem jungen Mann

(Erneute Heiterkeit bei der SPD)

aufgefallen, daß die Mehrheit der jungen Leute in diesem Lande auch im letzten Jahr wieder die Sozialdemokraten gewählt hat und auch wußte, warum sie das tat?

(Zustimmung bei der SPD)

Ich bestreite ja nicht, daß viele weggegangen sind und grün gewählt haben, aber nicht der von Ihnen Zitierte "wahrscheinlich".

(Zuruf von der SPD: Die werden die CDU am 25. Januar aber auch nicht wählen.)

Aber ich frage mich immer, wie Sie Anspruch und Wirklichkeit zusammenbringen, wenn Sie angesichts der Tatsache - die Sie ja bedauern -, daß Sie in manchen Landtagswahlkreisen im vergangenen Jahr unter 30 % gelegen haben,

(Schmidt (SPD): Das tat weh! - Zuruf des Abg. Aigner (SPD))

auf einmal sagen, Sie seien die Ruhrgebietspartei. Nein! Dann müssen Sie erst anders vom Ruhrgebiet reden, wenn Sie das werden wollen.

(Lebhafte Zustimmung bei der SPD)

Sie werfen uns Sozial-TÜV vor, abgesehen davon, daß Sie uns unterstellen, Sozialneid zu erwecken.

(Zuruf von der CDU: Das ist doch richtig!)

Ich finde, Sozialneid zu unterstellen heißt, das Streben nach Gerechtigkeit zu diffamieren. Das ist die Wirklichkeit.

(Zustimmung bei der SPD - Widerspruch bei der CDU)

Darum halte ich das Wort vom Sozialneid für ein böses Wort.

(Lebhafte Zurufe von der CDU - Elfring (CDU): Wissen Sie, von wem das stammt? Von Conrad Ahlers!)

- Es kann sein, daß das von Conrad Ahlers stammt. Genscher hat es auch schon benutzt. Aber nicht jedes Wort, das ein anderer zuerst benutzt hat, darf man einfach übernehmen,

(Ministerpräsident Dr. Rau)

- (A) vor allem dann nicht, wenn es eine Keule gegen den Gegner sein soll.

(Schmidt (SPD): Erstgeburtsrecht bringt nichts!)

Sie sprechen vom Sozial-TÖV, den wir wollten. Sie werfen der Landesregierung - speziell dem Wirtschaftsminister, und ich nehme an, auch dem Arbeitsminister und mir - vor, daß wir bei der technischen Entwicklung zu sehr an die Risiken als an die Chancen dächten. Das haben wir hier heute nicht zum erstenmal gehört. Es wird aber durch Wiederholung nicht richtiger.

(Maedgen (SPD): So ist es!)

Nur muß ich Ihnen offen sagen: Ich habe keine Stelle des neuen CDU-Programms mit einer solchen Zustimmung lesen können wie da, wo die CDU nun zum erstenmal in ihrem Programm sagt, nicht alles, was man technisch könne, dürfe man auch tun,

(Paus (CDU): Sie haben noch nie unsere Programme gelesen! - Weitere Zurufe der Abgeordneten Frau Thoben und Biedenkopf (CDU))

und wir brauchten eine Technologiefolgenabschätzung. Bundestagspräsident Jenninger schlägt vor, der nächste Bundestag sollte eine Enquete-Kommission zur Technologiefolgenabschätzung einsetzen.

- (B) (Zurufe von der CDU)

- Eine neue einsetzen! Das hat Herr Jenninger gerade gesagt. - Ja, was werfen Sie uns denn vor, wenn Sie die gleichen Sorgen haben?

(Büssow (SPD): Davon verstehen sie nichts!)

Sie sprechen von dem Mann im Ruhrgebiet, der Angst davor hat, Unternehmer zu werden. Seine Frau hat Angst: Kommen wir da nicht in eine Abseitsposition?

(Dautzenberg (CDU): Fragen Sie in Bielefeld!)

- Ich habe doch in Bielefeld gefragt. Die Bielefelder haben vor den Grünen gewarnt. Die Bielefelder Industrie hat ein Biedenkopf-Interview gelesen und war dann ganz verwirrt,

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

wobei ich dem Interview in einigen anderen Äußerungen sogar noch zugestimmt habe; da hätte ich bei Ihnen auch wieder Ärger.

(C) Wie können Sie eigentlich einer Partei wie der SPD unterstellen, für uns sei der Unternehmer ein Gegner, ein zu Bekämpfender, einer, der auszugrenzen sei? In der SPD sind doch mehr Unternehmer Mitglieder, als Ihr Koalitionspartner F.D.P. überhaupt Mitglieder hat! Wissen Sie das nicht?

(Lebhafte Zustimmung bei der SPD)

In meinem Regierungsprogramm steht: Wir wollen unternehmende Unternehmer. Wir wollen diese stützen. Wir haben eine steuerstundende Investitionsrücklage vorgeschlagen, wie es übrigens auch Teile der CDU, nämlich die Mittelstandsvereinigung, getan haben, wie es die CSU, die F.D.P. vorgeschlagen haben. Sie sind damit in Bonn nur noch nicht zurechtgekommen.

Sie werfen uns vor, wir wollten eine Ergänzungsabgabe. Ja, hat die CDU die nicht beschlossen? Hat denn Herr Biedenkopf nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts nicht gesagt, wenn dafür kein Ersatz komme, verliere der Bundeskanzler seine Glaubwürdigkeit?

(Zustimmung bei der SPD)

Warum leisten wir uns eigentlich solche Scheingefechte?

(Zuruf von der SPD: Die Frage ist berechtigt!)

(D) Ich frage zuletzt noch nach der Kernenergie. Sehen Sie, ich erlebe im Augenblick, daß da manche Zitate gegeneinandergestellt werden, auch Zitate von mir. Ich bin gerade in einem Briefwechsel mit Franz Josef Strauß über solche Zitate.

(Zurufe von SPD und CDU)

Unsere Beschlüsse zur Kernenergie sind ja nicht nach Tschernobyl zustande gekommen,

(Zurufe von der CDU: Na, na!)

sondern unsere Beschlüsse zur Kernenergie, die nach Tschernobyl eine zusätzliche Dimension und damit auch eine verstärkte Öffentlichkeitswirkung bekommen und uns in viele Konflikte gebracht haben, sind auf dem Essener Parteitag 1984 beschlossen worden.

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Thoben?

(Ministerpräsident Dr. Rau: Ja!)

- Bitte schön, Frau Thoben!

- (A) Frau Thoben (CDU): Herr Ministerpräsident, würden Sie das auch in bezug auf die Beschlüsse so werten, die Sie hier im Landtag nach Tschernobyl nicht mehr mittragen konnten und die bisher den energiepolitischen Konsens in diesem Landtag ausmachten?

(Zuruf des Abg. Dr. Farthmann (SPD))

Dr. Rau, Ministerpräsident: Frau Kollegin Thoben, auf dem Parteitag 1984 haben wir gesagt: Wir wollen Kernenergie nur als Übergangsenergie. Wir wollen so schnell wie möglich aus dieser Kernenergie heraus. Das, was dann gekommen ist, sind Konkretisierungen dieser 1984 getroffenen Entscheidungen, wobei ich zugebe, daß die Ergebnisse in Harrisburg und Tschernobyl uns in der Konsistenz der Beschlüsse, in der Prägnanz der Formulierungen, gelegentlich auch in der Absolutheit der Formulierungen weitergebracht haben. Übrigens sollte man sie immer im Zusammenhang lesen. Auch die Zehn-Jahres-Frist sollte man sich im Zusammenhang ansehen. Diese Beschlüsse haben also an Präzision gewonnen. Daß Konfliktfelder zwischen den beiden Parteien entstehen, bestreite ich gar nicht. Ich bestreite auch nicht, daß Rudolf von Bennigsen-Foerder recht hat, wenn er sagt: Wir müssen die Bemühungen um Konsens fortsetzen. - Aber ich sage: Es gibt nach meiner Überzeugung Ansätze zu einem solchen Konsens. Das habe ich auch hier schon einmal gesagt.

- (B) Frau Vizepräsident Friebe: Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Worms?

(Ministerpräsident Dr. Rau: Ja!)

- Bitte schön, Herr Dr. Worms.

Dr. Worms (CDU): Herr Ministerpräsident, ist Ihnen bekannt, daß sich alle Mitgliedstaaten der UN vor kurzem in einer Resolution einstimmig für die Kernkrafttechnologie ausgesprochen haben, auch für eine ständig zu verbessernde Sicherheit, und wie wollen Sie, unterstellt, Sie würden Ihr Wahlziel erreichen, die Bundesrepublik Deutschland führen, wenn sie weltweit einen einstimmigen Konsens vorfinden?

Dr. Rau, Ministerpräsident: Herr Kollege Worms, mir ist das bekannt. Ich habe diese Nachricht aus den Vereinten Nationen in einer "Tagesschau"-Sendung gesehen, vor etwa vier oder sechs Wochen. Aber Ihnen ist doch wie mir bekannt, daß in England, in Frankreich, in Holland, in der Schweiz, sehr viel weniger in den Ländern des Ostblocks, obwohl es auch da inzwischen Anzeichen für Diskus-

sionsprozesse gibt, eine neue Gesprächslage vorhanden ist, die noch nicht durch den UNO-Beschluß eingefangen werden kann. Ich bestreite doch nicht, daß das ein schwieriger Prozeß ist und daß wir als Bundesrepublik dann einen außerordentlich komplizierten Weg einzuschlagen hätten, der vor allen Dingen Umweltaußenpolitik nötig machte, so, wie wir sie wegen der Rhein-Affäre wahrlich gebraucht hätten.

(Beifall bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Ministerpräsident, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage des Herrn Dr. Worms?

(Ministerpräsident Dr. Rau: Ja!)

- Bitte schön, Herr Dr. Worms.

Dr. Worms (CDU): Da Sie gerade von der Umweltaußenpolitik sprechen: Ist Ihnen denn auch bekannt, was der französische Präsident zu der Haltung der deutschen Genossen sagt, nämlich daß er dafür kein Verständnis habe, weil für ihn Cattenom einfach kein Thema sei?

Dr. Rau, Ministerpräsident: Nein, also das ist mir nicht bekannt; denn, Herr Kollege Worms, ich habe den französischen Präsidenten vor etwa sechs Wochen besucht, und wir haben über das Thema gesprochen. Wir hatten unterschiedliche Meinungen in einigen Punkten,

(Zuruf von der CDU: Aha!)

aber nicht in der von Ihnen skizzierten Weise. Im übrigen ist es ja kein Geheimnis, daß die französischen Sozialisten unser gegenwärtiges Umsteuerungsprojekt kritisch sehen. Das ist doch kein Geheimnis.

(Zuruf von der CDU: Die haben doch auch Atomraketen!)

Lesen Sie doch mal, was der katholische Professor Spaemann vor zehn Jahren dazu gesagt hat. Oder lesen Sie doch mal dazu, was sehr differenzierend - und ich will ihn wirklich nicht für mich in Anspruch nehmen - Herr Kollege Biedenkopf dazu gesagt hat. Aber, Frau Kollegin Thoben, Sie werden doch nicht wie Franz Josef Strauß dem Kölner Kardinal einfach die Kompetenz absprechen. Ich jedenfalls halte die Mahnung des Kölner Kardinals für eine, die alle Parteien und alle politischen Richtungen angeht.

(Beifall bei der SPD - Frau Hieronymi (CDU): Auch bei der Stiftung "Mutter und Kind"?)

(Ministerpräsident Dr. Rau)

- (A) - Jedenfalls auch beim Schutz des ungeborenen Lebens. Ich hoffe, daran besteht kein Zweifel.

Ich werde mich mit Ihnen dann wieder verständigen, wenn ich sage: Weder ein Kardinal noch ein Bischof können konkrete politische Ratschläge geben. Das ist Sache der Politiker. Das wollen wir auch auf unsere Verantwortung nehmen. Aber dann lassen Sie uns die Kontroverse so führen, daß nicht erst die Karrikatur des anderen die Möglichkeit abgibt, sich mit ihm polemisch auseinanderzusetzen.

(Zuruf von der CDU: Das haben wir gar nicht nötig!)

Ich war, meine Damen und Herren, dankbar für das, was Herr Kollege Farthmann und, ergänzend hernach, Herr Kollege Büssow an Daten und Fakten über Nordrhein-Westfalen gesagt haben. Ich fände es gut, wir würden das miteinander verbreiten. Ich habe im bayerischen Wahlkampf die Blätter der Jungen Union gesehen. Der Verfasser war unser Kollege Arentz. Sie wurden da viel zitiert. Ich nehme das gar nicht übel. Nur, Sie wären noch ein Stückchen in meinen Augen gewachsen, Herr Kollege Arentz, wenn Sie noch ein bißchen mehr Papier gehabt und auch noch aufgeschrieben hätten, wieviel Geld Bayern von uns und von den anderen Bundesländern seit 37 Jahren kriegt.

(Beifall bei der SPD)

(B)

Sie wären noch ein Stückchen in meiner Achtung gestiegen, wenn Sie nicht nur Prozentsätze von Kürzungen, sondern wenn Sie, Sozialhaushalte vergleichend, dargestellt,

(Kniola (SPD): Richtig!)

wenn Sie gesagt hätten: Soviel gibt Nordrhein-Westfalen für die Kinder, soviel für die Alten, soviel für die Behinderten aus, soviel geben die anderen aus. Aber bitte immer alle Positionen in absoluten Zahlen und in Prozentsätzen! - Vielleicht ist das eine Arbeitsanregung für den nächsten Wahlkampf.

(Zuruf von der SPD: Dann würde er ja uninteressant! - Meuffels (CDU): Das hängt ja von der Zahl der Einwohner ab!)

Lassen Sie mich in einer vorletzten Bemerkung zum Stichwort Arbeitslosigkeit noch etwas sagen: Hans Apel hat ja davor gewarnt, Zahlen zu nennen, die eine Erwartung auszusprechen, die man hernach nicht erfüllen könne. Dem stimme ich zu.

(C) Ich glaube freilich - und dies war eine einstimmige Meinung des Präsidiums der SPD vom 3. November -, daß mit dem von uns vorgelegten Instrumentarium der Erweiterung von ABM gemeinsam mit der Bundesanstalt für Arbeit innerhalb einer Wahlperiode die Hälfte der jetzt Arbeitslosen in eine Dauerbeschäftigung kommen könnte. Das habe ich gesagt; das ist meine Meinung, das würde ich gern vertreten. Das kann ich nur, wenn Herr Franke und Frau Engelen-Kefer und wenn möglichst alle mittun. Deshalb ist das für mich nicht nur eine Wahlkampfangelegenheit, sondern es ist für mich die Frage danach, ob wir den Arbeitslosen eine Perspektive geben - nicht erst für ihre eigenen Kinder, sondern für sich selbst.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Nordrhein-Westfalen ist - wem sage ich das? - das wichtigste Bundesland der Bundesrepublik Deutschland. Lassen Sie sich von niemandem einreden, auch nicht in dieser törichten Diskussion über Gefälle zwischen Nord und Süd, als sei das heute und morgen nicht auch noch so. Dieses Land hat eine ungeheure Dynamik, Vitalität und Kraft.

(Lebhafte Zustimmung bei der SPD)

- Schade, daß Sie nicht mitgeklatscht haben; das waren die Worte, die Helmut Kohl auf Ihrem Landesparteitag gesprochen hat.

(Beifall bei der SPD)

(D)

Und für diese Worte möchte ich mich beim Bundeskanzler auch in einer Phase bedanken, in der ich sein Herausforderer bin.

(Anhaltender starker Beifall, übergehend in rhythmisches Klatschen bei der SPD)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Ministerpräsident. Für die Fraktion der CDU hat nunmehr Herr Abg. Schauerte das Wort.

(Unruhe)

Schauerte (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, natürlich ist dieses Land Nordrhein-Westfalen ein großartiges Land.

(Paus (CDU): Trotz Rau!)

Natürlich hat dieses Land Nordrhein-Westfalen eine gute und kraftvolle und dynamische Substanz.

(Beifall bei der CDU)

(Schauerte (CDU))

- (A) Was uns bekümmert, ist, daß es eine schlechte Regierung hat.

(Lebhafte Zustimmung bei der CDU)

Sie sagen, wir würden das Land schlecht-machen. Wenn Sie die Arbeitslosenzahlen in der Bundesrepublik angreifen und sie der Bundesregierung anlasten, dann ist das angeblich in Ordnung. Wenn wir darauf hinweisen, daß in diesem Land Nordrhein-Westfalen 720 000 Menschen arbeitslos sind - das sind 34 % der Arbeitslosen der Bundesrepublik Deutschland bei einem Anteil von 27 % an der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland -, dann nennen Sie das Mies-machen dieses Landes. So geht es nicht!

(Beifall bei der CDU - Frau Robels (CDU): Endlich mal Zahlen auf den Tisch!)

Sie haben gesagt, wir sollten keine Schein-gefechte führen, Herr Ministerpräsident. Lesen Sie die Protokolle der Haushaltsdebatte im Bundestag vom November dieses Jahres durch. Da greifen Ihre Freunde, deren Bundeskanzler Sie werden wollen, die Bundesregierung an bei Dingen, bei denen sie exakt das gleiche tut wie die Landesregierung hier. Das nenne ich Scheingefechte. Reden Sie einmal mit Ihren Freunden!

(Beifall bei der CDU)

- (B) Sie sagen uns, wir sollten das Ruhrgebiet anders sehen. Ich denke, wir sind, was die Probleme des Ruhrgebiets betrifft, sehr, sehr nachdenklich, sehr, sehr empfindlich und sehr, sehr sorgfältig. Aber ich stelle hier die Frage, ob nicht diejenigen dem Ruhrgebiet schaden, die es ständig gerade dann, wenn Wahlen vor der Tür stehen, wieder ins Gerede bringen mit drohenden Zechenschließungen, mit drohender Stahlkrise usw. Solche Politik bringt das Ruhrgebiet wieder negativ ins Gerede und verpaßt ihm ein Image, das es nicht verdient hat.

(Beifall bei der CDU)

Sie reden von der neuen Armut. Das war nicht unser Begriff, das war der ideologisch verschärfte Begriff, den die SPD daraus gemacht hat.

(Ministerpräsident Dr. Rau: Nein, nein!)

Wir haben 1979 die neue soziale Frage aufgeworfen.

(Zustimmung bei der CDU)

Und wir haben uns um die Beantwortung der neuen sozialen Frage sehr bemüht, Herr Ministerpräsident; ich will Ihnen nur zwei Beispiele nennen. Wir haben Mitte letzten Jahres die Sozialhilfesätze über alles um 10 % angehoben. Eine solche Steigerung hat es in den letzten 20 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland nicht gegeben.

(Beifall bei der CDU)

Herr Ministerpräsident, wir haben mit einer Steuersenkungspolitik zugunsten der kinder-reichen Familien eine dort entstehende neue soziale Frage versucht, wenigstens im Ansatz zu mildern. Darauf sind Sie in der Vergangenheit jede Antwort schuldig geblieben.

(Erneut Beifall bei der CDU)

Herr Farthmann - und der Ministerpräsident zum Schluß - hat dann gute Daten über dieses Land erzählt.

(Maedje (SPD): Richtig!)

Nie haben wir das bestritten. Ich habe den Eindruck, Sie haben unsere Haushaltsreden nicht gehört. Ich habe meine erste Rede bei der ersten Lesung genau mit diesem Tenor begonnen und gesagt, wie wirtschaftlich stark, wie steuerstark dieses Land in der Vergangenheit war, wie stark es im Brutto-sozialprodukt war. Das ist überhaupt nichts Neues. Das Problem ist, daß Sie mit solch einer Kraft schlechte Politik machen und das Land haushaltsmäßig kaputt machen. Das ist doch der Punkt.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie dann sagen, das Land liege in der Mitte der EG, dann erwartet man eigentlich, daß Sie hinzufügen: Und das hat es der sozialdemokratischen Landesregierung zu verdanken. Natürlich hat es eine hervor-ragende Lage. Aber warum passiert denn in dieser Lage nicht das, was aus dieser Lage gemacht werden kann? Das ist doch die Frage, auf die Sie die Antwort schuldig sind.

(Beifall bei der CDU)

Ich bin dankbar - und wir sind froh -, daß diese Wirtschaft unseres Landes, daß die fleißigen Menschen in diesem Lande so robust sind und so unbeirrbar ihren Weg gehen, daß sie in den 20 Jahren dieser Landesregierung den Mut eben noch nicht verloren haben und weitermachen und in einigen Bereichen eben immer noch gute Daten vorzeigen können. Die schlechten Daten - auf die ich noch komme - sind Daten dieser Landesregierung, die

(Schauerte (CDU))

- (A) politisch zu verantworten sind. Darüber muß gerechnet werden.

(Lachen des Abg. Maedge (SPD))

- Herr Maedge, Sie können das gern nachher versuchen zu widerlegen.

(Kniola (SPD): Widerlegen ist gut!)

Auch beim Problem Kindergarten meint Herr Farthmann, das sei unredlich. Wir würden die Landesregierung beschimpfen, daß in diesem Bereich die Null-Lösung nicht realisiert worden sei.

(Kniola (SPD): Sie sind ja sowieso gegen "Null-Lösung"!)

Wir sind bereit und haben das in Bonn bewiesen, da, wo es nötig ist, auch im Sozialbereich zu sparen. Das Problem ist aber, daß Sie mit dem Kindergartengesetz zunächst eine Wahl gewonnen

(Zustimmung bei der CDU - Schumacher (Kall) (CDU): So ist es.)

und anschließend gesagt haben: Jetzt nehmen wir es zurück! Das ist eine Lüge; das ist unseriös gegenüber den Bürgern!

(Zustimmung bei der CDU - Frau Robels (CDU): Genauso wie mit den Rentnern!)

- (B) Herr Ministerpräsident, wir haben es in der ersten Lesung begonnen, und ich meine, wir müssen es beim Einzelplan 02 noch einmal wiederholen, damit es wirklich deutlich wird: Sie müssen Rechenschaft ablegen für das, was seit 1979 bis heute verantwortlich in diesem Land geschehen ist! Das sind Ihre Bewerbungsunterlagen. Diese Bewerbungsunterlagen werden wir bundesweit deutlich machen, und zwar nicht, um das Land schlechtzumachen, sondern um die Bundesrepublik Deutschland vor einer personalpolitischen Fehlentscheidung zu bewahren. Das ist die Frage, um die es geht!

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

1979 hatte dieses Land 30 Milliarden DM Schulden, heute sind es 90 Milliarden DM, am 31.12.1988 sollen es nach Ihren eigenen Plänen 100 Milliarden DM Schulden sein. Das ist zu großzügig gelebte Vergangenheit und Verweigerung einer Chance für Zukunft!

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Das ist unerträglich. Es gibt keinen Ministerpräsidenten, der in dieser Frage eine so

miserable Bilanz vorzulegen hat, und zwar pro Kopf der Bevölkerung genauso wie in absoluten Zahlen. Bei den Steuereinnahmen wird beklagt - und Herr Farthmann, der jetzt gelangweilt eine Zeitung liest, hat das auch noch einmal vorgetragen -, Bonn habe gekürzt.

(Zurufe der Abgeordneten Dr. Farthmann und Kniola (SPD))

Herr Farthmann, hören Sie sich einmal folgende zwei Zahlen an - vielleicht können Sie zwei ganz einfache Zahlen behalten -: Von 1979 bis 1982, in den vier Jahren, in denen Helmut Schmidt, der im Interesse dieses Landes - wie Herr Rau erklärt hat - 1980 weitermachen sollte, regiert hat, nahm das Land gegenüber der früheren Zahl von 33,8 Milliarden DM 2,4 Milliarden DM mehr an Steuern ein. In vier Jahren 2,4 Milliarden DM Steuerwachstum für das Land Nordrhein-Westfalen!

In den fünf Jahren - einschließlich des Haushalts 1987, den wir jetzt beraten - rechnet dieser Finanzminister mit über 10 Milliarden DM an Steuermehreinnahmen für dieses Land. Das sind die Zahlen, die Sie Bonn zu verdanken haben. Da ist die Besserung eingetreten,

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

sonst wäre dieses Land nicht mehr zahlungsfähig! Allein für das kommende Jahr rechnet der Finanzminister mit steuerlichen Mehreinnahmen von 2,7 Milliarden DM. Das sind 300 Millionen DM mehr Steuereinnahmen, als in den letzten vier Jahren der Regierung Schmidt für dieses Land zusätzlich herauskamen. Herr Maedge, rechnen Sie das einmal auf Ihre finanzpolitische Situation um. Dann können Sie nicht mehr ruhig schlafen, wenn Sie für solche Fragen noch sensibel sind.

Lassen Sie uns noch einmal ein paar Schwerpunkte bilden. Die Gemeinden, Herr Ministerpräsident! Ich höre es noch: Erste Lesung, zweite Lesung, dritte Lesung im Bundestag. Hier hat Herr Farthmann offenen Applaus von der CDU bekommen, als er ausführte, was wir alles für die Gemeinden tun müßten.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich kann nur noch einmal wiederholen, Herr Ministerpräsident: Mit 28,5 % Verbundsatz haben Sie angefangen, und heute sind wir bei 23 % Verbundsatz!

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

(C)

(D)

(Schauerte (CDU))

- (A) Das sind - ausgerechnet für jede Gemeinde - 22 % der heutigen Einnahmen weniger an Schlüsselzuweisungen. Das kann sich jeder Kämmerer ausrechnen. Wenn Sie diese 22 % nicht weggenommen hätten, hätte keine Gemeinde in diesem Land auch nur irgendein Finanzproblem. Kein Ministerpräsident hat eine solch negative Leistungsbilanz bei den Gemeinden vorzuweisen.

Wissen Sie, wir können über alles reden, auch über solche Fragen, wenn es nötig ist und gar nicht anders geht, aber die Verlogenheit liegt darin, gleichzeitig zu erklären, "endlich müsse für die Gemeinden ...", und selbst genau das Gegenteil zu tun, das ist keine saubere Aussage; das ist keine Redlichkeit in der Politik!

(Zustimmung bei der CDU)

Sozialdemokraten machen es zu ihrem Evangelium - und Herr Farthmann hat Teile dieses Evangeliums wieder durchschimmern lassen -, daß sie sagen: Öffentliche Investitionen sind das A und O zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und zur Ankurbelung der Wirtschaft.

Präsident Denzer: Herr Kollege, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

(Schauerte (CDU): Nein, ich möchte keine Zwischenfrage zulassen!)

- Das ist Ihr gutes Recht!

- (B) Schauerte (CDU): Das ist das A und O zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit - landauf und -ab und auch hier immer wieder. Schauen wir dazu einmal in den Landeshaushalt hinein, den seit 1979 dieser Ministerpräsident, der Bundeskanzler werden will, zu verantworten hat. Als er anfang, hatten wir eine Investitionsquote von 22,5 %. Der neue Landeshaushalt weist eine Investitionsquote von 14,4 % aus. Das ist die schlechteste Investitionsquote aller Länder in der Bundesrepublik Deutschland!

(Zustimmung bei CDU und F.D.P. - Frau Robels (CDU): So ist es!)

Herr Rau, wie leben Sie eigentlich mit diesem Widerspruch, in Bonn eine konzentrierte Aktion für mehr Investitionen fahren zu lassen und im Land Nordrhein-Westfalen, das sich über mangelnde Arbeitslosigkeit nun wahrlich nicht beklagen kann, genau das Gegenteil zu tun? Bonn und Düsseldorf liegen in demselben Bundesland - ich glaube, 60 km auseinander. Für wie dumm halten Sie eigentlich die Leute, daß Sie solche Widersprüche nicht begreifen?

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Während Ihrer Regierungszeit ist die Arbeitslosenzahl in Nordrhein-Westfalen von 280 000 auf 720 000 explodiert. In keinem Land der Bundesrepublik Deutschland ist sowohl in absoluten Zahlen als auch prozentual die Arbeitslosenquote so gestiegen wie im Lande Nordrhein-Westfalen, in dem Sie Verantwortung tragen. Das ist kein Leistungsnachweis für eine Beförderung!

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

34 % der Arbeitslosen leben in diesem "blühenden Land", wie Herr Farthmann sagt. 34 %, obwohl nur 27 % der Bevölkerung in diesem Land leben!

Eine andere Zahl erschreckt mich noch viel mehr, wenn ich das sozialpolitische Gefasels höre: Von den behinderten Arbeitslosen in der Bundesrepublik Deutschland leben 44 % im Lande Nordrhein-Westfalen. 44 % der arbeitslosen Behinderten leben im Lande Nordrhein-Westfalen bei einem Bevölkerungsanteil von 27 %. Das ist das Ergebnis Ihrer Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. Eine schlimme Zahl!

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Die Personalkosten haben Sie von 1979 bis heute um 6,7 Milliarden DM steigen lassen.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Dr. Rau)

- Nein, Sie dürfen die Landschaftsverbände nicht außer acht lassen. Das wissen Sie ganz genau; mit dem Trick kommen Sie nicht weiter!

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Das bringt nichts. Wir haben im Prinzip eine Personalkostenquote von über 43 %. Wenn Sie redlich wären, dann würden Sie das zugeben.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe bereits etwas zu den Schulden gesagt. Mir ist irgendwann "Landtag intern" - manchmal lese ich ja gern darin, wenn etwas von mir darin steht -

(Heiterkeit)

in die Hände gefallen. Wir haben hier ein großes Hearing zur Schulden- und Schuldnerberatung durchgeführt. Dort sagte Professor Dr. Jordan vom Institut für Soziale Arbeit in Münster: Das Glücksversprechen, das in unserer Gesellschaft an den Konsum gekoppelt sei, ist eine der Hauptursachen für Verschuldung. Prestigegüter seien oft nur über

(Schauerte (CDU))

- (A) Schulden zu erwerben. Das bringe viele in Konflikte. - Diese Beschreibung des Fachmanns trifft doch auf das Verhalten der Landesregierung in der Vergangenheit zu. Ich empfehle deswegen dringend - bevor wir allen Kommunen, die eh kein Geld für diese Dinge haben, nun sagen, sie mögen Schuldnerberater einstellen -, daß diese Landesregierung einen qualifizierten Schuldnerberater und Schuldenberater sucht, um aus diesem Dilemma herauszukommen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Herr Ministerpräsident, als Sie anfangen, zahlten wir trotz höherer Zinsen 1,5 Milliarden DM an Zinsen. Jetzt zahlen wir 6,4 Milliarden DM. 11 % unseres Haushalts sind heute Zinsen. Als Sie anfangen, waren es nur 3,2 %. Wir zahlen - um das einmal ganz deutlich zu machen -, pro Jahr und pro Kopf 390 DM an Zinsen, und wir zahlen aus dem bedeutenden Regierungsprogramm "Zukunftstechnologien", für das Sie eigens eine Regierungserklärung losgelassen haben, pro Kopf und pro Jahr 1,20 DM.

(Zustimmung bei der CDU)

Das ist keine kreative Zukunftsgestaltung, Herr Ministerpräsident. Ich meine, das muß deutlich werden.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

- (B) Ich komme zu einem weiteren Punkt. Nach 20 Jahren SPD-Landesregierung ist dieses reiche und blühende Land, Herr Farthmann, so abgefallen, daß wir erstmals zum Nehmerland im Länderfinanzausgleich werden. Ich will gerne zugestehen, daß wir diese Hilfe jetzt brauchen, aber das Problem ist: Warum haben wir denn eine solche Politik gemacht, daß wir sie jetzt brauchen? Wir waren doch stark!

(Beifall bei der CDU)

Wir verfügten doch über Wirtschaftskraft und über Steuereinnahmen. Das ist verspielt worden. Im zwanzigsten Jahr der Regierung nehmen wir erstmals - ich will das einmal etwas übertrieben darstellen - im innerbundesrepublikanischen Finanzausgleich Entwicklungshilfe an. Wir sind auf Entwicklungshilfe angewiesen, weil unsere eigenen Finanzmittel nicht mehr ausreichen. Herr Minister, ich halte das für einen schlimmen Zustand.

(Minister Dr. Posser: Bayern war 37 Jahre lang ein Entwicklungsland?)

- Ja, richtig. Aber, Herr Finanzminister, Bayern war mit erheblichen Nachteilen belastet. Nordrhein-Westfalen war so reich, daß es das nicht nötig hatte.

(Beifall bei der CDU)

Es ist derjenige zu rügen, der aus dem Reichtum in die Armut absteigt, nicht aber derjenige, der Schwierigkeiten hatte, um nach vorn zu kommen, weil er schlechte Startbedingungen hatte. Das wissen Sie ganz genau. Der Vergleich ist nicht sauber.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Denzer: Herr Kollege, darf ich Sie einmal unterbrechen. - Herr Abg. Dorn hatte die Absicht, eine Zwischenfrage zu stellen.

(Schauerte (CDU): Herr Dorn, wenn es jetzt noch paßt, lasse ich sie gerne zu.)

- Herr Kollege Dorn, der Herr Abgeordnete Schauerte hat es gestattet. Sie haben das Wort.

Dorn (F.D.P.): Herr Kollege Schauerte, in der Bewertung bin ich mit Ihnen völlig einig. Nur, bei der Frage der unterschiedlichen Leistung muß man dann natürlich auch berücksichtigen, daß Bayern in den ganzen Jahren allein 13 Milliarden DM von uns kassiert hat, woraufhin dort eine entsprechend besser funktionierende Finanzpolitik betrieben werden konnte.

(Zurufe von der SPD: Fragen!)

Schauerte (CDU): Ich betrachte das als Frage, Herr Kollege Dorn.

(Dorn (F.D.P.): Das Fragezeichen ist meistens nicht zu hören! Aber es war eine Frage! - Heiterkeit)

- Wir hatten es im Sinn.

Ich bin der Meinung, daß man das sorgfältig beachten muß und daß man das nicht einfach wegschieben kann. Aber ich muß in dem Zusammenhang auch eine andere Zahl nennen dürfen. Der kleine Stadtstaat Hamburg hat in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland erheblich mehr in den Länderfinanzausgleich gezahlt als das große und reiche Land Nordrhein-Westfalen. Das Land Baden-Württemberg zahlt entschieden mehr in den Länderfinanzausgleich. Wir zahlen praktisch seit 1979 nichts mehr. In der Zeit des Regierungspräsidenten ist das keine Sonderbelastung mehr gewesen. Es ist zu bedauern, daß ein reiches Land abfällt und jetzt zum

(Schauerte (CDU))

- (A) Nehmerland wird. Da muß in der Politik etwas falsch gewesen sein. Das wollte ich verdeutlichen.

(Beifall bei der CDU)

Ich will noch einmal eine Generalzahl nennen, die, glaube ich, eine Entwicklung im Haushalt verdeutlicht. Das Volumen des Landeshaushalts ist von 1979 bis heute von 49 Milliarden DM auf 60 Milliarden DM gewachsen. Es ist also insgesamt um 11 Milliarden DM gestiegen. Zwei große Positionen haben dieses Wachstum mehr als "aufgefressen". Von diesen 11 Milliarden DM sind etwa 6,7 Milliarden DM für Personalkostensteigerungen draufgegangen. Das heißt:

Mehr als 60 % der Haushaltszuwächse der vergangenen sieben Jahre sind ausschließlich für Personalkostensteigerungen verwandt worden. Die Zinsen sind von 1,5 Milliarden DM auf 6,4 Milliarden DM gestiegen. Das ist auch eine Steigerung um etwa 5 Milliarden DM. Allein Zinsen und Personalkosten haben das gesamte Wachstum des Haushalts von 1979 bis heute mehr als verbraucht. Das heißt natürlich, daß für nichts anderes auch nur eine Chance bestand. Deswegen beklagen sich die Gemeinden ja mit Recht, daß sie heute soviel haben wie 1979. Das ergibt sich schlicht und ergreifend aus dieser Rechnung. Mich wundert immer, wie man bei einer solchen Ausgangslage, da man für nichts mehr Geld hat, dennoch jedes Jahr mehrere neue Schwerpunkte bilden kann. Das geht über meine Hutschnur. Da muß irgendwo eine wunderbare Brotvermehrung stattfinden, oder es ist eine Täuschung.

(B)

Dann sind wir bei dem entscheidenden Punkt. Diese Täuschung wird bei den Resten vorgenommen. Wir haben feststellen müssen, daß allein im Haushalt 1985 Reste in Höhe von 2,5 Milliarden DM gebildet worden sind. Das sind zu einem wesentlichen Teil "Investitionsreste" gewesen, denn bei den Personalkosten haben wir keine Reste gebildet. Ganz im Gegenteil, da haben wir noch drauflegen müssen, etwa 250 Millionen DM. Etwa 2,5 Milliarden DM für Investitionen sind nicht abgeflossen. Das heißt: Die Investitionsquote in Höhe von 14,4 %, von der ich vorhin sprach, ist ebenfalls vorgetäuscht; sie existiert real gar nicht, weil sie durch die Verwaltung der Reste praktisch unterlaufen wird.

Dieses Land - ich wiederhole das - tut so wenig wie niemand sonst für die Investitionsankurbelung, für die Arbeitsmarktsituation. Da helfen alle anderen Spezialprogramme, mit denen irgendwelche liebge-

wordenen Kinder ernährt und gefüttert werden, einfach nicht weiter!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich habe das Zeichen des Präsidenten hier registriert; ich will deshalb nur noch ganz wenig zum Haushalt selber sagen. Ich habe in der ersten Lesung gesagt: Dieser Haushalt wird die Bundestagswahl nicht überleben; das Zahlengebäude wird zusammenstürzen. Ich bin voll bestätigt: Schon jetzt liegen zwei Ergänzungshaushalte vor

(Minister Dr. Posser: Die Kohle!)

- ja, ja, aber nicht nur die Kohle! -, die in einer Weise unseriös finanziert werden sollen, wie wir das in der Vergangenheit nicht gekannt haben.

Ich will in dem Zusammenhang einmal sagen: Die Risiken, Herr Posser, die Sie wissentlich in den Haushalt eingestellt haben, machen mehr als 1,4 Milliarden DM aus. Und diese Risiken sind fast deckungsgleich mit dem Betrag, von dem Sie behaupten, daß Sie ihn in der Nettoneuverschuldung einsparen wollen. Sie haben also die Risiken einfach weggeschoben, die Augen zugemacht und gesagt: Daraus bilde ich jetzt eine Rückführung der Nettoneuverschuldung. Das ist nicht seriös; das wird auch den Wahltag nicht lange überleben. Sie geben es ja im Prinzip selbst zu.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Sie haben bereits heute angekündigt - das muß man sich einmal vorstellen - - Meine Redezeit geht zu Ende; ich höre mit dem anderen auf.

Als Schlußbemerkung: Wir bieten eine faire, saubere, verantwortungsbewußte Diskussion über Sonderlasten unseres Landes an. Die sollten wir miteinander auf verlässlichen Grundlagen herstellen.

(Minister Dr. Posser: Gut!)

Wir bieten an, die Interessen des Landes auch in Bonn über die Parteigrenzen hinweg ohne Wenn und Aber zu vertreten; aber das muß dann wirklich eine faire Partnerschaft der Interessenvertretung sein, und da gehören dann auch Schuldzuweisungen in die verkehrte Richtung nicht hinein.

(Zustimmung bei der CDU)

Wir bieten an, am Sparen intensiv mitzuwirken, wenn die Ehrlichkeit eintritt, wenn Sie nicht nach der Wahl 10 % von allem wieder

(Schauerte (CDU))

- (A) kürzen wollen, was Sie im Februar tun werden, sondern wenn Sie uns vor der Wahl sagen, wo Sie denn wehtun wollen. Aber ohne diese Ehrlichkeit ist es uns nicht zuzumuten, bei einem solchen Hin und Her mitzumachen!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir als CDU werden alles tun, um die Wirtschaftskraft unseres Landes so zu stützen und zu fördern, daß unsere Einnahmesituation eines Tages wieder so wird, wie sie einmal war, daß wir wieder ein reiches Land in der Bundesrepublik Deutschland werden.

Ihre Bewerbungsunterlagen in diesem Feld, Herr Ministerpräsident Rau, sind einfach unzureichend. Ich hoffe auf die Klugheit der Bürger. Ich glaube, die SPD sieht das mittlerweile ähnlich skeptisch. Da wir das ja fast einheitlich beurteilen, will ich mir weitere Bemerkungen über diesen Punkt in diesem Hause jetzt ersparen. Ich bedanke mich für Ihre Geduld.

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. Für die Fraktion der SPD hat Herr Abg. Kniola das Wort.

Kniola (SPD) - bei noch nicht eingeschaltetem Mikrofon -: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Schauerte - -

- (B) Präsident Denzer: Entschuldigen Sie, Herr Kollege! Dadurch, daß ich von der Seite beeinflusst wurde, hatte ich nicht bemerkt, daß das Mikrofon noch nicht eingeschaltet ist. - Bitte beginnen Sie noch einmal.

Kniola (SPD): Schönen Dank, Herr Präsident! Seiteneinflüsse sind ja in der Politik immer schädlich.

(Dr. Linssen (CDU): Man sollte mal rechts und mal links schauen, Herr Kniola!)

- Herr Dr. Linssen, schauen sollte man wohl; aber man sollte die gerade Linie einhalten und sich den Seiteneinflüssen nicht zu sehr widmen.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte aber doch mit meiner Rede und mit dem Satz noch einmal beginnen, Herr Kollege Schauerte: Wenn diese Rede, die Sie hier gerade gehalten haben, Ihre Bewerbungsunterlagen für den Schuldenberater des Landes waren, kann ich nur sagen, daß diese Bewerbung nicht akzeptiert wird.

(Elfring (CDU): Die Stelle ist schon vergeben; das macht Herr Posser nach der Pensionierung!)

Sie müßten wenigstens im Ansatz, wenigstens eine Spur, ein bißchen zu erkennen geben, wie Sie denn das leisten wollen, was Sie hier so vollmundig versprechen. Sie sagen auf der einen Seite: Wir wollen z. B. den Verbundsatz für die Gemeinden wieder auf 28 % anheben.

(Schauerte (CDU): Hat keiner gesagt!)

- Ja, sonst macht doch Ihre Rede überhaupt gar keinen Sinn, wenn Sie damit hier nicht auch zum Ausdruck bringen wollen, daß Sie diese Erhöhung, diese Verbesserung auch vornehmen wollten. Ich habe diese Forderung eigentlich nur beispielhaft genommen. Gleichzeitig wollen Sie den Schuldenstand des Landes verringern. Ihr Problem ist doch, daß Sie bei den vielen Einzelentscheidungen, die zur Umstrukturierung einer problembelasteten Industrielandschaft, die für Infrastrukturinvestitionen in vielen Bereichen erforderlich sind, eine Mitwirkung verweigern, daß Sie dort ohne Alternative sind und daß Sie sich allein auf globale, allgemeine, pauschale Aussagen beschränken, die nicht einmal das erfüllen, was eigentlich Aufgabe der Opposition ist: konkrete Alternativen anzubieten!

(Beifall bei der SPD)

Wie das im einzelnen aussieht, das erkennt man ja sehr schön an einem Beispiel, das ich aus der Rede von Herrn Kollegen Worms aufgreifen möchte. Herr Worms sagt hier: Der technische Fortschritt muß ethisch verantwortet werden, und diese ethische Verantwortung muß durch wissenschaftliche Erkenntnis abgesichert sein. Wer von uns allen würden diesen Sätzen nicht zustimmen!

Nur: Wie sieht es dann aus, wenn es ans Konkrete, ans Eingemachte geht, wie man so schön bei uns im Ruhrgebiet sagt! Da haben wir im Haushalt des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales den Titel für die Folgenabschätzung der Technologie. Hierzu stellt zunächst die F.D.P. den Antrag, diesen Titel insgesamt mit über 15 Millionen DM auf Null zu streichen, also keine wissenschaftlichen Erkenntnisse für Technologiefolgenabschätzung, und auf der anderen Seite stellt die CDU, die sich zunächst der Stimme enthalten hat, den Antrag, diesen Titel um 5 Millionen DM zu kürzen. So sieht das mit der Konkretisierung dessen aus, was Sie an allgemeinen Erklärungen abgeben!

Dann will ich noch etwas aufgreifen, was eine Vorrednerin, Frau Kollegin Thoben, gesagt hat. Sie hat nämlich über fiktive Gespräche einer Unternehmerfrau mit ihrem Unternehmergatten berichtet. Sie hatte da natürlich auf

(Kniola (SPD))

- (A) das Mittel der Fiktion zurückgreifen müssen. Ich bin in einer etwas anderen Situation: Ich bin nämlich der von ihr charakterisierte Unternehmer. Ich brauche also nicht fiktiv zu reden, sondern ich kann mit meiner Frau selber reden. Da muß ich sagen, daß für mich als Unternehmer und Sozialdemokrat das Wort "Solidarität" nicht nur eine semantische Floskel im Parteiprogramm ist, sondern etwas ist, was mich auch in die eigene Verantwortung nimmt und was mich auch aus dieser Rolle als kleiner, mittelständischer Unternehmer dazu bringt, voll und ganz ja zu den Steuerplänen der SPD zu sagen, weil mir zwei Millionen Arbeitslose nicht gleichgültig sind.

(Beifall bei der SPD)

Aber ich hatte mich eigentlich zum Bereich Wissenschaft und Forschung gemeldet, der ja heute einmal - etwas im Vordergrund und auch zeitlich gut plazierte - eine Chance hat, sich vorzustellen.

Ich möchte beginnen mit zwei Zitaten - mit Ihrer Genehmigung, Herr Präsident -:

- Mit Protest und großem Unverständnis haben die Hochschulen auf die Entscheidung des Bundes reagiert, die Zuwendung an Einrichtungen außerhalb der Bundesverwaltung in Höhe von 6 % zu sperren. Der Präsident der WRK, Professor Theodor Berchem, sagte dazu, dies mache allein für die DFG, der wichtigsten Finanzierungsquelle der Hochschul-Grundlagenforschung, 60 Millionen DM aus. Außerdem würden Hunderte von Stellen für wissenschaftliche Nachwuchskräfte gefährdet.
- (B)

(Zuruf von der SPD: So ist das.)

Und im "Handelsblatt" heißt es:

Die Absichten der Forschungsminister aus Frankreich, Großbritannien und der Bundesrepublik, das Europäische Rahmenprogramm für Forschung und Technologie für die Jahre 1987 bis 1991 auf 4,2 Milliarden ECU abzusenken, wird als ein schwerer Schlag gegen die Forschungszusammenarbeit in der EG betrachtet.

Meine Damen und Herren, wer hier über Forschungs- und Wissenschaftspolitik spricht, sollte zunächst einmal sicher sein, daß er nicht aus dem Glashaus heraus mit Steinen wirft. Und in diese Rolle haben Sie sich hineinbegeben.

(Beifall bei der SPD)

Eines will ich noch dazu sagen, weil ich gerade bei den Bildern bin:

Herr Kollege Dr. Rohde hat ja hier den Finanzbericht in die Debatte eingebracht. Ich hoffe, daß er nicht nur die ersten Seiten gelesen hat, sondern auch die letzte Seite dieses Finanzberichts. Da steht nämlich eine schöne Übersicht über die Auswirkungen der Steuerrechtsänderungen der Bundesregierung seit ihrer Wahl am 6. März 1983 auf das Land Nordrhein-Westfalen und die Gemeinden. Da haben diese Steuerrechtsänderungen dazu geführt, daß im Jahre 1984 das Land 541 Millionen DM weniger an Einnahmen hatte, die Gemeinden 130 Millionen DM weniger. Im Jahre 1985: Land weniger 1,436 Milliarden DM, die Gemeinden weniger 272 Millionen DM, 1986: das Land weniger 1,865 Milliarden DM, die Gemeinden weniger 733 Millionen DM. 1987 werden diese Steuerrechtsänderungen dazu führen, daß das Land einen Minusbetrag bei den Steuereinnahmen von 2,265 Milliarden DM hat und die Gemeinden auf 894 Millionen DM Steuern verzichten müssen.

(Maedge (SPD): Hört, hört!)

Meine Damen und Herren, ich sagte eben: Bilder. Ich erinnere mich an ein Bild: daß ein ahnungsloser Passant auf einer Brücke steht, Sie kommen von hinten an, schubsen ihn ins Wasser und sagen dann anschließend: Wat kann der aber schlecht schwimmen. - So ist Ihr Verhalten in der Finanzpolitik. Das muß man doch mal in bezug auf das Land und auch in bezug auf seine Gemeinden ganz klar und deutlich sagen.

(Beifall bei der SPD)

Aber ganz so schlecht schwimmen kann das Land ja nicht, gerade was den Bereich der Wissenschafts- und Forschungspolitik angeht.

Der Ministerpräsident hat ja den Schwier-Plan eingebracht, den viel geschmähten, von Ihnen, insbesondere von der CDU, heute immer noch beschimpften Plan zur Konzentration und Neuordnung von Studiengängen. Wir haben in den Jahren seiner Wirksamkeit - er ist 1982 beschlossen worden und ist 1984 erstmalig auf der positiven Seite bei der Verteilung der Stellen umgesetzt worden -, wir haben im Verlauf dieser Haushaltsjahre bis zum Haushalt 1987 immerhin 334 Stellen über dieses Instrument umverteilen können. Stellen, die zuerst in einen Zentralfonds hineinfelen und dann einzelnen Hochschulen zugewiesen wurden und dort vor allen Dingen für vier Bereiche benutzt werden konnten: zum Ausbau, zur Unterstützung von Bleibeverhandlungen, zur Einwerbung von Menschen und Mitteln und zur Setzung von Akzenten.

Ich möchte für diese einzelnen Felder einige Beispiele jeweils ganz kurz aufführen, damit

(Kniola (SPD))

- (A) auch deutlich wird, wenn wir über Wissenschaft und Forschung reden, was denn hier in diesem Land passiert ist, welche Instrumente wir hier positiv haben einsetzen können.

Im Bereich der Bleibeverhandlungen ist es uns gelungen, Professor Rehm in Münster zu halten. Er ist nicht nach Stuttgart gegangen. Professor Rajewsky ist in Essen geblieben. Er ist nicht nach Harvard gegangen. Professor Freund ist nicht nach USA gegangen, sondern in Dortmund geblieben. Professor Wandrey, der Biotechnologe, ist nicht nach Braunschweig gegangen, sondern in Bonn geblieben. Professor Dörfler ist nicht nach Berlin gegangen, sondern der Genetiker ist in Köln geblieben. Professor Kaufmann, der bekannte Mann aus dem Einsatz von Lasern in der Medizin, ist in Düsseldorf geblieben und nicht in die Industrie gegangen. Professor Sahm, der sich gerade dem Feld der Mikrogravitation, also der Weltraumforschung, widmet, ist in Aachen geblieben und nicht in die Industrie gegangen. Ich könnte noch weitere Beispiele aufzählen. Die Liste ist natürlich nicht vollständig.

(Dr. Fischer (CDU): Wo sind die, die gegangen sind?)

Es sind wichtige Forscher zu uns gekommen, zum Beispiel Professor Herziger von Darmstadt nach Aachen, was dazu geführt hat, daß wir in Aachen ein Fraunhofer-Institut für Laserforschung einrichten konnten. Professor Lengauer, der Informatiker, ist aus Saarbrücken nach Paderborn gekommen, was dazu geführt hat, daß wir in Paderborn Mittel aus der Industrie, insbesondere aus dem Bereich Nixdorf, einwerben konnten.

Frau Professor Kula, die bekannte Biotechnologin, ist aus Braunschweig nach Jülich gekommen und hat dazu beigetragen, daß wir dort eines der großen Zentren für Biotechnologie in der Bundesrepublik ausbauen konnten. Auch dort werden ganz erhebliche Industriemittel und natürlich auch Mittel des Bundes und Europamittel eingeworben.

Professor Hillenkamp haben wir aus Frankfurt nach Münster gewinnen können, der sich dort insbesondere mit Fragen der Elektronenmikroskopie beschäftigt und wichtige Erkenntnisse in diesen Bereichen vorzuweisen hat.

Das waren wieder einige wenige Beispiele, die aufzeigen, daß wir hier positiv ein Instrument einsetzen können, das dazu geführt hat, daß die Forschungslandschaft in Nordrhein-

Westfalen attraktiv geworden ist, daß die Wissenschaft hier in Nordrhein-Westfalen konzentriert ist und daß sie in zunehmendem Maße auch unter dem Gesichtspunkt der Ansiedlung von neuen Industrien und neuen Arbeitsplätzen zu sehen ist und ein wichtiges Entscheidungskriterium für die Ansiedlung von Betrieben in Nordrhein-Westfalen wird.

(Maedge (SPD): Sehr richtig!)

Ich denke, das sollten wir dabei immer mitsehen. Wir sollten Wissenschaft nicht nur als Fortschreiten der Erkenntnis oder als Ausbildung von jungen Menschen im Sinne von Wissenschaftspolitik sehen, sondern wir sollten auch diesen Zusammenhang mit allgemeinen Strukturentwicklungen gerade auch für unser Land immer wieder unterstreichen.

Lassen Sie mich noch an einigen Beispielen vortragen, wo hohe Drittmittel eingeworben worden sind. Das ist u. a. die Mikroelektronik in Bonn. Da geht es vor allen Dingen darum, daß wir Zusammenarbeit mit kleinen Firmen pflegen. Im Rahmen eines Mikroelektronikzentrums sind die Professoren Klein, Weber und Bosch tätig. Da ist Herr Cremers zu nennen, der Informatiker in Dortmund, der im Rahmen eines Expertenteams mit Siemens zusammenarbeitet und vor allen Dingen auch zwei Eureka-Projekte für Dortmund hat gewinnen können. Da ist Herr Hollenberg in Düsseldorf zu nennen, der einen DFG-Schwerpunkt gesetzt hat, wobei auch eine Firmengründung bevorsteht. Hier ist Herr Weber mit der Umweltverfahrenstechnik in Essen zu nennen, wo wir einen Sonderforschungsbereich der DFG haben einrichten können. Hier sind die Professoren Assmann und Benninghoven zu nennen, die mit der Firma Leybold zusammen in Münster Oberflächenanalyse betreiben. Da ist ferner Professor Weber, der Informatiker in Dortmund, zu nennen, der auch ein Eureka-Projekt eingeworben hat. Dann ist Herr Professor Engemann, der Mikroelektroniker in Wuppertal, zu nennen, der insbesondere Mittel der VW-Stiftung eingeworben hat. Ich könnte diese Liste, die von mir ja nur beispielhaft vorgetragen wird, noch verlängern.

Ich hatte gesagt, ein Weiteres, was wir uns im Rahmen der Umwidmung, der Konzentration und der Neuordnung von Stellen vorgenommen haben, ist der zielgerichtete Ausbau an unseren Hochschulen. Da gibt es einige Fächer, die man beispielhaft nennen könnte.

Da ist insbesondere - natürlich auch durch die große studentische Nachfrage begründet, aber auch durch die Erfordernisse in der

(Kniola (SPD))

- (A) technischen Praxis unserer Industrie und unserer Wirtschaft – der Informatikbereich zu nennen. Allein 49 Stellen sind aus diesen Töpfen in den Haushaltsjahren 1984, 1985, 1986 und 1987, die ich genannt habe, zusätzlich in die Informatik geflossen.

Da ist der Ausbau der Laser-Technik zu nennen, auf den ich vorhin schon ganz kurz eingegangen bin.

Da sind die neuen Materialien zu nennen, die Verbundwerkstoffe, für die wir einen Sonderforschungsbereich in Dortmund gebildet haben, für die wir mit dem Ausbau der Keramikforschung in Aachen gerade einen neuen Schwerpunkt zu gründen im Begriff sind.

Da ist der ganz große Bereich der Umweltforschung zu nennen, wo wir mit der Solarenergienutzung in Dortmund, mit dem Schadstofffluß im Grundwasser an der Ruhr-Universität in Bochum, mit der Umweltverfahrenstechnik in Essen, mit der Immissionswirkung auf Atmosphäre und Klima in Münster, mit der Dioxin-Meßstelle in Paderborn, mit der Umwelterziehung – auch das ein wichtiger Bestandteil – in Essen wirklich wichtige zusätzliche Ausbauten in diesem Lande Nordrhein-Westfalen vorgenommen haben.

- (B) Ganz im Gegenteil zu dem, was Sie, Herr Kollege Schultz-Tornau, gesagt haben, kann man also nicht sagen, daß in diesem Bereich eine negative Grundstimmung vorhanden sei, sondern hier ist auch Positives für die Hochschulen getan worden.

Dabei haben wir die Fachhochschulen nicht außen vor gelassen, sondern wir haben sie ganz bewußt und zielgerichtet einbezogen. Hier möchte ich nur beispielhaft die Professoren Fischer und Bliefert nennen. Hier geht es – Herr Fischer, Sie als Hagener wissen das besonders – um den Korrosionsschutz in der Abteilung Iserlohn, und Herr Bliefert beschäftigt sich mit Fluorchemie an der Abteilung Burg Steinfurt der Fachhochschule Münster und hat insbesondere Drittmittel von VW einwerben können.

(Schultz-Tornau (F.D.P.): Ein Schulkamerad von mir!)

– Das freut mich sehr für Sie; es muß ja nicht gegen Sie sprechen, daß Sie so tüchtige Schulkameraden haben, Herr Kollege Schultz-Tornau.

Aber selbstverständlich geht es nicht nur um die Fachhochschulen, sondern in der Regierungserklärung stand ja auch der Satz, den

manche angesichts der Ressourcenknappheit des Landes skeptisch gesehen haben, daß wir den Ausbau der Gesamthochschulen zielgerichtet fortsetzen wollen. Auch hier war das, was ich eben geschildert habe, nämlich die Umwidmung von Stellen über das Instrument eines zentralen Topfes, ein ganz wichtiges Hilfsmittel.

120 Stellen haben wir in diesen Jahren zugunsten der Gesamthochschulen umwidmen können, und ich glaube, das ist eine Leistung, die sich angesichts unserer Finanzsituation sehen lassen kann und die auch von den Gesamthochschulen honoriert wird.

Ich denke, daß man vielleicht noch wenige Dinge ergänzen müßte. Häufig wird der Vorwurf erhoben, daß wir bei dem, was wir Positives an Mitteleinsatz, aber auch an Stellen und an Veränderungen im Wissenschaftsbereich betreiben, in erster Linie die Technologie im Blick hätten und die Geisteswissenschaften sozusagen außen vor blieben. Auch das läßt sich angesichts dessen, was tatsächlich passiert ist, nicht bestätigen. Auch dafür will ich wieder einige Beispiele nennen.

Da haben wir eine Professur für Ethnologie in Bonn eingerichtet; da haben wir uns um die Orientalistik und die Japanologie in Bonn gekümmert. Da haben wir einen Lehrstuhl für Theaterwissenschaften in Köln eingerichtet. Da haben wir dem Arabikum und dem Russikum in Bochum Stellen gegeben. Da haben wir die Kommunikationsforschung in Siegen und auch den Sonderforschungsbereich Ästhetik in Siegen gefördert. Da haben wir die Koreanistik an der Ruhr-Universität in Bochum gefördert, da haben wir die Volkskunde Zentralasiens in Bonn gefördert, und da haben wir die Prähistorie Afrikas in Köln gefördert. Dann haben wir die Weiterbildung im Alter in Dortmund gefördert. Ferner haben wir die Restaurierung von Kunst- und Kulturgut an der Fachhochschule Köln gefördert. Dann haben wir die Geschichte der Technik an der TH Aachen mit einer Professur gefördert. Schließlich haben wir neuere und neueste Geschichte mit einer Professur in Siegen ausgestattet. Da haben wir einen Lehrstuhl für Lew Kopelew in Wuppertal geschaffen unter dem Stichwort "Wechselbeziehungen zwischen russischer und deutscher Kultur". Auch das wieder nur Beispiele aus dem Bereich der Geisteswissenschaften!

(Dr. Fischer (CDU): Aber die Streichungen müssen Sie auch erwähnen!)

Ich hatte gesagt, daß wir auch versucht haben, Akzente zu setzen. Ich hatte einige

(Kniola (SPD))

- (A) schon genannt. Ein wichtiger Akzent liegt auf der Umweltforschung.

Einen weiteren möchte ich hier nur ganz kurz noch nennen, den Bereich der Frauenforschung, einmal im sozialwissenschaftlichen Verständnis. Da ist sicherlich ein Schwerpunkt in Bielefeld entstanden. Da gibt es aber auch die Einrichtung entsprechender Professuren für Frauenliteratur in Paderborn, für Frauengeschichte in Bonn und mit diesem Haushalt jetzt auch für die rechtlichen Gleichstellungsprobleme an der Fernuniversität in Hagen.

Ich denke, das sind Beispiele, die zeigen, daß wir eine aktive, zukunftsorientierte Wissenschafts- und Forschungspolitik machen.

Nun lassen Sie mich auf das eingehen, was Frau Kollegin Thoben und auch Herr Kollege Schultz-Tornau hier angesprochen haben, nämlich die Frage: Gibt es da irgendwelche Schubladenpläne? So hat Frau Thoben ausgeführt: "Der Zusammenbruch der Hochschulen steht bevor." Herr Schultz-Tornau hat hier von einem Abzug von 3 000, 5 000 oder 7 000 Stellen gesprochen. Tatsache ist doch, daß wir im letzten und auch in diesem Haushalt 165 Stellen abgesetzt haben.

(Dr. Fischer (CDU): Jeweils!)

- (B) - Jeweils, völlig korrekt. Das sind 330 Stellen, d. h. 1 % des wissenschaftlichen Personals im nichtmedizinischen Bereich. Und wenn wir den medizinischen Bereich mit seinen Personalzuwächsen hinzurechneten, würden wir sehen, daß die Stellenabsetzung bei weniger als 100 insgesamt liegt.

(Dr. Fischer (CDU): Im klinischen Bereich besteht eine Sondersituation, das wissen Sie doch!)

- Sicherlich, Herr Kollege Fischer, das ist eine Sondersituation. Aber das ist zunächst einmal die Tatsache. Alles andere ist ja noch völlig im Gerüchtestadium. Das muß man doch klar und deutlich immer wieder sagen.

(Dr. Fischer (CDU): Da muß Klarheit geschaffen werden!)

Hier wird über Gerüchte spekuliert, und da ist jede Zahl, jede Zahl zwischen 0 und 55 000, gleich realistisch. Das muß man doch einmal deutlich sagen.

Und eines ist doch unstrittig - das beziehe ich auf Ihren Zwischenruf, Herr Kollege Fischer: "Man muß auch die Absetzungen sehen" -: Wir müssen im Hochschulbereich

umstrukturieren. Wir müssen auf die Veränderungen in der studentischen Nachfrage reagieren. Wir müssen vor allen Dingen reagieren auf die Veränderungen der Einsatzmöglichkeiten von Hochschulabsolventen im Beschäftigungssystem.

(Dr. Fischer (CDU): Aber den wissenschaftlichen Nachwuchs dabei nicht vernachlässigen!)

Das gilt für den öffentlichen Bereich wie auch für den Bereich der privaten Wirtschaft.

Ich denke, daß das mit ein Prozeß ist, den wir mit dem Plan "Konzentration und Neuordnung" folgerichtig begonnen haben und den wir genauso folgerichtig fortsetzen sollten. Ich hoffe, daß wir da in der Sache Gemeinsamkeit finden. Denn wir wollen ja - das weiß ich von den Kollegen im Wissenschaftsausschuß, die den anderen beiden Fraktionen angehören - sicherlich gemeinsam das gleiche erreichen: daß es eine positive Entwicklung der Hochschulen in unserem Lande gibt. Deswegen müssen wir gemeinsam einen Beitrag zur Umstrukturierung leisten. Wir müssen dafür Sorge tragen, daß auch die Hochschulen sich aktiv an diesem Umstrukturierungsprozeß beteiligen. Ich würde mich sehr freuen, wenn die Hochschulen nicht nur - wie Herr Prof. Ipsen von Bochum - allgemein beklagten, daß hier möglicherweise etwas negativ auf sie zukommt, sondern aktiv von sich aus Umstrukturierungsvorschläge machten und nicht nur immer sagten: "Bei uns darf auf keinen Fall etwas passieren. Bitte schön, wenn du etwas kürzen willst, dann tue das nach dem St.-Florians-Prinzip bei den anderen!"

Präsident Denzer: Herr Kollege, darf ich Sie einmal unterbrechen: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Schaumann von der Fraktion der F.D.P.?

(Kniola (SPD): Gerne.)

- Sie haben das Wort, Herr Kollege.

Dr. Schaumann (F.D.P.): Danke schön. - Herr Kniola, stimmen Sie der Ansicht zu, daß Hochschulen sich gerade deshalb so verhalten, weil das Handeln der Landesregierung bisher diffus geblieben ist und Angebote der Hochschulen, sinnvolle Umstrukturierung zu unterstützen, mißbraucht worden sind?

Kniola (SPD): Also für den Mißbrauch finde ich keinen Beleg, und Sie können hier auch keinen aus dem Handgelenk nennen. Ich weiß, worauf Sie anspielen; ich bin ja genauso wie Sie Dortmunder. Aber dies ist eben kein

(Kniola (SPD))

- (A) Beleg: Es ist dort kein Mißbrauch mit irgendwelchen Vorschlägen getrieben worden. Es ist immer die Unterstellung der Hochschulen, daß Mißbrauch getrieben würde. Aber mit Unterstellungen kann ich schlecht Politik machen. Ich muß mich an die Fakten halten.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Eines will ich zum Abschluß noch sagen, weil Frau Kollegin Thoben in ihrer Rede wieder diesen leidigen Bürokratieworwurf erhoben hat. Nun muß man sich einmal vorstellen: Gleichzeitig wird von der CDU ein Antrag eingebracht, der uns auffordert, die Umstrukturierung nun endlich auf gesetzlicher Basis durchzuführen. Das heißt: Umstrukturierung von oben, mit Gesetz, Detailplanung und Vorschriften in die Hochschulen hinein. Also, für etwas muß man sich jetzt bei der CDU entscheiden, entweder so oder so. Was hätte man denn gerne?

(Dr. Fischer (CDU): Nein, das haben Sie nicht richtig verstanden!)

- (B) Eines will ich dazu noch sagen: Ich habe das Gefühl - das ist mein Eindruck nach dem, was wir an Resonanz aus den Hochschulen haben -, daß viele Hochschulen, die sich immer so als unbürokratisch darstellen, weil sie noch die alte Gremienstruktur haben - übrigens contra legem -, sich besonders schwer tun bei diesem Prozeß der Umstrukturierung und bei der Einbringung eigener Gedanken. Mein Empfinden ist, daß die jungen, die gruppenuniversitären Hochschulen, die oft geschmäht werden, in diesem Feld aktiv tätig sind. Ich kann nur sagen: Sie werden uns, sie werden die Landesregierung hier als Partner finden, der die Vorschläge, die von dort kommen und die sinnvoll sind, unterstützt. Denn wir haben gemeinsam das Interesse an der Zukunft unseres Landes.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter.

Da weitere Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, schließe ich die Beratung zu diesem Beratungsblock.

Ich rufe auf:

Beratungsblock 2

Sozialbereich

Einzelplan 07: Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Hierzu liegen Ihnen mit den Drucksachen 10/1592 und 10/1593 zwei Änderungsanträge der Fraktion der CDU vor, die ich in die Beratung einbeziehe. Zu dem Änderungsantrag auf Drucksache 10/1593 hat die CDU-Fraktion gemäß § 54 der Geschäftsordnung eine namentliche Abstimmung beantragt.

Damit keine Irritation eintritt: Alle Abstimmungen über die Anträge erfolgen erst dann, wenn der Entwurf des Entschuldungsgesetzes der F.D.P. beraten worden ist. Alle Irritationen, die dahin entstanden sein könnten, daß hier eine Abstimmung als Kampfabstimmung vorgezogen würde, bitte ich zu vergessen. Es finden im Laufe der jetzigen Beratungen keine Abstimmungen statt.

Ich eröffne die Beratung. Für die Fraktion der CDU hat Herr Abg. Arentz das Wort.

(Wolf (SPD): Zu Protokoll geben reicht, dann ersparen wir uns die Zwischenrufe!)

Arentz (CDU): Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Die Sozialpolitik der Regierung Rau, um die es beim Einzelplan 07 geht, ist seit 1980 durch einen andauernden und tiefgreifenden Abbau zentraler sozialer Leistungen gekennzeichnet.

(Zustimmung bei der CDU)

Keine andere Landesregierung hat die Sozialleistungen seit 1980 derart massiv gekürzt und zusammengestrichen wie diese Landesregierung in Nordrhein-Westfalen.

(Zustimmung bei der CDU)

Weit mehr als 2 Milliarden DM sind seit 1980 den Alten, den Kranken, den Behinderten und den Familien hier im Lande genommen worden. Damit ist die einstmals vorbildliche soziale Infrastruktur, die christliche Demokraten und Sozialdemokraten in diesem Lande einmal gemeinsam geschaffen haben, aufs Schwerste beschädigt worden. Die Angriffe der SPD und der Landesregierung gegen die Sozialpolitik der Bundesregierung sind vor dem Hintergrund dessen, was sich hier im Lande abspielt, der Gipfelpunkt der Heuchelei.

(Zustimmung bei der CDU)

Da hat der Herr Ministerpräsident soeben angemahnt, die Vergleiche seien falsch, die ich angestellt hätte. Ich kann das nicht nachvollziehen. Wir vergleichen uns hier nicht mit anderen Bundesländern, wir vergleichen hier, was die Landesregierung Rau aus dem